



Landtag von Baden-Württemberg

60. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Februar 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Schluss: 13:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3567	Abg. Sascha Binder SPD	3588
		Abg. Andreas Glück FDP/DVP	3589
Begrüßung der Präsidentin des Vorarlberger Landtags, Frau Dr. Gabriele Nußbaumer	3586	Beschluss	3591, 3599
		Abg. Klaus Herrmann CDU	3599
1. Aktuelle Debatte – Gute Arbeit, gutes Geld: Wird der gesetzliche Mindestlohn endlich Wirklichkeit? – beantragt von der Fraktion der SPD	3567	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Fahrradinfrastruktur im Land ausbauen – Drucksache 15/2372 (geänderte Fassung)	3592
Abg. Rainer Hinderer SPD	3567, 3573	Abg. Thomas Marwein GRÜNE	3592, 3598
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	3568, 3574	Abg. Klaus Maier SPD	3593, 3598
Abg. Manfred Lucha GRÜNE	3569, 3574	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	3594
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3570, 3575	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	3595
Ministerin Katrin Altpeter	3571	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	3596
2. Aktuelle Debatte – Plant der neue Minister Stoch ein Verbot des Sitzenbleibens? – Geht der grün-rote Angriff gegen das leistungsorientierte Schulwesen in Baden-Württemberg weiter? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	3575	Beschluss	3598
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	3575, 3583	5. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg bedarfsgerecht bereitstellen – Drucksache 15/2471	3599
Abg. Dr. Monika Stolz CDU	3577, 3584	Abg. Hans-Martin Haller SPD	3599, 3607
Abg. Sandra Boser GRÜNE	3578, 3585	Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE	3600, 3607
Abg. Klaus Käppeler SPD	3580, 3585	Abg. Manfred Groh CDU	3601
Minister Andreas Stoch	3581	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	3603
3. Wahl von Mitgliedern und der/des Vorsitzenden im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“	3586, 3599	Minister Winfried Hermann	3604
Abg. Peter Hauk CDU	3586, 3591	Beschluss	3608
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	3587	Nächste Sitzung	3608

Anlage 1

Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“ 3609

Anlage 2

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“ 3609

Protokoll

über die 60. Sitzung vom 27. Februar 2013

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 60. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind die Kollegen Abg. Dr. Lasotta, Abg. Lusche, Abg. Schneider und Abg. Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Stickelberger.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältig vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Januar 2013 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AusZG) – Drucksache 15/2706

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 5. Februar 2013, Az.: GR 7/13 – Organstreitverfahren von sieben Abgeordneten des Landtags und der Fraktion der FDP/DVP gegen die Landesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Gute Arbeit, gutes Geld: Wird der gesetzliche Mindestlohn endlich Wirklichkeit? – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Rededzeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung wollen wir die Aktuelle Debatte in freier Rede halten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, guten Morgen! Wir möchten diesen Plenartag mit einem Werbeblock beginnen: Wir werben mit dieser Aktuellen Debatte für den Mindestlohn.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der Beifall ist überschaubar! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist nur die Frage, wer den sponsert!)

Wir haben heute den 27. Februar. Morgen ist Monatsende, und damit ist wieder ein Monat vergangen, in dem in Baden-Württemberg 20 000 Menschen in Vollzeit gearbeitet haben, sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben – aber zu einem Lohn, der es erforderlich macht, dass sie zusätzlich Sozialleistungen nach dem SGB II, also Arbeitslosengeld II, beziehen. Das sind die sogenannten Hartz-IV-Aufstocker – 20 000 Menschen, die zusätzliche Sozialleistungen brauchen, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist aus unserer Sicht nicht nur ungerecht; das ist auch unwürdig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wer in Vollzeit arbeitet, muss auch ein Gehalt bekommen, von dem er leben kann. Deshalb ist es richtig, dass übermorgen unsere Sozialministerin gemeinsam mit den Vertretern von sechs weiteren Bundesländern eine erneute Initiative zum Mindestlohn in den Bundesrat einbringt. Wir finden das klasse,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

und wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich.

Eine Debatte zum Mindestlohn haben wir hier letztmals im November 2011 geführt, also kurz vor dem Bundesparteitag der CDU. Sie haben sich damals ganz zaghaft dem Begriff einer „unteren Lohngrenze“ angenähert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Eindeutig! Nicht zaghaft, sondern eindeutig!)

Mittlerweile ist einiges passiert. Das haben Sie wahrgenommen. Der Druck in der Öffentlichkeit ist gewachsen. 86 % der Deutschen sind Befürworter eines Mindestlohns. Mit Blick auf die Bundestagswahl ist Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und auch von der FDP/DVP, dieses Thema nicht entgangen. Sie sind beweglich; und beweglich sind Sie an verschiedenen Stellen: Fundamentale Positionen fallen gerade wie Dominosteine. Die CDU tritt ein für das Ehegattensplitting bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften oder für das Adoptionsrecht bei Homopaaren; wir hoffen es zumin-

(Rainer Hinderer)

dest. Die FDP spricht sich für die doppelte Staatsbürgerschaft aus. Die Richtung stimmt. Ob es der Glaubwürdigkeit guttut, das bleibt abzuwarten.

Nichtsdestotrotz machen wir Werbung für den Mindestlohn. Warum? Weil sich der Niedriglohnsektor vehement ausgebreitet hat. In den letzten 15 Jahren ist in den alten Bundesländern der Anteil der Geringverdiener um 70 % angestiegen. Das halten wir für keine gute Entwicklung. Bereits jeder Vierte ist Geringverdiener. 20 % der Beschäftigten verdienen weniger als 8,50 €, 4 % gar weniger als 5 € pro Stunde. Das darf nicht weiter so sein. Insbesondere Frauen sind betroffen. 70 % der im Niedriglohnbereich Tätigen sind Frauen. Deshalb profitieren insbesondere auch Frauen – nämlich 25 % der Frauen gegenüber 15 % der Männer – von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 € pro Stunde.

Da haben wir mit Blick auf die Bundesratssitzung am kommenden Freitag die Hoffnung, dass sich zumindest die Ministerpräsidentinnen – nämlich Frau Kramp-Karrenbauer aus dem Saarland und Frau Lieberknecht aus Thüringen – vielleicht noch bewegen und sich unserer Bundesratsinitiative anschließen. Das wäre zu wünschen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es ist im Übrigen auch keine Frage des Qualifikationsniveaus. Es wird immer argumentiert, es gehe hier um die Nichtqualifizierten ohne Berufsausbildung; diese brauchten Zugänge zum Arbeitsmarkt. Aber 80 % derer, die im Niedriglohnsektor tätig sind, haben eine Berufsausbildung oder gar einen akademischen Abschluss. Das Problem zieht sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch alle Qualifikationsklassen.

Ein Mindestlohn ist auch kein Schaden für den Wettbewerb, für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land. Mindestlohn und Tariftrueugesetz bieten einen Schutz vor Billiglohnanbietern. Deshalb sind z. B. auch viele Handwerksbetriebe mit der Forderung nach einem Mindestlohn an unserer Seite. Im Übrigen haben 20 von 27 EU-Staaten bereits einen Mindestlohn. Wir wollen diesen auch.

Für die SPD ist das ein hohes Anliegen. Die SPD wird in diesem Jahr 150 Jahre alt, und seit 150 Jahren streiten wir für gute Arbeitsbedingungen und für Arbeitnehmerrechte.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da wird es Zeit für Reformen!)

Da haben wir einiges erreicht: die gesetzliche Rente, den Achtstundentag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Agenda 2010!)

– Auch das.

Wir werden den Mindestlohn über kurz oder lang durchsetzen, mit oder ohne CDU und FDP. Mit Ihnen, meine Damen und Herren, geht es schneller. Das wäre im Sinne aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb bitten wir Sie um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als christdemokratische Partei kennen wir Matthäus nicht nur vom Fußball. Der gleichnamige Evangelist berichtete schon vor 2 000 Jahren von der existenzsichernden Lohnuntergrenze von einem Denar für das Tagwerk eines Arbeiters im Weinberg. Ein solcher Denar deckte den Tagesbedarf eines Arbeiters, einer Familie in Palästina. Aber leider verrät uns der Evangelist nicht, ob das für alle Berufe galt oder ob das flächendeckend im gesamten Römischen Reich der Antike verbindlich war.

Die CDU wird also nicht sozialdemokratischer, wenn sie die Debatte um Lohnuntergrenzen aufnimmt, sondern die SPD wird christlicher. Das ist doch schon einmal eine gute Basis, um über Löhne in unserer Volkswirtschaft zu diskutieren.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Eine gerechte Entlohnung von Arbeit ist keine neue Forderung, sondern eine ureigene christdemokratische Politik, die vor 60 Jahren SPD und CDU/CSU gemeinsam gestaltet haben. Damals gab es noch kein Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Die SPD legte 1951 im Deutschen Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über Mindestarbeitsbedingungen vor, der zusammen mit der CDU/CSU als Mindestarbeitsbedingengesetz verabschiedet wurde und bis heute gilt.

Nach diesem Gesetz können Mindestarbeitsentgelte in Wirtschaftszweigen festgelegt werden, wenn weniger als 50 % der Arbeitnehmer an Tarifverträge gebunden sind und deshalb eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrags nicht möglich ist.

Von der Möglichkeit dieses Gesetzes, Frau Ministerin, haben Sie nie Gebrauch gemacht. Warum haben Sie das eigentlich in den letzten zwei Jahren in Ihrer Regierungsverantwortung nicht getan?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt, im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes und nachdem Ihr Spitzenkandidat wegen üppiger Vortragshonorare an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Kein Neid! – Abg. Helen Heberer SPD: Bringen Sie einmal etwas Neues!)

– das ist so –, machen Sie den Mindestlohn zum Wahlkampfthema, umetikettieren Peer Steinbrück zum Karl Liebknecht und hängen ihm das Mäntlein sozialer Gerechtigkeit um.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Florian Wahl SPD: Zum Thema, bitte!)

Wir von der CDU fordern eine Lohnuntergrenze. Das ist kein semantischer Taschenspielertrick, sondern ein fundamentaler Unterschied. Das erläutere ich Ihnen gern: Mit Ihrer Forderung nach einem Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde wollen Sie flächendeckend, von Helgoland bis Weil am Rhein, von Trier bis Passau, eine staatlich verordnete, gesetzliche „Lohnflaute“, ohne auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen.

(Dr. Reinhard Löffler)

(Abg. Florian Wahl SPD: Wollen Sie jetzt einen Mindestlohn oder nicht?)

Die CDU hingegen will mit marktwirtschaftlichen Instrumenten Lohnuntergrenzen mit branchen- und regionalspezifischen Differenzierungen festlegen.

Klar ist doch: Menschen werden nur beschäftigt, wenn der unternehmerische Ertrag aus ihrer Arbeit unter den Kosten des Arbeitsplatzes liegt. Ist das nicht der Fall, erfolgen konsequente Rationalisierung, Automatisierung, Verlagerung der Produktion ins Ausland, aber auch unbezahlte Überstunden oder illegale Beschäftigung, weil der Arbeitgeber ansonsten den Arbeitsplatz subventioniert.

Wir wollen aber auch nicht, dass der Staat Geschäftsmodelle finanziert, die bei seriöser Bezahlung nicht funktionieren. Eine staatliche Subventionierung des Arbeitsplatzes ist volkswirtschaftlich unrentabel, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Staat Geringverdienern das Einkommen auf Hartz-IV-Niveau aufstockt und dafür eine jährliche Lohnsubvention von 11 Milliarden € aufbringt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die CDU will, dass nicht das Arbeits- und Sozialministerium und nicht das Parlament Lohnuntergrenzen festlegen. Vielmehr sollen diejenigen, die das Wirtschaftsleben gestalten, es selbst in die Hand nehmen und regeln, nämlich die Arbeitgeber, die Tarifvertragsparteien und die Gewerkschaften.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Parlament wird aus diesen Verkehrskreisen eine Lohnuntergrenzenkommission berufen, die dezidiert branchenspezifischen Unterschieden und regionalen Besonderheiten gerecht wird. Das Netz soll dabei sehr dicht geknüpft werden, sodass niemand durchfällt. Der wissenschaftliche Praktikant, der bei der grünen Vorzeigefrau Bärbel Höhn arbeitet – sie war immerhin Ministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin –, darf hoffen, dass sein Stundenlohn von derzeit 4 € erhöht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hört, hört! – Zuruf von der CDU: Aha!)

Sie führen aus, die Einführung eines Mindestlohns erzeuge Nachfrageeffekte, weil die Menschen mehr Geld ausgaben, und es sei auch vorstellbar, dass Arbeitgeber in die Qualifizierung ihrer Arbeitnehmer investierten, wenn die Arbeitgeber den Mindestlohn bezahlen müssten. Aber das ist nur Theorie.

Die Wirklichkeit in den 20 europäischen Ländern, in denen es Mindestlöhne gibt, sieht anders aus. In Frankreich bekommen über 15 % der Beschäftigten einen flächendeckenden Mindestlohn von 9,22 € pro Stunde. Frankreich hat eine hohe Arbeitslosigkeit bei Frauen und Jugendlichen. In Spanien sieht es nicht viel anders aus. Die negativen Beschäftigungseffekte, die dem Mindestlohn geschuldet werden, sind bewiesen.

Wir haben eine föderale Struktur. Wenn man so will, sind die Volkswirtschaften der einzelnen Bundesländer unterschiedlich. Ansonsten gäbe es auch keinen Länderfinanzausgleich. Auf diese Unterschiede muss man reagieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Hinzu kommt: Ein Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde verletzt die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie. Wir haben Tarifverträge mit Stundenlöhnen von weniger als 8,50 €, insbesondere in Ostdeutschland, aber auch bei uns, und zwar im Reinigungs- und im Pflegebereich. Dies ist insbesondere bei kirchlichen Trägern der Fall, die wohl Matthäus nicht gelesen haben.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn tariflich weniger als 8,50 € pro Stunde bezahlt werden, finde ich das bedauerlich. Das ist rechtsstaatlich jedoch nicht angreifbar. Der Staat kann erst dann einschreiten, wenn die Schwelle zum sittenwidrigen Lohn überschritten wird. Diese Schwelle haben wir aber nie definiert, sondern dies der Rechtsprechung überlassen. Hier könnten wir als Gesetzgeber korrigierend eingreifen.

Die CDU spricht sich klar für Lohnuntergrenzen aus. Diese festzusetzen betrachten wir aber nicht als eine Aufgabe des Gesetzgebers, sondern als eine Aufgabe der Wirtschaft und der Tarifvertragsparteien. Wir wollen eine Kommission einsetzen, die wie ein Beliehener rechtlich verbindliche Lohnuntergrenzen festlegt und Unterschiede in den Branchen und Regionen bewertet, in denen es keine Regelung gibt.

Wir wollen gutes Geld für gute Arbeit, aber keinen staatsdirigistischen Einheitsbrei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Löffler,

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Doktor! So viel Zeit muss sein! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

zwischen Staatsdirigismus und der notwendigen ordnungspolitischen Kraft in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft liegt die politische Verantwortung, die wir als Parlament und politische Gestalter übernehmen müssen. Diese Verantwortung übernehmen wir bei dieser Debatte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Es reicht ein Blick über die Alpen, um feststellen zu können, wozu Staatsversagen und das Fehlen klarer ordnungspolitischer Bekenntnisse zum Leitbild einer Gesellschaft führen. Dann erhalten durchgeknallte Despoten zwei Drittel der Wählerstimmen, weil die Menschen nicht mehr wissen, woran sie sich orientieren müssen. Das ist das Ergebnis einer Politik, die keine klaren Werte definiert.

Wir haben schon vor 20 Jahren in der Sozialwissenschaft das Phänomen der „Working poor“ diskutiert. Dieses Problem kam aus Amerika, weil das dort in der neoliberalen Hire-and-

(Manfred Lucha)

fire-Gesellschaft vorgelebt wurde. Das Unanständigste von allem, was es geben kann, ist, zu arbeiten und dennoch arm zu bleiben. Das ist eine moralische Abwertung der Menschen und der Arbeit an sich, die wir nicht weiter akzeptieren können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir bedanken uns ganz ausdrücklich bei den Kollegen von der SPD, die die heutige Debatte initiiert haben. Außerdem bedanken wir uns bei unserer Sozialministerin und der Regierung insgesamt, dass sie nun endlich gemeinsam mit den A-Ländern und den G-Ländern eine Bundesratsinitiative einbringt, um die Bedeutung von Arbeit

(Abg. Peter Hauk CDU: Da sieht man, dass die Grünen doch eine linke Partei sind!)

– wir haben wenigstens noch ein Profil; was bei Ihnen „christlich“ bedeutet, wissen Sie doch selbst nicht mehr –, die Funktion von Arbeit und den Anspruch darauf, von Arbeit leben zu können, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe für alle – für uns, die Politik, für die handelnden Akteure, beispielsweise für die Arbeitgeber, und für die Konsumenten – zu formulieren und deutlich zu machen, dass die Suche nach der immer billigeren Dienstleistung – dies auch noch in einem Gewerbe, das tarifrechtlich nicht geschützt ist – nicht opportun ist, weil das moralisch und volkswirtschaftlich schädlich ist. Das ist die Debatte, die wir führen müssen, und deshalb ist die heutige Diskussion sehr wichtig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Derzeit beziehen ca. 6,5 Millionen Menschen in Deutschland einen Arbeitslohn, der unterhalb der Niedriglohnschwelle liegt. Vier Millionen Menschen beziehen derzeit einen Arbeitslohn von weniger als 7,50 € pro Stunde. Wir wissen, dass derzeit 300 000 Vollzeitbeschäftigte zur Aufstockung ALG II bekommen. Insgesamt erhalten 1,2 Millionen Berufstätige in Deutschland Unterstützung des Staates.

Das betrifft viele Menschen, die keine Nachteile haben, die keine Eingliederungshemmnisse haben. Vielmehr werden sie zerrieben von einem Gewinnstreben, von dem Aufbau, der Struktur der Wettbewerbswirtschaft, in der sie das schwächste Glied sind. Wir, die Politik, müssten uns schützend davor stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen müssen wir die ganz klare Botschaft senden – es ist eine volkswirtschaftliche Verantwortung, es ist eine sozialpolitische Verantwortung; es ist eine sozialpsychologische Botschaft an die Bevölkerung –: Solidarität mit der Bevölkerung, Identifikation mit dem Staat. Wir kümmern uns um diejenigen, die weiter weg sind, die sonst nicht so viele Chancen haben.

Bislang konnte in der Debatte – auch zum Thema Bankenrettung – nicht vermittelt werden, wieso einerseits mit Milliarden jongliert wird,

(Abg. Bärbel Mielich GRÜNE: Sehr gut!)

während es uns andererseits nicht gelingt, Bedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass die Menschen von ihrer Ar-

beit leben können. Deshalb ist die Debatte sehr wichtig. Ich denke, wir werden das durchsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es in einer sozialen Marktwirtschaft die Aufgabe der Tarifpartner, die Lohnfindung gemeinsam vorzunehmen. In aller Regel gelingt dies auch. Die Gewerkschaften haben mit Sicherheit an dieser Stelle eine wichtige und richtige Funktion.

Nun ist es sicher so, dass dies in manchen Branchen nicht funktioniert, beispielsweise weil sich zu wenige Unternehmen in Arbeitgeberverbänden organisiert haben. In der Tat kann es sein, dass an dieser Stelle die Politik gefordert ist, sozusagen lenkend einzugreifen. Das kann durchaus auch in einer sozialen Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Aufgabe sein.

Es gibt Verfahren, um diese Probleme zu lösen – Kollege Löffler hat es bereits angesprochen –, beispielsweise das Tarifvertragsgesetz, das Mindestarbeitsbedingungengesetz oder auch die Arbeitnehmerentsenderichtlinie.

Nun fordern Sie einen einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn, meine Damen und Herren. Ich frage mich an dieser Stelle schon, warum Sie diesen einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn nicht eingeführt haben, als Sie es konnten. Sozialdemokraten und Grüne haben Deutschland sieben Jahre lang regiert.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist aber auch schon ein paar Jahre her!)

Insofern sind diese Krokodilstränen schon etwas überraschend. Es drängt sich schon der Verdacht auf, dass das Ganze etwas mit den Umfragewerten zu tun hat, die in dieser Debatte schon genannt worden sind.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir halten nichts von einem einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn, weil die Branchen und Regionen in Deutschland einfach zu unterschiedlich sind, als dass das Sinn machen könnte.

Wenn Sie, Herr Kollege Hinderer, von Glaubwürdigkeit sprechen, dann kann ich nur noch einmal die Frage formulieren: Warum haben Sie diesen Mindestlohn nicht eingeführt, als Sie es konnten? Ich kann Ihnen sagen, warum: Das hat mit der Agenda 2010 und Gerhard Schröder zu tun. Im Übrigen – Sie haben die Geschichte erwähnt –: Die Agenda 2010 ist mit Sicherheit das Beste, was Rote und Grüne je zustande gebracht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Gerhard Schröder wusste eben, dass ein solcher einheitlicher Mindestlohn, wenn er zu niedrig ist, nichts bringt und, wenn er zu hoch ist, Arbeitsplätze vernichtet. Deshalb haben Sie, auch als Sie es konnten, keinen solchen einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn eingeführt, weder zusammen mit den

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Grünen zwischen 1998 und 2005 noch in der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009. Elf Jahre sozialdemokratische Regierung – Mindestlohn Nullnummer, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD)

Es ist doch reiner Populismus, wenn Sie heute aus der Opposition im Bund aufgrund von Umfragewerten Krokodilstränen weinen und erklären, das müsse jetzt unbedingt passieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Agenda 2010 ist ein Erfolg, aber Sie behandeln sie mittlerweile wie ein ungeliebtes uneheliches Kind, weil Sie den Eindruck haben, mit populistischen Sprüchen sei die Wahl wohl eher zu gewinnen.

Professor Franz, der Chef der Wirtschaftsweisen, hat vor etwa 14 Tagen das Richtige dazu gesagt. Er hat gesagt, die Politik könne natürlich einen solchen einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn einführen, aber sie brauche sich dann nicht darüber zu beschweren, dass Hunderttausende von Arbeitsplätzen bei den Geringqualifizierten verloren gehen. So ist die Realität. Deshalb ist ein solcher einheitlicher flächendeckender Mindestlohn auch unsinnig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir sind gern bereit, über einzelne Branchen zu reden. Es gibt das entsprechende Instrumentarium. Auch die schwarz-gelbe Bundesregierung hat Mindestlöhne beschlossen, übrigens logischerweise in Branchen, in denen Sie sie nicht beschlossen haben. Wir haben da also nicht mehr Handlungsbedarf als Sie.

Es war auch richtig, was an diesen Stellen beschlossen worden ist. Wir sind auch gern bereit, uns weitere Branchen anzusehen und dann je nach Handlungsbedarf und nach Notwendigkeit zu entscheiden. Wir werden mit Sicherheit nicht aus ideologischen Gründen dort, wo sie notwendig sind, weitere Mindestlöhne blockieren. Aber die bessere Lösung ist, wenn es die Tarifpartner regeln und sich der Lohn am Markt findet.

Wenn Sie Beispiele aus anderen Ländern anführen – gern wird ja auch Dänemark genannt –, dann müssen Sie dazusagen, dass in diesen anderen Ländern möglicherweise auch andere arbeitsmarktpolitische Instrumentarien vorhanden sind.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Beispielsweise gibt es in Dänemark bei Weitem nicht diesen rigiden Kündigungsschutz. Sie haben ja gesagt, Sie wollten keine Hire-and-fire-Gesellschaft. Dann müssen Sie aber dazusagen, wie jeweils die Verhältnisse in diesen Ländern sind, in denen Sie Mindestlöhne feststellen und die Sie als Vorbild für die Bundesrepublik Deutschland preisen. Aber man kann nicht einfach eine isolierte Maßnahme herausgreifen und sagen: „In Dänemark ist es klasse; da gibt es einen hohen Mindestlohn. Das wollen wir gern kopieren. Aber alles andere, beispielsweise den deutlich gelockerten Kündigungsschutz, lassen wir weg.“ So, meine Damen und Herren, kann man mit Sicherheit nicht Arbeitsmarktpolitik betreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So etwas ist unseriös!)

Im Übrigen stellt sich dann natürlich auch die Frage, wie hoch dieser Mindestlohn sein darf. Sozialdemokraten und Grüne bieten 8,50 €, die Linken bieten 10 € pro Stunde. Die Linken können Sie in diesem Überbietungswettbewerb sowieso nicht schlagen.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Da stellt sich dann einfach die Frage: Wie viel darf es denn sein? Es ist schon richtig, dass man für gute Arbeit einen guten Lohn erhalten soll, von dem man leben kann. Aber wenn wir die Debatte in Baden-Württemberg führen, stellen wir fest, dass bei dem hohen Qualifikationsniveau und dem hohen Lohnniveau in Baden-Württemberg in aller Regel der Mindestlohn gar kein Thema ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dort, wo dies bei uns ein Thema ist und wo wir darüber reden, dass man von guter Arbeit gut leben können soll, stellen wir fest, dass z. B. ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern bei einem Stundenlohn von 8,50 € seine Familie nicht ernähren kann. Da braucht man ein Lohnniveau zwischen 12 und 14 €. Das schlagen nicht einmal die Linken als Niveau eines Mindestlohns vor.

Deshalb werden Sie mit dieser Debatte und vielleicht auch mit gesetzlichen Regelungen, selbst wenn sich die Linken mit ihrer Forderung nach einem Mindestlohn von 10 € pro Stunde durchsetzen, eines nicht erreichen, nämlich das Ziel, dass Sie gänzlich ohne staatliche Transferleistungen auskommen. Das wird auch in Zukunft nicht funktionieren.

Deshalb ist der richtige Weg, zunächst einmal dafür zu sorgen, dass Menschen in Arbeit kommen, dann dafür zu sorgen, dass sich die Tarifpartner möglichst auf eine faire, angemessene Lohnhöhe verständigen, und dann sozialpolitisch hinzuschauen, wo dies nicht reicht, und dort mit staatlichen Transferleistungen zusätzlich zu helfen. Das ist der richtige Weg. Ihre Patentrezepte, die Sie am heutigen Tag hier vorstellen, sind untauglich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war eine Rede mit Niveau!)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Frau Sozialministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht außer Frage: Die Arbeitsmarktdaten in Baden-Württemberg sehen gut aus. Trotz momentaner konjunktureller Eintrübungen bin ich auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung in diesem Jahr zuversichtlich.

Allerdings gibt es bei aller Zuversicht – so viel Wahrheit muss sein – auch eine Schattenseite: Wir haben es auch bei uns im Land mit einer wachsenden Zahl prekärer Beschäftigungsver-

(Ministerin Katrin Altpeter)

hältnisse und ihrer Folgen für die Betroffenen zu tun. Viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze sind Teilzeitarbeitsplätze, Minijobs oder geprägt von befristeter Beschäftigung.

Besonders betroffen hiervon sind Frauen. Wir haben in Baden-Württemberg eine hohe Frauenerwerbsquote. Allerdings gehen auch überdurchschnittlich viele Frauen einer Teilzeittätigkeit oder einem Minijob nach.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass die Zeit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn reif ist. Denn jeder, der in Deutschland einer Arbeit nachgeht, muss von dieser Arbeit auch leben können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie, Herr Löffler, haben vorhin das Matthäusevangelium zitiert und davon gesprochen, man brauche eine gerechte Entlohnung von Arbeit. Die unterste Stufe einer gerechten Entlohnung bedeutet einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde, und zwar für alle und gesetzlich geregelt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gerade nicht aufgepasst, oder was?)

Wenn wir allen Beschäftigten ernsthaft gute Arbeitsbedingungen ermöglichen wollen, gehört dazu zuallererst ein existenzsicherndes Einkommen. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn als Baustein für gute Arbeit ist in Deutschland längst überfällig. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben können.

Deshalb hat die Landesregierung von Baden-Württemberg schon jetzt einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen eingeführt. Mit dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz garantieren wir bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie, Herr Rülke, haben vorhin angesprochen, es müssten sich nur die Tarifparteien einigen, dann sei die Welt sozusagen in Ordnung und die Existenz gesichert. Bis heute tritt auch bei Firmen in Baden-Württemberg immer wieder die Situation auf, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Grunde einig sind und trotzdem der Anbieter von außen mit seinen Dumpinglöhnen zum Zuge kommt. Genau das wollen wir vermeiden. Denn öffentliche Aufträge darf nur erhalten, wer keine Dumpinglöhne zahlt und sich an den Mindestlohn hält.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dies ist beileibe kein Eingriff in die Tarifautonomie, im Gegenteil. Es verhindert, dass der Anbieter, der Dumpinglöhne bezahlt, den anständigen Kaufmann – auf diesen haben Sie sich in den Debatten hier mehr als einmal berufen – aussticht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Niedersachsen wurde die CDU-geführte Landesregierung abgewählt. Das dürfte Ihnen bekannt sein. Der Weg ist nun frei, um im Bundesrat wichtige Reformen auf den Weg zu bringen. Ganz vorn auf der Agenda steht dabei der Mindestlohn. Wir werden deshalb am Freitag gemeinsam mit Rheinland-Pfalz eine Gesetzesinitiative auf Einführung eines flächendeckenden Mindest-

lohns in den Bundesrat einbringen, die am 22. März im Bundesrat verabschiedet wird und dann ihren Weg in den Bundestag nimmt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU: Ja, und?)

Ich muss schon sagen: Wenn man sich dann heute hier hinstellt und davon spricht, man wolle Lohnuntergrenzen einführen, wenn man davon spricht, was die rot-grüne Bundesregierung getan oder nicht getan hat,

(Abg. Peter Hauk CDU: Vor allem, was sie nicht getan hat! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dann muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass die derzeitige Bundesregierung dieses Thema lange Zeit überhaupt nicht angegangen ist, dass sie auch jetzt noch zaghaft bleibt, dass sie uns weismachen will, Lohnuntergrenzen seien Augenwischerei, und herumeiert. Die FDP hat bislang gemauert, und jetzt will sie aus wahlkampfaktischen Gründen versuchen, auf den Zug aufzuspringen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Peer Steinbrück lässt grüßen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, irgendwie kommt mir das Ganze vor wie das Märchen vom Hasen und vom Igel. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie rennen irgendwann doch einmal los, weil Sie gemerkt haben, dass im September die Bundestagswahl stattfindet und dass die Mehrheit der Bevölkerung einen Mindestlohn will. Aber immer, wenn Sie ankommen, völlig außer Atem, sitzt der Igel schon da und sagt: Das Thema Mindestlohn bringen wir in den Bundestag ein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Botschaft ist klar und eindeutig: Wir wollen Mindestlöhne in Höhe von 8,50 € pro Stunde.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das heißt, 1 200 € brutto in Baden-Württemberg! Jetzt sagen Sie mal, wie jemand davon leben und alles Nötige zahlen kann! – Unruhe)

– 1 200 € brutto, lieber Herr Hauk, ist der Satz, der das Existenzminimum sichert. Genau das ist unser Anliegen bei der Einführung des Mindestlohns. Wir wollen die Sicherung des Existenzminimums für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wichtig ist für uns auch, dass wir eine Mindestlohnkommission einrichten wollen, damit der Mindestlohn jährlich durch eine unabhängige Kommission überprüft und gegebenenfalls angepasst werden kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nach dem Motto „Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründe ich einen Arbeitskreis“!)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Wenn wir sagen, dass ein Stundenlohn von 8,50 € die Untergrenze ist, dann verbietet das keinem Arbeitgeber, keiner Arbeitgeberin, mehr zu bezahlen. Das ist wohl auch klar.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Aber irgendwo muss eine Untergrenze eingezogen werden.

Wer heute gebetsmühlenartig wiederholt, welche negativen Folgen der Mindestlohn für die Beschäftigung habe, dem kann vor allem die neuere empirische Forschung entgegengehalten werden. Denn entgegen allen Prognosen hat die Evaluation von acht Branchen mit Mindestlöhnen in Deutschland gezeigt, dass dort nirgendwo eine negative Wirkung festgestellt werden konnte. Im Gegenteil: Der Mindestlohn hat auch erhebliche positive fiskalische Effekte. Nicht zuletzt folgen wir im Übrigen mit dem Mindestlohn dem Vorbild der meisten Staaten in Europa.

Ich denke, es wäre jetzt eine gute Zeit für Sie, sich aufzuraffen und sich unserer Initiative für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland anzuschließen. Die Zeit ist reif. Seien Sie nicht immer der Hase, der zu spät kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Raffen Sie sich auf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Aber der Igel hat beschissen!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rülke, von Ihnen hören wir neue Töne: „ordnungspolitische Maßnahmen“. Vielen Dank. Auch dass Sie das Hohelied der Tarifautonomie singen, freut uns.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schon immer! Unabhängigkeit!)

Sie sind die Gralshüter der Tarifautonomie.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lesen Sie mal das Protokoll der Debatte vom letzten Jahr! Da habe ich genau das Gleiche gesagt!)

Für uns ist die Tarifautonomie auch ganz wichtig, keine Frage. Tarife schränken auch den Niedriglohnsektor ein; das stellen wir überhaupt nicht in Abrede.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Tatsächlich?)

Aber sie bieten eben keinen umfassenden Schutz.

Auch bei Arbeitgebern, die tariflich gebunden sind, arbeiten immerhin 12 % der Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Das gilt es zu korrigieren. Insbesondere gilt dies aber in den Branchen, in denen es gar keine Tarifverträge gibt.

Sie fragen, warum Rot-Grün damals nicht den Mindestlohn eingeführt habe. Sie loben die Agenda 2010. Vielen Dank, das freut uns. Aber wir stellen heute fest, dass auch durch die Agenda 2010 – insbesondere was ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt betrifft – gewisse Nachteile entstanden sind:

Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Niedriglohnsektor.

Ich habe es eingangs gesagt: In den alten Bundesländern hat der Niedriglohnbereich in den letzten 15 Jahren um 70 % zugenommen. Diese Entwicklung nehmen wir zur Kenntnis, und deshalb steuern wir jetzt nach. Das ist der Grund, warum wir jetzt den Mindestlohn fordern,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

im Übrigen mittlerweile auch gemeinsam mit den Gewerkschaften, die vor zehn Jahren noch eine etwas differenziertere Meinung dazu hatten.

Zu der Behauptung, Mindestlöhne gefährdeten Arbeitsplätze, hat die Sozialministerin dankenswerterweise gerade schon etwas gesagt: Ein Ergebnis der Untersuchung von Schwarz-Gelb, die im Koalitionsvertrag 2009 festgeschrieben wurde und die auch durchgeführt wurde – der Evaluationsbericht hat mehrere Tausend Seiten –, ist, dass Mindestlöhne keine Arbeitsplätze gefährden. Die befragten Branchen, u. a. die Gebäudereiniger, die Abfallwirtschaft, das Bauhauptgewerbe, haben allesamt gesagt, Arbeitsplätze seien nicht gefährdet, im Gegenteil, es falle ihnen leichter, Mitarbeitende und Arbeitnehmer zu rekrutieren, und das Image der Branche habe sich dadurch verbessert. Insofern ist dieses Argument einfach nicht stichhaltig.

Herr Löffler, Sie haben gesagt, die Lohnuntergrenzen seien nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten festzulegen. Das ist in Ordnung; es entspricht Ihrer Grundhaltung. Nur dürfen Sie Ihre Rede dann nicht mit dem Matthäusevangelium beginnen. Matthäus, Kapitel 20 – Das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg – ist auch uns bekannt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Was den einen Denar betrifft, so ist dies richtig recherchiert. Aber Sie müssen schon dazusagen: Einen Denar hat derjenige bekommen, der morgens früh bei Sonnenaufgang begonnen hat, den hat derjenige bekommen, der um die Mittagszeit begonnen hat, und selbst der, der abends um 17:00 Uhr begonnen hat, hat noch diesen einen Denar bekommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lohnzuschlag!)

Das wirft sämtliche marktwirtschaftlichen Überlegungen über den Haufen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich gehöre bestimmt nicht zu denen, die sagen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wir könnten das Evangelium direkt in Gesetze gießen. Aber gewisse Grundhaltungen können wir schon ableiten. Dazu gehört – das ist die Botschaft von Matthäus, Kapitel 20 –, dass man von seiner Arbeit leben können muss, dass Arbeit etwas mit Würde zu tun hat. Dazu gehört für uns der Mindestlohn.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt nicht weiter über das Matthäusevangelium referieren, aber Sie an zwei Gedanken teilhaben lassen, die jetzt nicht gerade Mainstream sind, die mir aber in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen.

Warum müssen wir immer alles in Gesetze gießen, was Lohn betrifft?

(Beifall des Abg. Klaus Herrmann CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt „immer“?)

Wir haben ja vielleicht auch die Möglichkeit, den Bürger entscheiden zu lassen, ob er bereit ist, Mindestlöhne oder Tariflöhne zu akzeptieren. Wir haben in unserem Steuerrecht nach § 35 a des Einkommensteuergesetzes die Möglichkeit, Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen in Höhe von bis zu 6 000 € pro Jahr zu 20 % von der Steuer abzusetzen. Das kann jeder Bürger machen; das macht wahrscheinlich auch jeder Bürger.

Es wäre doch sinnvoll, dass dabei nur solche Rechnungen berücksichtigt werden, bei denen der Unternehmer auf der Faktura bestätigt, dass er den örtlichen Tariflohn zahlt. Das ist doch relativ einfach. Bei Rechnungen von Betrieben, die ihn nicht zahlen, können die Kosten beim Finanzamt eben nicht berücksichtigt werden.

Das Sozialstaatsprinzip verlangt nicht, dass Niedriglöhne, deren Bezieher ohnehin schon staatlich gefördert werden, anteilig von der Steuer abgesetzt werden können. Das ist nach meiner Auffassung eine ganz einfache Regelung: Der Bürger entscheidet, ob er bei einem Unternehmer Verpflichtungen eingetht, der sich tariffrei verhält, der seine Leute anständig bezahlt – dann kann der Betreffende auch zum Finanzamt gehen und sein Geld anteilig über § 35 a des Einkommensteuergesetzes zurückbekommen –, oder ob er einen „Billigheimer“, einen Niedriglohnanbieter wählt; dann geht das eben nicht. Das ist die einfachste und wirksamste Steuerung im Rahmen des Steuerrechts. Bei Betriebsprüfungen kann auch geprüft werden, ob der Unternehmer dem nachkommt. Wir hätten überhaupt keine Schwierigkeiten, das flächendeckend vorzusehen.

Das andere ist das Thema „Corporate Social Responsibility“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Hierzu gibt es ein Grünbuch der Europäischen Kommission mit dem sperrigen Titel „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen“. Es ist noch alles im Fluss. Aber es geht um ökologische, um nachhaltige Produktion. Es geht aber auch um die Frage: Was wird in der Wertschöpfungskette, in der Fertigungstiefe den einzelnen Arbeitnehmern bezahlt – bis hin nach Bangalore oder anderswo? Da könnten wir doch hier in Baden-Württemberg klare Vorstellungen dazu artikulieren, was wir für eine gute Unternehmensführung halten,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das ist alles richtig!)

und wir könnten auch die Spannungsverhältnisse zwischen Shareholder-Value und den Erwartungen an ein Unternehmen

formulieren. Das tun wir aber nicht. Natürlich ist das keine Sache von Baden-Württemberg. Das wäre eine Sache von Europa. Es würde uns wirklich weiterbringen. Der Unternehmer müsste dann im Lagebericht über seine CSR-Aktivitäten berichten. Ich denke, wir hätten dadurch Unternehmen, die leistungsfähiger, wettbewerbsfähiger wären und auch eine größere soziale und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Lucha.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Eine Mindestkleiderordnung könnte man auch einmal einfordern!)

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Ich verstehe Sie sehr schlecht, Herr Zimmermann; Sie reden so undeutlich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Herr Löffler, Sie haben quasi nichts Falsches gesagt, ganz im Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

– Das weiß ich jetzt natürlich nicht. – Aber jetzt geht es genau um das, was wir zu definieren haben. Wir sagen: Unser ordnungspolitischer Rahmen ist quasi wie ein Fußballfeld. Die vier Eckfahnen sind der Mindestlohn. Das ist der Preis für soziale Stabilität und für die moralische Verantwortung der Gesellschaft, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das preisen wir als festen Bestandteil, als Wettbewerbsfaktor in die Marktwirtschaft mit ein. Unter dieses Niveau gehen wir nicht.

Genau diese Hürde müssen Sie noch nehmen. Ich habe Ihre phonetische Milde vernommen, Herr Rülke. Das war für Ihre Verhältnisse in den letzten zwei Jahren quasi – –

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Phonetische Milde“! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wird auch wieder anders! Ich verspreche es!)

– Ja, aber heute haben Sie aus gutem Grund eine sehr bedächtige Rede gehalten, weil Sie genau wissen, dass wir auf der richtigen Spur sind, da die Menschen von uns genau diese Antwort erwarten.

Man muss wissen: Wir haben in diesem Bereich einen Flickenteppich. In der Zukunft haben wir doch einen Wettbewerb der Branchen, vor allem der Branchen mit schlechtem Image, etwa im Dienstleistungssektor, die irgendwann keine Nachwuchskräfte mehr bekommen werden, wenn von diesen Branchen nicht das Signal ausgeht, dass man dort genug Geld verdienen kann, um davon zu leben. Es darf nicht unser politisches Ziel sein, dass dort Dumping, irreguläre Arbeit, prekäre Arbeitsbedingungen herrschen. Vielmehr müssen wir erst

(Manfred Lucha)

recht eine echte Marktwirtschaft, eine echte Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen aller, die sich am Wirtschaftsleben beteiligen, ermöglichen.

Deswegen fordere ich: Springen Sie über Ihren Schatten. Sie haben es ja eigentlich schon gemacht. Das kann man feststellen, wenn man Ihre Zwischentöne vernimmt. Ziehen Sie mit. Dann haben Sie heute auch einmal etwas Schönes gemacht.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut mich natürlich, wenn meine Rede als milde gelobt wird.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Phonetisch!)

Ich lege allerdings schon Wert darauf, Herr Lucha, dass ich Ihnen nicht recht gegeben habe.

Es handelt sich auch, Kollege Hinderer, keineswegs um neue Töne. Wir haben im vergangenen Jahr schon einmal eine Debatte über das Thema Mindestlohn geführt. Damals habe ich genau dasselbe gesagt wie heute. Ich wiederhole es noch einmal.

Erstens: Allgemeine flächendeckende Mindestlöhne lehnen wir ab; das ist ein deutlicher Unterschied zu Ihnen. Zweitens: Wir halten es für richtig und gut, wenn in möglichst vielen Branchen und möglichst vielen Regionen die Tarifparteien die Lohnfindung übernehmen. Und drittens: Dort, wo dies nicht möglich ist, können wir uns branchenspezifische Mindestlöhne vorstellen. Das ist unsere Position, heute wie in der Vergangenheit.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Die Untersuchungen, die die Ministerin und auch Sie, Herr Hinderer, erwähnt haben, sind schon sehr bemerkenswert. Man hat sich Branchen angeschaut und ist zu dem Ergebnis gekommen: Dort wurden Mindestlöhne eingeführt, und Arbeitsplätze gingen nicht verloren. Daraus schließt man dann methodisch, dass Mindestlöhne keine Arbeitsplätze vernichten können. Diese Schlussfolgerung ist aber alles andere als nachvollziehbar. Denn diese Untersuchungen haben in Zeiten des wirtschaftlichen Booms stattgefunden, und die Tatsache, dass keine Arbeitsplätze verloren gegangen sind, kann natürlich auch auf andere Ursachen zurückgeführt werden. Denn Sie müssten, um das wirklich beweisen zu können, eine Untersuchung unter der Fragestellung machen, was denn passiert wäre, wenn es diese Mindestlöhne nicht gegeben hätte. Eine solche Untersuchung liegt nicht vor, meine Damen und Herren. Insofern können Sie die von Ihnen genannte Untersuchung im Grunde vergessen.

Abschließend noch ein Wort zum Matthäusevangelium und zur Frage, wie es denn mit diesem Denar war. Es ist richtig:

Man hat ihn bekommen, ob man nun morgens, mittags oder abends mit der Arbeit angefangen hat. Aber dieses Gleichnis vom Weinberg diene ja nicht dem Zweck, 2 000 Jahre später der Politik Handreichungen in der Frage zu geben, wie Mindestlöhne festzulegen sind. Die Botschaft ist eine andere. Sie lautet: Auch dann, wenn jemand spät zur Einsicht kommt, kann er noch das Paradies erreichen. Entscheidend ist, dass er überhaupt irgendwann zur Einsicht kommt.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Alfred Winkler: Das gilt gerade für Sie!)

Deshalb steht für uns am Ende dieser Debatte die Feststellung: Ökonomisch hat sie nicht viel gebracht, aber sie lässt Ihnen immerhin weiter die Hoffnung, irgendwann einmal durch Einsicht zur Umkehr und ins Himmelreich zu gelangen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Plant der neue Minister Stoch ein Verbot des Sitzenbleibens? – Geht der grün-rote Angriff gegen das leistungsorientierte Schulwesen in Baden-Württemberg weiter? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Fragezeichen ist gesetzt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Präsidium hat eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Auch die Regierung wird gebeten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

§ 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung möchte uns dazu animieren, die Aktuelle Debatte in freier Rede zu halten.

Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Rücktritt der Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer und der Ernennung des neuen Kultusministers, Herrn Andreas Stoch, verbanden wir Liberalen Hoffnungen. Wir hatten die Hoffnung, dass mit dem neuen Mann an der Spitze des Kultusministeriums nun auch bei der politischen Führung dort mehr Sachlichkeit und weniger Ideologie Einzug in die Bildungspolitik halten würden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da hatte ich keine Hoffnung!)

Die ersten Äußerungen des neuen Kultusministers schienen diese Hoffnungen durchaus zu bestätigen. Da war viel von Realismus und wenig von Ideologie die Rede.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist alles Theorie!)

(Dr. Timm Kern)

Doch dann erfolgte der Tritt auf die Bremse, die Vollbremsung: Minister Stoch legte den ideologischen Rückwärtsgang ein. Der „Mannheimer Morgen“ schrieb am 21. Februar 2013:

Nachdem in Baden-Württemberg bereits bei den Gemeinschaftsschulen niemand mehr um die eigene Versetzung in die nächste Klasse bangen muss, will Kultusminister Andreas Stoch (SPD) nun nachlegen. Extrarunden sollen Schritt für Schritt auch in den anderen Schulen verboten werden, sagte Stoch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man könnte das ganze Thema natürlich auch „oberflächlich“ betrachten und sich einfach einmal die Realitäten, die tatsächlichen Zahlen in Baden-Württemberg anschauen. 0,6 % der Grundschüler, 1,5 % der Werkreal- und Hauptschüler, 2,7 % der Realschüler und 2,2 % der Gymnasiasten blieben 2011 in Baden-Württemberg sitzen. Bei diesen Zahlen fragt man sich: Warum will das Kultusministerium eigentlich etwas abschaffen, was in der Realität so gut wie gar nicht vorkommt,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

was sich andererseits aber bei den Menschen, die einen Bezug zur Praxis haben, also bei Lehrern, Schülern und auch bei den meisten Eltern, als ein wichtiger Baustein einer vernünftigen Schulpolitik erwiesen hat?

So sagt z. B. der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus:

Es gibt keine pädagogische Begründung für die Abschaffung, außer man ist ein naiver Utopist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Schulabschlüsse würden damit zu „ungedeckten Schecks“. Weiter sagt er:

Da kann man gleich eine Abitur-Vollkasko-Garantie anbieten.

Der Vorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer, Jürgen Böhm, meint:

Mit dieser leistungsfeindlichen Einstellung kann man im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe nicht bestehen und wird langfristig im Mittelfeld enden.

Und der Verband Bildung und Erziehung hier in Baden-Württemberg warnt vor einer „Schule der Beliebtheit“.

Meine Damen und Herren, aus der Praxis möchte ich anfügen: Keine Schule lässt heute noch leichtfertig einen Schüler sitzen. Die Verantwortlichen besprechen das offen mit den Schülern und Eltern. Man überlegt gemeinsam, ob ein Wiederholen oder gegebenenfalls auch der Wechsel zu einer anderen Schulart infrage kommt, die möglicherweise für den Schüler besser geeignet ist. Außerdem – auch das ist ein wichtiger Hinweis, weil es unbekannt zu sein scheint –: Die Klassenkonferenz hat eine ganze Reihe von Möglichkeiten, den Schüler trotz schlechter Noten doch noch in die nächste Klassenstufe zu versetzen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

wenn sie der Meinung ist, dass dies der richtige Weg sei.

Es ist meine tiefe Überzeugung, dass Sie mit der Abschaffung dieses leistungsorientierten Instruments gerade den schwächeren Schülern einen Bärendienst erweisen, denn diese Schüler brauchen einen Lehrer, der ihnen je nach Situation mal die Hand, aber auch mal die Stirn bietet.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Genauso vernünftig und unideologisch wie die Praktiker sieht das übrigens auch die Mehrheit in Deutschland. In einer Emden-Umfrage sprachen sich 54 % der Befragten dafür aus, dass Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben, die Klasse wiederholen. Bei den 14- bis 29-Jährigen der Befragten ist sogar eine deutliche Mehrheit von 63 % für das Sitzenbleiben; nur 36 % sind dagegen.

Man sieht, sehr geehrter Herr Minister Stoch: Mit Ihrer Forderung haben Sie weder die Schulpraktiker auf Ihrer Seite noch eine Mehrheit im Volk hinter sich.

Herr Minister, wenn es Ihnen wirklich um das Wohl der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg ginge, dann müssten Sie sich überlegen, welche Maßnahmen Sie ergreifen müssen, um das Sitzenbleiben an Schulen tatsächlich überflüssig zu machen. Denn die Sitzenbleiber fallen ja nicht vom Himmel. Die Leistungsprobleme von Schülern tauchen in der Regel doch schon lange vor der Versetzungsentscheidung auf.

Wer es mit einer besseren Betreuung von Schülern ernst meint, der müsste so ehrlich sein, zu sagen, dass wir dafür mehr Lehrerstellen ins Bildungssystem geben müssten, um kleinere Klassengrößen zu haben. Sie von Grün-Rot geben aber nicht mehr Ressourcen in unser Bildungssystem, sondern Sie bauen in den nächsten Jahren 11 600 Lehrerstellen ab. Wer wie Sie mehr individuelle Förderung von Schülern verbal einfordert, gleichzeitig aber im Parlament die Entscheidung trifft, Ressourcen einzusparen, ist scheinheilig.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wer hat denn die Lehrerstellen vor Ort gestrichen?)

Da wir hier heute schon die Bibel zitiert haben: So etwas wurde vor 2 000 Jahren als Pharisäertum bezeichnet.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Der Vorstoß des Kultusministers zielt im Kern auf etwas ganz anderes. Die von Grün-Rot offensichtlich geplante Abschaffung des Sitzenbleibens ist ein weiterer Baustein, ein weiteres Element des gezielten Angriffs auf das leistungsorientierte Bildungswesen in Baden-Württemberg. Wenn man die grünrote Schullandschaft der Zukunft verstehen will, muss man sich die Gemeinschaftsschulen anschauen. Sie sind die Blaupausen, nach denen das gesamte Schulwesen umgekrempelt werden soll.

Man sollte sich nur einmal anschauen, mit welcher bemerkenswerten Schnelligkeit und mit welcher Kaltschnäuzigkeit Grün-Rot in den vergangenen Monaten den bildungspolitischen Garten in Baden-Württemberg mit dem Schaufelradbagger umgegraben hat, um dieses Ziel der einen Schule für alle zu erreichen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Schaufelradbagger“! Geht es nicht ein bisschen ruhiger? – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Dr. Timm Kern)

Wir erinnern uns: Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht, keine verbindlichen Noten und kein Sitzenbleiben an der Gemeinschaftsschule, keine Niveaustufen an den Gemeinschaftsschulen, Austrocknen des beruflichen Bildungswesens durch die Gemeinschaftsschule, der grün-rote Kampf gegen die Realschule als Rückgrat des gegliederten Bildungswesens,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie kommt ihr denn auf diese Idee?)

Abschaffung der Notenhürde in der Werkrealschule von Klasse 9 nach 10 – alles Angriffe auf die Bildungsvielfalt in Baden-Württemberg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Vermutlich steht der nächste Schlag schon bevor, nämlich die Reform der Lehrerausbildung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Angst vor Wettbewerb!)

Und nun erfolgt der neueste Angriff, nämlich die postulierte Abschaffung des Sitzenbleibens, ein weiterer Baustein im Generalangriff. Sie arbeiten nach wie vor an einem Einheitsbildungsplan, denn es wird keinen eigenständigen Bildungsplan bei der Realschule mehr geben, und ob es zu einem eigenständigen gymnasialen Bildungsplan von Klasse 5 bis Klasse 12 kommt, bleibt abzuwarten. Es steht zu befürchten, dass es lediglich einen gymnasialen Aufsatz obendrüber gibt.

Die Gemeinschaftsschule – das ist interessant – könnte man fast als die neue Erlörschule bezeichnen, denn nach Ansicht von Grün-Rot ist die Gemeinschaftsschule die richtige Schule für Lernbehinderte – Stichwort Inklusion –, die richtige Schule für die Hauptschüler, die richtige Schule für die Realschüler, die richtige Schule für die Gymnasiasten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die Hochbegabten! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

und im letzten Bildungsausschuss haben wir erfahren, dass auch für die Hochbegabten die Gemeinschaftsschule die richtige Schule ist. Ich empfehle allen, dieses umfangreiche Buch hier genau zu lesen.

(Der Redner hält eine Ausgabe des Buches „Expertise Gemeinschaftsschule“ von Dr. Thorsten Bohl und Sibylle Meissner hoch.)

Ich kann Sie beruhigen, vor allem das Fazit ist entscheidend. Geschrieben wurde dieses Buch u. a. von Professor Bohl. Wer sich die entsprechenden vier Doppelseiten am Ende des Buches durchliest, wird erkennen, dass Professor Bohl – ein ideologischer Vordenker und wissenschaftlicher Begleiter der Gemeinschaftsschule – folgendes Fazit zieht: Solange die Realschulen, solange die Gymnasien in Baden-Württemberg existieren, ist die Existenz der Gemeinschaftsschulen, das Funktionieren der Gemeinschaftsschulen massiv gefährdet.

Jeder kann es nachlesen, schwarz auf weiß: Die Existenz von Realschulen und Gymnasien gefährdet die Gemeinschaftsschulen. Wettbewerb wird bei Ihnen als etwas Schädliches

dargestellt. Die Pädagogik der Gemeinschaftsschule soll für alle anderen Schularten die Leitpädagogik werden.

(Unruhe)

Nachdem das Sitzenbleiben an den Gemeinschaftsschulen verboten ist, soll dies nun auch an allen anderen Schulen der Fall werden. Das Ziel von Grün-Rot ist, dass überall die gleichen Bedingungen erfüllt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie können gleich darauf reagieren. Meine Rede ist in 30 Sekunden zu Ende.

Sie wollen die Einheitsschule in Baden-Württemberg. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, machen Sie mit Ihrer Bildungspolitik nur so weiter wie bisher: ideologisch verkrampft, an der Praxis und an den Interessen der Menschen in Baden-Württemberg vorbei.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Buch gleich hierlassen, Herr Kollege!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine Klasse zu wiederholen ist kein Drama, schon gar kein Weltuntergang und sicher auch kein lebenslanges Trauma für die Schüler.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kann ich bestätigen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ehrlich? Bist du sitzengeblieben?)

Es ist ein pädagogisches Instrument, das die Chance bietet, einmal zusätzliche Zeit zu haben. Manche brauchen das, weil sie zu früh eingeschult wurden; das ist die andere Seite dieser Medaille. Manche brauchen diese Chance, um größere Wissenslücken zu schließen. Manche brauchen diese Chance, um Wissen zu festigen und dann besser weiterzumarschieren. Für manche ist es auch ein ultimativer Weckruf, dass sich ein Weiterkommen ohne Anstrengungen und Leistungsbereitschaft nicht automatisch einstellt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nachdem das Thema in der ganzen Republik in der Presse rauf- und runterdekliniert ist, wissen wir, dass das Wiederholen einer Klasse weder Bundespräsidenten noch Literaturnobelpreisträger, noch Kanzlerkandidaten, noch Fernsehmoderatoren, noch Bildungsministerinnen, noch Ministerpräsidenten daran gehindert hat, das zu werden, was sie heute sind. Ich sage dazu: Sie haben einen ordentlichen Weg gemacht.

(Dr. Monika Stolz)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Vielleicht kann man unterstellen, dass diese Personen genau diese Chance letztlich auch genutzt haben. Das ist gut so.

(Unruhe)

Warum jetzt also diese Diskussion? Das Wiederholen einer Klasse ist ein Instrument unter vielen, das für manche Kinder sinnvoll ist. Wer es abschaffen will, muss erklären, warum auch Eltern dafür kämpfen, dass ihre Kinder freiwillig eine Klasse wiederholen können; die Eltern wissen, dass es eine Chance ist und gut ist für ihr Kind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wo liegen denn die Aufgaben der Schulen? Sie bilden, erziehen und bereiten auf das Leben vor. Wie sieht das Leben aus? Das brauchen wir doch nicht aufzuführen. Es gibt gerade im Rahmen der Globalisierung überindividuelle Anforderungen, die man nicht einfach aus der Realität wegradieren kann. Es braucht Anstrengungen im Leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nicht alles, was getan werden muss, macht Freude. Aber es muss getan werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im wirklichen Leben gibt es auch Rückschläge.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ist das ein Besinnungsaufsatz?)

Es gibt Differenzierungen. Bildung kann nicht alle gleichmachen, und es hat Folgen, wenn man das Ziel nicht erreicht.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ein Besinnungsaufsatz aus den Sechzigerjahren! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Frau hat Erfahrung!)

– Ich rede zum Thema Wiederholen. Es hat Folgen, wenn man das Ziel nicht erreicht.

Herr Minister, wir sind ein bisschen irritiert, weil Sie unterschiedliche Äußerungen gemacht haben. Sie haben geäußert, dass Sie das Sitzenbleiben verbieten wollen. Ferner haben Sie geäußert, dass Sie das Sitzenbleiben langfristig überflüssig machen wollen. Ihre letzte Äußerung war, dass Sie das Sitzenbleiben durch individuelle Förderung überflüssig machen wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre mal ein Punkt! Ressourcen bitte!)

Ich habe eine Bitte: Fangen Sie doch bitte an der richtigen Stelle an, und zäumen Sie das Pferd nicht wieder von hinten auf, wie Sie es bei der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung gemacht haben. Fangen Sie doch bitte beim Fördern an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Liefen Sie Förderkonzepte, und stellen Sie Ressourcen zur Verfügung, und zwar nicht nur für die Gemeinschaftsschule, sondern für alle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es entsetzt nicht nur mich, wenn bei Veranstaltungen Ministerialbeamte sagen, nur in der Gemeinschaftsschule finde eine moderne Pädagogik Anwendung und werde dem christlichen Menschenbild entsprochen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quatsch!)

Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Lehrer, die an Werkrealschulen, an Hauptschulen, an Realschulen und an Gymnasien eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unterstützen Sie diese Schulen! Unterstützen Sie die Lehrer, die unisono sagen: „Auch wir fördern individuell. Wir können das. Wir brauchen aber wie die Gemeinschaftsschulen die entsprechenden Ressourcen.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fördern Sie die Realschulen, die Werkrealschulen und die Gymnasien! Ermöglichen Sie ihnen kleinere Klassen. Geben Sie ihnen ein Förderkonzept. Bewirken Sie nicht hintenherum durch eine schlechte Ausstattung, dass diese Schulen nur schlecht arbeiten können und hinterher die Schuld dafür bekommen, dass sie halt keine Gemeinschaftsschule und damit nicht die vermeintlich ideale Schule sind. Das ist Betrug an den Lehrern und an den Schülern. Ich würde fast sagen: Sie versündigen sich mit dieser Ungleichbehandlung

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von Grünen und SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

an den Kindern, die die Realschule und die Werkrealschule besuchen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und jetzt keine Hilfe bekommen! So ist es!)

genauso, wie Sie sich an den Kindern und Lehrern der Hauptschule versündigt haben, indem Sie diese Schule jahrzehntelang zur „Restschule“ gestempelt und damit diese Schulen entwertet haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche einmal, hier eine normale Tonlage hineinzubekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schon wieder diese Moraldeutung!)

Ich gebe jetzt einmal die Worte von Herrn Dr. Kern wieder, die ich noch im Kopf habe. Er sprach von „Angriff“, von ei-

(Sandra Boser)

nem „Generalangriff“ und von einem „nächsten Schlag“. Ich frage mich, in welcher Schlacht Sie sich befinden. Nicht wir von Grünen und SPD gehen das Thema ideologisch verkrampft an, sondern Sie von CDU und FDP/DVP, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Ach ja!)

Es geht nicht darum, darüber zu diskutieren, ob eine um ein Jahr längere Schulzeit einem Kind schadet oder nicht schadet. Die Studien der vergangenen Jahre zeigen ganz klar, dass eine um ein Jahr längere Schulzeit und somit das Sitzenbleiben für die Schülerinnen und Schüler nutzlos ist.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Welche Studien?)

– Die Studie von Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung beispielsweise, die OECD-Studie von Andreas Schleicher

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

und die PISA-Studie haben das alle übereinstimmend gesagt. Außerdem gibt es noch genügend andere Bildungsforscher wie Klaus-Jürgen Tillmann, Jörg Dräger von der Bertelsmann Stiftung, Hans Brügelmann, Universität Bielefeld, Universität Siegen usw.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Diese haben allesamt gesagt, dass das Sitzenbleiben für Schülerinnen und Schüler am Ende nicht den positiven Effekt haben wird, den Sie hier darstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich weiß, dass Sie sehr gern Zahlen unterschlagen und absolut nichts von aktuellen Studien und Forschungsergebnissen halten. Bei den Debatten hier im Haus könnte man manchmal meinen, dass der Staub der Fünfzigerjahre vom Papier rieselt. Ich finde, das wird dem Thema überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte nur einmal an das erinnern, was der ehemalige Kultusminister Rau und auch die ehemalige Kultusministerin Schavan zu Ihrer Regierungszeit ausgegeben haben, nämlich dass das Sitzenbleiben zu einem so geringen Prozentsatz erfolgen soll wie überhaupt möglich. Ob man dann am Ende das Ganze – –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja! Das haben wir doch geschafft! Fördern und fordern! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das bestreitet kein Mensch!)

– Richtig, und wir setzen das weiter fort, Frau Kollegin Gurr-Hirsch. Denn im Gegensatz zu Ihnen streichen wir keine Fördermaßnahmen, wie beispielsweise die Poolstunden an den Gymnasien, sondern wir geben sie zurück.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Volker Schebesta CDU: Der Ergänzungsbereich ist doch massiv zurückgegangen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schauen Sie auf die aktuelle Lage der Eingangsklas-

sen in der Realschule! Gar nichts tun Sie! Reden Sie keinen Unsinn! – Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Röhm, man kann Realitäten ausklammern. Aber ich erinnere nur einmal – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Heterogenität!)

Ich habe die Zeitungsberichte über Ihre Realschulkampagne gelesen. Was sagen denn die Realschullehrer zu Ihnen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen Förderstunden!)

Sie sagen doch, dass Sie die Realschulen in den letzten Jahren haben unter den Tisch fallen lassen, dass Sie keine Stunden für die Realschulen ausgegeben haben. Wir haben 1,5 Poolstunden für die Realschulen ausgegeben. Wir haben Poolstunden an die Gymnasien zurückgegeben. Wir haben die Kompetenzanalyse Profil AC an den Realschulen eingeführt. Das alles sind Maßnahmen, um individuelle Förderung weiter auszubauen. Das muss am Ende das Ziel sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU zu Grünen und SPD: Hören Sie doch einmal, was die Realschulen sagen!)

Ich unterstütze den Kultusminister, der sagt: „Wir müssen das Sitzenbleiben am Ende überflüssig machen.“ Es geht nicht um das kalte Abschaffen des Sitzenbleibens, meine Damen und Herren, sondern es geht darum, dass wir es am Ende schaffen, die Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, ihre bestmöglichen Leistungen zu erreichen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig! Ja!)

sodass das Sitzenbleiben am Ende überflüssig gemacht wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das unterstütze ich!)

Ich finde, man muss Bildungspolitik nicht nur prospektiv denken, sondern man muss ab und zu über den Tellerrand hinausschauen. Was zeigen denn internationale Vergleiche? Was machen denn beispielsweise Finnland und Japan, die PISA-Sieger?

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Gibt es dort das Sitzenbleiben? Nein, in diesen Ländern gibt es schon seit Jahren kein Sitzenbleiben mehr.

(Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Stimmt nicht!)

Sind diese Länder leistungsunwillig und leistungsschwach? Nein, sie sind leistungsstark. Das heißt, das Argument, das Sie hier vorbringen – wenn wir das Sitzenbleiben abschafften, würden wir den Angriff auf ein leistungsstarkes und leistungsbetontes Bildungssystem wagen –, widerspricht völlig sämtlichen Tatsachen, die man im Ausland sieht, die man in anderen Bundesländern sieht.

Meine Damen und Herren, ich finde es unsäglich, dass hier ständig nur auf Polemik und Ideologie gesetzt wird, anstatt

(Sandra Boser)

die Tatsachen und die Realität hinzuzuziehen und zu schauen: Was passiert eigentlich in anderen Ländern?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was tun Sie derzeit für die Klasse 5 an den Realschulen? Gar nichts! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wir haben alle Schulen im Blick. Wir haben auch die Maßnahmen an allen Schulen ausgebaut. Wir werden das auch unter den momentanen Haushaltsbedingungen weiterführen, meine Damen und Herren.

Ich halte es nicht für richtig, dieses Thema hier in dieser Lautstärke anzugehen. Vielmehr muss man schauen: Wie unterstützen wir die Schulen? Wie unterstützen wir die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Sagen Sie es einmal!)

Wie unterstützen wir die Schülerinnen und Schüler? Hierzu sind wir in einem sehr guten Austausch. Ich habe nicht das Gefühl, dass dies in der Fläche des Landes nicht gesehen wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber wir!)

Vielmehr erhalten wir sehr großen Zuspruch dafür, wie wir die Bildungspolitik im Land angehen. So werden wir es fortführen, meine Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Käppeler.

Abg. Klaus Käppeler SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Einmal mehr müssen wir in dieser Debatte erleben, worum es Ihnen in der Bildungspolitik in den letzten 60 Jahren ging. Was zählte, war Leistung, Leistung, Leistung,

(Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Ist das schlimm?)

koste es, was es wolle. Wer diese nicht erbrachte, wurde aussortiert, an den Rand gestellt, abgeschult.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wer hat denn das Förderschulsystem entwickelt? Sie wollen die Förderschule abschaffen! Mein Gott!)

Was Sie hier suggerieren, liebe Kollegen von der FDP/DVP, ist jedoch: Die FDP/DVP steht für das Leistungsprinzip, die grün-rote Landesregierung hingegen für die Kuschelpädagogik.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

Oder anders ausgedrückt: Die FDP/DVP ist gleichzusetzen mit dem wirtschaftlichen Erfolg unseres schönen Bundeslands, Grün-Rot will das kaputtmachen. So einfach ist Ihre Logik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Sehr richtig!)

Sehr geehrte Damen und Herren, so einfach ist die Welt nicht. Sie wissen das, und auch die Bürgerinnen und Bürger wissen das.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Lassen Sie mich eine Anmerkung zum Titel der heutigen Debatte machen, in der sich Herr Dr. Kern so künstlich aufgeregt hat. Aufsehen erregen um jeden Preis, um jeder Schlagzeile willen, nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert. Wann und wo hat Minister Andreas Stoch gesagt, er schaffe das Sitzenbleiben ab?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nirgends! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das habe ich doch zitiert!)

Ich habe ein SWR-Radiointerview gehört, in dem er ausführlich darüber sprach, dass das Sitzenbleiben überflüssig gemacht werden soll, und zwar nicht heute und sofort, sondern in einer Übergangszeit von zehn bis 15 Jahren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war aber sehr missverständlich formuliert! Die Presseberichte waren anders formuliert! – Zurufe von der FDP/DVP)

Doch jetzt zurück zu Ihrer Sorge, es gäbe keine Leistungsanreize mehr. Tatsächlich steht Baden-Württemberg im Leistungsvergleich der Bundesländer sehr gut da. In Sachen Chancengerechtigkeit sieht es hier im Land immer noch düster aus. Hier sind wir eines der Schlusslichter. Eines der Mosaiksteinchen in diesem ungerechten Bildungssystem, meine Damen und Herren auf den Oppositionsbänken, ist eben das Instrument des Sitzenbleibens. Denn diejenigen, die sich teure Nachhilfestunden nicht leisten können, sind eher betroffen als Kinder aus dem sogenannten Bildungsbürgertum.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stammt aus einer alten Zeller-Rede!)

Wer nicht mitkommt, muss eben aussortiert werden, der darf eine Ehrenrunde drehen. Aus Sicht des Kindes ist es aber mit der Ehre nicht weit her. Ein Kind wird ein Sitzenbleiben immer als Bestrafung, als Niederlage und als Kränkung der Persönlichkeit empfinden. Es wird aus seinem Klassenverband herausgerissen, und nicht selten gelingt es den Kindern nur schwer oder gar nicht, in der neuen Klasse Fuß zu fassen. Da sage ich Ihnen auch, Herr Dr. Kern: Als Gymnasiallehrer wissen Sie das nicht, weil diese Kinder nämlich anschließend nicht mehr bei Ihnen sind, sondern in der Realschule und in der Hauptschule.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein Grund, weshalb viele Kinder mit dem Wiederholen der Klasse gleich die Schule wechseln, ist das Bestreben, der Schmach zu entgehen, den ehemaligen Mitschülern voller Scham auf dem Pausenhof zu begegnen und nicht mehr dazuzugehören. Häufig wird dieses Gefühl der Niederlage noch verstärkt durch die elterliche Enttäuschung darüber, dass das eigene Kind das Klassenziel nicht erreicht hat, wie es so schön

(Klaus Käppeler)

heißt. There is no time for losers, because we are the champions.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Dabei wissen wir längst, dass sich die Leistungen beim Wiederholen einer Klasse in den meisten Fällen nur punktuell verbessern. Im ersten Jahr der Wiederholung stellt sich oft eine Besserung der Noten ein. Klar, der Stoff wird zum wiederholten Mal gepaukt. Viele Sitzenbleiber drehen aber wenige Jahre später ein weiteres Mal eine Ehrenrunde. Es genügt also nicht, einmal eine Klasse zweimal zu besuchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Man muss schon genauer hinschauen, um die Gründe für schlechte schulische Leistungen auszumachen. In den meisten Fällen sind es nicht mangelnde Fähigkeiten, die die schlechten Noten produzieren. Oft sind schlechte Noten ein Ergebnis mangelnder Motivation und schlicht des falschen Lernansatzes. Hier kann und muss frühzeitig gegengesteuert werden, denn kein Kind möchte sitzenbleiben oder legt es gezielt darauf an. Kinder, die im jetzigen System versetzungsgefährdet sind, müssen von den betreuenden Lehrern eng an die Hand genommen werden. Sie brauchen im besten Sinn des Wortes Hilfe dabei, sich selbst helfen zu können, mehr die Hand und weniger die Stirn.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alles richtig!)

Unser Ziel muss und wird es also sein, durch individuelles Fördern ein Sitzenbleiben überflüssig zu machen. Auch wird es nicht ohne ein enges Miteinander von Schule und Elternhaus gehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch richtig!)

Oft sind die Gründe für schlechte schulische Leistungen auch im persönlichen Umfeld zu finden: Ich nenne Probleme im Elternhaus, Mobbing durch Mitschüler oder Ähnliches. Dann gilt es für den Lehrer oder für die Lehrerin, sehr genau hinzuschauen. Hier kann auch ein Frühwarnsystem, vergleichbar mit jenem an den Gemeinschaftsschulen, hilfreich sein.

Ausdrücklich betone ich nochmals, dass wir kein Verbot des Sitzenbleibens, also keine entsprechende Schulgesetzänderung, planen. Davon, ohne Sitzenbleiben auszukommen, sind wir mit Ausnahme der Gemeinschaftsschule noch meilenweit entfernt. Was Sie für den Kindergarten und die Grundschule eingeführt haben, setzten wir in der Sekundarstufe fort. Ich werde dazu in der zweiten Runde noch etwas sagen.

Erlauben Sie mir zum Schluss einen Appell, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition: Stellen Sie Ihre Kampfrhetorik ein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Verunsichern Sie die Bevölkerung nicht mit verkürzten oder falschen Zitaten. Bleiben Sie einfach auf dem Teppich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Kultusminister Andreas Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Dr. Kern, wenn der Duktus Ihrer Rede nicht ausschließlich von Polemik und dem Versuch geprägt gewesen wäre, Behauptungen in die Welt zu setzen oder zu verstärken, die zu keinem Zeitpunkt von mir gemacht wurden, dann müsste ich Ihnen sogar dankbar sein – dankbar dafür, dass Sie mir die Gelegenheit geben, hier und heute die Historie seit dem 16. Februar darzustellen, als die dpa eine bundesweite Geschichte zum Thema Sitzenbleiben schalten wollte und auf mich – wie im Übrigen auch auf viele andere Kultusminister in Deutschland – zugekommen war.

Auslöser dieser medial angefachten Debatte war der Abschluss der Koalitionsvereinbarung in Niedersachsen. In dieser findet sich eine, so meine ich, richtige und auch politisch nicht negativ zu bewertende Passage, nämlich: „Die rot-grüne Koalition“ will durch eine neue Kultur des Lernens „Sitzenbleiben ... überflüssig machen.“ Dazu erging an einem Samstagmittag die Meldung – das ist das einzige Zitat, das von mir stammt – – Wenn Sie nur den „Mannheimer Morgen“ lesen, kann es natürlich sein, dass Sie irgendwelchen Gerüchten aufsitzen.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf von der CDU: Was war das?)

Aber wenn Sie sich ein bisschen Mühe geben würden, würden Sie sehr schnell feststellen, dass die gesamte Debatte, die Sie hier glauben anfachen oder ins Haus tragen zu können, völlig unsinnig ist. Denn von dem, was Sie gesagt haben, bleibt nichts übrig.

Von mir stammen folgende Worte:

„Das Kultusministerium will deshalb das Sitzenbleiben überflüssig machen. In allen Schularten sollen die Schwächen durch ein verstärktes individuelles Lernen reduziert werden“, erklärte Stoch. Wir wollen das individuelle Lernen an allen Schularten ausbauen, um jede Schülerin und jeden Schüler dabei zu unterstützen, den jeweils bestmöglichen Abschluss zu erreichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist sinnvoll!)

Jetzt haben wir hier auch Pädagogen im Haus: Herrn Röhm, Herrn Dr. Kern, sogar Herrn Dr. Rülke.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und den Ministerpräsidenten, nicht zu vergessen! Biologie, Ethik! – Abg. Peter Hauk CDU: Es gibt auch noch einen Ministerpräsidenten! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ich bin jetzt gerade bei Ihnen. – Ich würde mich doch sehr wundern, wenn nicht für jeden von Ihnen gilt, dass Sie zu Beginn eines Schuljahrs mit dem starken Interesse, mit dem Willen in Ihre Klasse gehen, dass die Schülerinnen und Schüler, für die Sie verantwortlich sind, die bestmögliche Förderung erhalten, dass Sie mit Ihren Fördermaßnahmen, mit Ihrer pädagogischen Betreuung jeden Schüler und jede Schülerin erreichen und dass am Ende des Schuljahrs kein Schüler sitzenbleiben muss. Sind wir uns da einig?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Minister Andreas Stoch)

Deswegen, Herr Dr. Kern, wundert es mich doch sehr – – Ich sage jetzt einfach einmal: Sie sind jetzt in der ersten Legislaturperiode hier im Landtag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Viel länger sind Sie auch noch nicht da!)

Vielleicht sollte das Vorbild, das Sie sich nehmen, nicht Ihr Fraktionsvorsitzender sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: So viel zum Thema Polemik!)

Denn, Herr Kollege Dr. Kern, ich streite mich gern in der Sache; das wissen Sie auch. Ich schätze Sie als Gesprächspartner; auch das wissen Sie. Sie sind in 99,9 % Ihres Lebens ein rationaler Mensch. Aber in 0,1 %, nämlich immer dann, wenn Sie hier vorn stehen, habe ich das Gefühl, dass man Ihnen irgendetwas gegeben hat, was Sie dazu bringt, dass Sie nicht mehr an der Sache entlang argumentieren. Vielmehr versuchen Sie durch Polemik, durch falsche Behauptungen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel zum Thema Polemik! – Abg. Thomas Blenke CDU: Was machen Sie gerade, Herr Minister? – Weitere Zurufe von der CDU)

Debatten zu führen, die es gar nicht gibt. Wir haben hier vor drei Wochen über das Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr gesprochen. Da haben Sie von „Verbannen der Bundeswehr“ gesprochen. Sie haben ein Schreckgespenst an die Wand gemalt, wahrscheinlich um sich dann selbst davor zu gruseln.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Genau das Gleiche machen Sie hier wieder.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Dr. Kern, Sie sprechen hier oft von „uns Liberalen“. Als Tradition der Liberalen betrachte ich Offenheit und Freiheit auch im Denken. Warum vermitteln Sie hier den Eindruck, dass Sie es sich verbieten, über manche Dinge nachzudenken? Ich halte das nicht für eine Qualität.

Ich würde mit Ihnen gern – sehr gern – über den richtigen Weg streiten, was die Förderung von Kindern und Jugendlichen angeht, aber bitte nicht mit Behauptungen, die nicht von mir stammen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie wollen es also nicht verbieten!)

– Herr Rülke, Sie können ja sprechen, wenn Sie wollen, aber bitte nicht dauernd. Das bringt doch nichts, uns zumindest nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihre Rede bringt auch nicht viel!)

Herr Dr. Kern, kommen wir auf den Ausgangspunkt zurück. Ich habe auch Herrn Dr. Rülkes Pamphlet, das man „Newsletter“ nennt, gelesen; wie gesagt, von „Abschaffen“ oder „Verbot“ habe ich nie gesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann ist es ja gut, dass wir das jetzt feststellen! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hättet ihr auch selbst feststellen können!)

Das kritische Betrachten des Sitzenbleibens wird oft in einen Zusammenhang mit dem Thema Leistungsfeindlichkeit gestellt. Auch das ist ein völlig unsägliches Verknüpfen von Dingen, die zunächst nichts miteinander zu tun haben. Denn Sie unterstellen – das ist ein Zitat Ihres Fraktionsvorsitzenden –, dann könne man „jedem Jugendlichen ja sein Abiturzeugnis bereits in die Wiege legen“.

Ich bitte Sie wirklich: Hören Sie auf mit dieser holzschnittartigen Diskussionskultur. Sie bringt Ihnen nichts, sie bringt für die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nichts, sie bringt nur eine starke Verunsicherung der Menschen in diesem Land, und das können wir alle nicht wollen. Denn alle Menschen wollen verantwortlich damit umgehen, wie die Zukunftschancen ihrer Kinder aussehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen – ich habe es ihm vorhin schon angedroht – zitiere ich an dieser Stelle auch gern den Kollegen Helmut Rau. Er hat 2006 sinngemäß genau das Gleiche gesagt, nämlich: Wir müssen alles versuchen, dass die Nichtversetzung die Ultima Ratio ist. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um eine Versetzung zu erreichen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, wenn man so argumentiert! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist das Gleiche, was wir auch sagen!)

Beispielsweise wurde damals das Versetzen auf Probe eingeführt. Ich sage: Das ist der Common Sense. Das ist genau das, was ich gesagt habe. Dadurch, dass wir stärker auf die Schwächen des einzelnen Schülers eingehen, wollen wir das Sitzenbleiben überflüssig machen.

Dass es in einer Schule für junge Menschen auch Situationen gibt, in denen alle anderen Mittel nicht mehr fruchten, und dann als Ultima Ratio vielleicht sogar ein Wiederholen sinnvoll ist, das schließe ich doch nicht aus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Das habe ich nie ausgeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Röhm?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister Stoch, ich kann Ihnen in weiten Teilen recht geben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt!)

Sind Sie mit mir der Meinung, dass im Augenblick – wenn ich an die Bandbreite der Begabungen denke, stelle ich das fest; viele nennen es Heterogenität – in der Jahrgangsstufe 5

(Karl-Wilhelm Röhm)

der Realschule die Heterogenität am größten ist? Ich kenne Äußerungen von Ihnen, in denen Sie das ausdrücklich zubilligen. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, um den Realschulen hier und heute eine Botschaft zukommen zu lassen, dass sie solche Ressourcen bekommen, dass sie den Kindern helfen können?

(Beifall bei der CDU)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Röhm, es ist exakt so, wie Sie sagen. Es bringt nichts, an den Zahlen, die das Statistische Landesamt ermittelt, irgendetwas zu kritisieren. Die Rückmeldungen der Leiter der Realschulen sind genauso. Die Heterogenität, die schon in der Vergangenheit bestand, hat noch zugenommen. Wir haben Kinder mit sehr unterschiedlichen Leistungsprofilen an den Schulen. Deswegen – gestatten Sie mir, dass ich das nach knapp einem Monat im Amt sage – sind wir am Beginn des Weges.

Aber für mich besteht dringender Handlungsbedarf, dass wir an allen Schularten eine stärkere individuell ansetzende Förderung von Kindern und Jugendlichen ausbauen. Ich möchte niemanden zwingen – auch das haben Sie von mir als Zitat gehört –, eine bestimmte Entwicklung durchzumachen. Ich möchte Angebote machen, damit wir auf die veränderte Landschaft, was die Schülerschaft angeht, adäquat reagieren können.

Das betrifft im Übrigen nicht nur die Realschule, es betrifft auch das Gymnasium und auch die Hauptschule; dort ist die Situation die gleiche. Deswegen spreche ich immer von allen Schularten. Wir wollen an allen Schularten das Thema „Individuelle Förderung“ stärker forcieren. Das ist mein Ziel.

(Abg. Georg Wacker CDU: Aber nicht wieder nur bei der Gemeinschaftsschule!)

Daran können Sie mich dann auch messen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zurück zum Thema „Nicht versetzen“. Ich glaube, es ist unstrittig, dass wir das Sitzenbleiben nicht als, sage ich einmal, pädagogische Premi-
ummaßnahme betrachten. Wenn man jetzt einmal all die Äußerungen beiseitelässt, mit denen versucht wird, den neuen Kultusminister als bildungspolitischen Hardliner – Ihr Zitat –, als Ideologen oder Ähnliches darzustellen – das ist nicht förderlich für den Fortgang dieser Debatte –, sage ich – daran können Sie mich ebenfalls messen –: Wir alle müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir das Sitzenbleiben tatsächlich so weit es geht überflüssig machen können.

Da haben wir viele Zitate, und wir wissen, dass gerade in den Ländern, die im OECD-Vergleich bei PISA gute Bildungserfolge haben, sehr stark auf individuelle Förderung gesetzt wurde. Wenn hier, in dieser Debatte, jetzt der Eindruck erweckt wurde, dass quasi am Anfang das Abschaffen des Sitzenbleibens stünde – wie gesagt, das stammt nicht von mir – und man sich erst danach Gedanken machte, wie man dahin kommen könnte, dann ist damit das Pferd von hinten aufgezäumt.

Wir müssen jetzt die entsprechenden Änderungen in unserer Schullandschaft durchführen. Wir müssen jetzt Verbesserun-

gen für die Kinder und Jugendlichen, auch aus Sicht der Eltern, in das Schulsystem implementieren. Wenn wir das schaffen, dann werden wir es hoffentlich einmal erreichen, dass das Sitzenbleiben der Vergangenheit angehört; denn sehr häufig ist das Sitzenbleiben eben nicht eine leistungsfördernde Maßnahme, sondern sehr häufig ist das Sitzenbleiben aus persönlicher Sicht eine Niederlage, ein demotivierendes Ereignis. Die Zahlen lügen uns auch nicht an, wenn wir sagen, dass die Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen, häufig mittel- und langfristig nicht besser werden, sondern immer am unteren Ende der Leistungsskala sein werden. Daher macht es viel mehr Sinn, bereits beim Auftreten von Leistungsdefiziten auf diese konkreten Leistungsdefizite gezielt einzugehen. Das ist unser Ziel. Ich glaube, das sollte uns alle in diesem Haus verbinden.

Um vielleicht noch einmal kurz den Unterschied zwischen „überflüssig machen“ und „abschaffen“ zu zeigen: Lieber Herr Dr. Kern, als guter Demokrat würde ich nie auf die Idee kommen, die FDP/DVP abzuschaffen. Aber wenn Sie so weitermachen, werden Sie bis 2016 überflüssig sein.

Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Minister Stoch, dass ein Oppositionspolitiker die Regierung kritisiert, ist für mich persönlich das Normalste von der Welt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dass ein Minister in seiner Replik unsachlich persönlich wird, ist etwas Neues in diesem Haus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo denn? – Unruhe bei der SPD)

Herr Minister, ich lese im Übrigen nicht nur den „Mannheimer Morgen“, sondern ich lese auch die Pressemitteilungen des Kultusministeriums. Da war kein einziges Dementi zu dem zu lesen, was all die bösen Zeitungen in den vergangenen Wochen geschrieben haben. Wo war denn Ihr Dementi, dass Sie das Sitzenbleiben nicht abschaffen wollen? Insofern sage ich: Ich hätte dazu sehr gern etwas gelesen, aber da war eben nichts. Alle Medien haben den Minister missverstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man kann doch nicht alles dementieren! Das ist doch Unsinn! Mein Gott! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bleibe dabei: Wer das Sitzenbleiben abschaffen möchte

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

oder überflüssig machen möchte,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

der muss mehr Ressourcen ins System geben. Das tun Sie jedoch nicht. Sie machen das Gegenteil, und solange Sie das

(Dr. Timm Kern)

Gegenteil dessen machen, was richtig wäre, so lange bleiben Sie scheinheilig. Das werde ich auch in Zukunft so sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann wurden einige Studien angesprochen. Haben Sie die Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2004 gelesen, in der festgestellt wurde, dass bei 2 500 Schülerkarrieren 50 % derjenigen, die sitzenbleiben, vom Sitzenbleiben profitieren?

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Deshalb sollten diejenigen, die sich tatsächlich mit so etwas beschäftigen, dies lesen.

Ein letzter Punkt, der bei dieser Debatte noch entscheidend ist: Weder der Minister noch die Bildungspolitiker der Koalition haben auch nur ein einziges Wort zu Professor Bohl verloren. Darüber sind Sie alle hinweggegangen. Herr Professor Bohl hat es eindeutig in seinem Fazit geschrieben: Sie wollen die Bedingungen, die Pädagogik der Gemeinschaftsschule an allen Schulen. Dabei stören Realschulen und Gymnasien. Deshalb ist es kein übertriebener Vorwurf, dass Sie die Schule für alle haben wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Falls Sie die FDP/DVP zum Thema Sitzenbleiben – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Kern, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, letzter Satz. – Herr Minister, wenn Sie die Politik Ihrer Vorgängerin so weiterfahren wie bisher, dann bleiben Sie nach der nächsten Landtagswahl nicht auf Ihrem Ministerplatz sitzen, sondern dann werden Sie dorthin versetzt, wohin Sie im Interesse der Kinder Baden-Württembergs gehören, nämlich auf die Oppositionsbänke.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mit dem Bereich beginnen, bei dem wir große Übereinstimmung haben. In der Tat, Frau Boser, hat auch die Vorgängerregierung dieses Thema immer wieder bearbeitet. Niemand hat Interesse daran, dass es an einer Schule hohe Wiederholerquoten gibt. Die Lehrkräfte müssen weitergebildet werden, damit sie die diagnostischen Fähigkeiten haben, die Kinder zu begleiten. Nichtversetzungen fallen nicht vom Himmel. Vorher wird noch viel unternommen, um dies zu verhindern. Da gibt es eine Probeversetzung. In der Tat ist es der Vorgängerregierung durch viele Maßnahmen gelungen, die Quote der Wiederholer zu senken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir haben auch großes Interesse daran, dass an diesem Thema weitergearbeitet wird.

Deswegen, Herr Minister, nehmen wir die Aussage „Förderung für alle“ sehr wohl zur Kenntnis. Individuelle Förderung und Ressourcen für alle Schulen – aber ohne Vorbedingung. Welche Bedingungen stellen Sie an die Schulen, damit die Förderung geleistet wird?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir erwarten von Ihnen dazu eine klare Aussage. Ist es die Bedingung, dass sich die Schulen dann zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln, damit sie diese Förderung bekommen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Denn wenn ich richtig informiert bin, ist das Sitzenbleiben an den Gemeinschaftsschulen nicht mehr möglich.

Meine Frage ist: Was kommt bei diesen Schulen am Schluss heraus? Wenn ich mir die Schule des „Papstes“ der Gemeinschaftsschule, Herrn Fratton, in Romanshorn anschau, stelle ich fest: Dort sind 40 % der Kinder durch das Abitur gefallen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei Fratton 40 %?)

Vorhin wurde gesagt: Wiederholen heißt Niederlage empfinden. Ist es nicht besser, während der Schulzeit immer wieder gemessen zu werden und auch einmal einen Rückschlag zu erleiden, als am Schluss einer schönen Schulzeit durch das Scheitern bei der Abschlussprüfung letztlich vor einem Scherbenhaufen zu stehen? Im Übrigen werden nach der Schulzeit die Kriterien des Bildungserfolgs nicht in der Schule festgelegt, sondern von Arbeitgebern, von Hochschulen, die ein gnadenloses Assessment machen, eine gnadenlose Auswahl treffen, und letztlich sinkt die Chancengleichheit.

(Zuruf von der SPD: Jesses Maria!)

Deswegen bitte ich um eine klare Aussage, Herr Minister: Wollen Sie fördern ohne Vorbedingung?

Ich will noch eines richtigstellen, Frau Boser: In Finnland gibt es die Klassenwiederholung,

(Abg. Georg Wacker CDU: So ist es!)

und zwar in sehr strenger Form. Wenn dort im Vorzeugnis, im Frühjahrszeugnis eine Vier, also die schlechteste Note, steht, dann wird der betreffende Schüler nicht versetzt. Der Schüler hat allerdings die Gelegenheit, im weiteren Verlauf des Schuljahrs bis zum Sommer gefördert zu werden. Er kann auch im Sommer gefördert werden. Er kann dann eine Prüfung machen, und bei Bestehen wird er versetzt. Das ist bei uns nicht viel anders. Wenn der Schüler im Vorzeugnis zwei Vieren hat, dann findet automatisch keine Versetzung statt.

In der Tat sind dort die Wiederholungsquoten sehr gering, weil dort sehr individuell gefördert wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! –
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE:
Eben!)

So wollen wir das auch,

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ah!)

aber an allen Schulen.

(Dr. Monika Stolz)

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Ohne Vorbedingung!)

Nur zur Information: In Europa gibt es nur zwei Länder, die auf das Wiederholen von Klassen verzichten. Die Rate der Wiederholer ist in den Ländern am höchsten,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

in denen ein eingliedriges Schulsystem vorhanden ist, wie z. B. in Frankreich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Da wird halt anderweitig gesiebt – eben durch das Wiederholen. Wir sollten das alles interessiert anschauen und – ich sage es jetzt einmal so – darauf bauen, dass der Kultusminister das, was er heute versprochen hat, unter Weglassen der Bedingungen auch durchführt. Dann sind wir alle glücklich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Stolz, ich glaube, in dieser Tonlage können wir das Thema weiterdiskutieren. Ich denke, wir haben da sicher auch gemeinsame Ansätze. Ich möchte nur noch ein paar Fakten nennen, die man dann auch weiterdiskutieren kann.

Der Leistungsdruck, den Sie hier beschreiben, ist an Schulen notwendig. Diesen Leistungsdruck gibt es an den Schulen auch. Aber man muss realisieren, dass 20 % der Schülerinnen und Schüler mit diesem Leistungsdruck nicht umgehen können, dass 20 % der Schülerinnen und Schüler unter Schulangst leiden. Wir müssen also schauen, wie wir diese Schülerinnen und Schüler besser erreichen können und welche Unterstützungssysteme wir für sie brauchen.

Ein Punkt, den die alte Landesregierung in diesem Zusammenhang leider ebenfalls völlig verpasst hat, ist, dass auch der Ausbau der Ganztagschulen vorankommen muss. Wenn zu Hause Unterstützung fehlt, darf dies letztlich nicht zulasten der Schülerinnen und Schüler gehen. Denn diese Schülerinnen und Schüler wären am Ende diejenigen, die am stärksten versetzungsgefährdet sind. Da brauchen wir frühzeitig Anforderungsprofile und Möglichkeiten der Förderung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben daher gerade bei den Gemeinschaftsschulen auf die Situation reagiert und den Ganztagsunterricht verbindlich vorgeschrieben. Denn nur so ist unserer Überzeugung nach ein Unterstützungssystem möglich.

Ich verstehe ja, dass die Realschulen jetzt um Stunden kämpfen, da sie schauen müssen, wie sie mit der Heterogenität besser umgehen können. Aber mit Stunden allein ist es, meine Damen und Herren, nicht getan. Wir brauchen an den Realschulen zudem eine Veränderung der Methodik, und wir müssen Möglichkeiten dafür schaffen, wie mit dem Versetzungsproblem zukünftig umgegangen werden soll.

Wenn man sich nämlich anschaut, wie hoch die prozentualen Anteile der Nichtversetzung an den einzelnen Schularten sind, dann stellt man fest, dass an den Realschulen und Gymnasien die Quoten am höchsten sind. An den Haupt- und Werkrealschulen war diese Quote immer recht niedrig. Wenn man Ihre Debatten bislang verfolgt hat, kann man den Eindruck gewinnen, dass an den Haupt- und Werkrealschulen die Anforderungen am höchsten sind. Da muss man dann allerdings fragen, warum die Haupt- und Werkrealschulen die Nichtversetzung in einem so hohen Maß haben eindämmen können und warum die entsprechenden Quoten bei den Realschulen und den Gymnasien vergleichsweise so viel höher sind. Wir müssen schauen, dass wir auch hier die Möglichkeiten verbessern. Da sind wir dran.

Ich glaube nicht, dass wir in der Form, wie Herr Dr. Kern die Debatte eingeführt hat, weiterdiskutieren können, sondern finde die nun von meiner Vorrednerin gewählte Form sehr viel angenehmer.

Herr Dr. Kern, wenn Sie über Herrn Professor Bohl und die Expertise zur Gemeinschaftsschule diskutieren wollen, dann beantragen Sie doch eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema. Dann können wir gern darüber diskutieren. Die Aktuelle Debatte, die wir jetzt führen, dreht sich um das Thema Sitzenbleiben, und ich glaube, wir werden der Sache besser gerecht, wenn wir über dieses Thema sprechen und nicht über die Expertise zur Gemeinschaftsschule.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Käppeler.

Abg. Klaus Käppeler SPD: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe noch einmal auf den von Ihnen immer wieder geäußerten Vorwurf der „Kuschelpädagogik“ ein. Sie werfen uns vor, wir würden die Kinder in Watte packen und würden sie nicht adäquat auf die Anforderungen einer Leistungsgesellschaft vorbereiten.

(Abg. Karl Klein CDU: So ist es!)

Das Gegenteil ist der Fall. In unseren Augen kann ein junger Mensch nur dann in einer Leistungsgesellschaft wie der unseren bestehen, wenn er zuvor ein stabiles, gesundes Selbstbewusstsein ausgebildet hat und wenn sein Charakter Zeit hatte, um sich ausbilden zu dürfen, wenn er Mensch werden durfte und nicht nur Verfügungsmasse unserer Volkswirtschaft. Ein solches Selbstbewusstsein gewinnt jedoch niemand durch beschämende Instrumente wie das Sitzenbleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wenn der Vorsitzende des Philologenverbands sauer auf die grün-rote Politik reagiert, dann lade ich ihn gern einmal in eine „Blümchenschule“ ein, in der den Kindern vorgegaukelt wird, das Leben sei ein Ponyhof – so wurde er zitiert. Dabei sieht er und sehen vielleicht auch andere, wie die Kollegen an den Grundschulen mit Heterogenität umgehen.

Vielleicht gibt er anschließend zu, dass es ihm in Wirklichkeit nur darum geht, seine Gymnasiasten von der rauhen, ungerech-

(Klaus Käppeler)

ten und unsozialen Lebenswirklichkeit abzuschotten, damit diese unter ihresgleichen bleiben können. Dann erfahren wir, welche Schulart tatsächlich eine „Blümchenschule“ ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das müssen Sie mir noch einmal erklären! Das habe ich nicht verstanden!)

Liebe Kollegen von der FDP/DVP, ich kann Ihnen die Anmerkung nicht ersparen: Heute zu diskreditieren, den politischen Gegner zu verunglimpfen, morgen zu behaupten, man sei schon immer dafür gewesen, und übermorgen zu erklären, das Ganze sei eine liberale Erfindung – Gern liefere ich Ihnen einige Beispiele für diese Strategie: Atomausstieg, Mindestlohn – darüber haben wir heute schon debattiert. Sie verstehen also schon, dass wir Sie nur bedingt ernst nehmen können. Denn bei den Themen Gemeinschaftsschule oder Sitzenbleiben werden auch Sie sich eines Tages der Vernunft anschließen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ein Blick sollte an dieser Stelle auch auf die Bildungspolitik unserer Vorgängerregierung im Schuleingangs- und im Elementarbereich gerichtet werden. Bereits während Ihrer Regierungszeit hat man offenkundig noch begriffen, dass nicht alle Kinder in demselben Tempo lernen, dass jedes Kind seinen eigenen, individuellen Rhythmus mitbringt. Um diesen Unterschieden gerecht zu werden, haben Sie beispielsweise die Einschulungsuntersuchung, die ESU, um ein Jahr vorgezogen. So werden seither schon frühzeitig Entwicklungsverzögerungen festgestellt, damit den Kindern bereits vor Schuleintritt die bestmögliche Förderung zuteilwerden kann.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In der Grundschule haben wir Ihnen die Möglichkeit einer flexiblen Eingangsstufe zu verdanken, was bedeutet, dass die Lerninhalte der ersten beiden Schuljahre individuell – je nach Lerntempo des Kindes – entweder in zwei oder in drei Schuljahren erworben werden können. In allen Schularten – das wurde schon erwähnt – wurde die Möglichkeit der Versetzung auf Probe geschaffen. Das zeigt doch, dass auch Sie augenscheinlich verstanden haben, dass Gras nicht schneller wächst, wenn man daran zieht. Jedes Kind muss da abgeholt werden, wo es steht.

Dieses von Ihnen bereits initiierte Prinzip, dass jedem Kind die Zeit gewährt wird, die es braucht, führen wir nun konsequent dahin fort, dass in einigen Jahren das Sitzenbleiben überflüssig wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Bevor wir in den Tagesordnungspunkt 3 eintreten, darf ich auf der Zuhörertribüne als Gast unseres Hauses die neu gewählte Präsidentin des Vorarlberger Landtags, Frau Kollegin Dr. Gabriele Nußbaumer, herzlich begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Dr. Nußbaumer ist die Nachfolgerin von Kollegin Dr. Mennel, die in die Regierung gewechselt ist. – Wir möchten Sie heute auf meine Einladung hin hier im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und damit auch zum Ausdruck bringen, dass wir an der guten Zusammenarbeit von Baden-Württemberg mit Vorarlberg interessiert sind und sie in diesem Sinn auch mit Ihnen, verehrte Frau Kollegin, weiterführen möchten. Herzlich willkommen in Baden-Württemberg!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl von Mitgliedern und der/des Vorsitzenden im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Das Wort erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute die Wahl von Mitgliedern und auch des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses auf der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt wurde notwendig, weil in der vergangenen Woche der Kollege Müller erklärt hat, dass er vom Amt des Ausschussvorsitzenden zurücktreten wird, und gleichermaßen der Kollege Schebesta seinen Rückzug aus dem Untersuchungsausschuss angekündigt hat.

Grund waren Kontakte der beiden Abgeordneten zu einem der Hauptzeugen im EnBW-Untersuchungsausschuss, nämlich zu dem früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Die Kontakte waren ein Fehler. Das bedauern wir zutiefst, weil dadurch auch Vertrauen verloren gegangen ist hinsichtlich der Frage, ob beide Abgeordnete ihr Amt im Untersuchungsausschuss noch mit der notwendigen Unabhängigkeit ausüben könnten.

Meine Damen und Herren, die notwendige Unabhängigkeit ergibt sich aus unserer Landesverfassung. Wir wissen aufgrund der Arbeit der beiden Abgeordneten und weil wir sie kennen, dass sie in den letzten Monaten ihr Amt im Untersuchungsausschuss stets mit der notwendigen Unabhängigkeit ausgeübt haben.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wissen dies, aber wir wissen auch, dass in den Augen der Öffentlichkeit der Anschein entstand, dass dies nicht mehr der Fall sein könnte. Deshalb haben sie die notwendige Konsequenz gezogen. Das nötigt uns auch bis zum heutigen Tag Respekt ab.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es war immer unser Ziel, für Aufklärung und Transparenz in diesem Ausschuss zu sorgen. Das ist uns auch gelungen, denn wir haben in den vergangenen Monaten viel Zuspruch und Zustimmung für die Ausschussarbeit erfahren.

(Peter Hauk)

Dass es nun Verunsicherung und Enttäuschung gibt, war nie unser Ansinnen – weder des Kollegen Müller noch des Kollegen Schebesta, von keinem der CDU-Abgeordneten im Ausschuss und auch nicht von unserer Fraktion. Wir wissen – weil wir sie beide kennen und sie es durch ihre Arbeit im Untersuchungsausschuss unter Beweis gestellt haben –, dass sie ihr Mandat stets unabhängig ausgeübt haben.

Meine Damen und Herren, es geht fehl, wenn Sie die CDU unter Generalverdacht stellen, weil Sie damit auch 60 direkt gewählte Kollegen unter den Generalverdacht stellen, ihr Amt und ihr Mandat nicht mit der notwendigen Unabhängigkeit auszuüben.

Erst wir haben diesen Ausschuss bei langem Zögern von SPD und Grünen beantragt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was? – Gegenruf
des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zuruf
von der CDU: Das war so!)

– Meine Damen und Herren, das ist die historische Wahrheit. Wir waren auch die treibende Kraft in diesem Ausschuss. Ich erinnere an die Herbeiziehung der Akten von Morgan Stanley und Gleiss Lutz. Der Ausschuss ist damit in seiner Sacharbeit schon weit vorangekommen. Das ist auch der intensiven Arbeit aller CDU-Abgeordneten im Untersuchungsausschuss zu verdanken.

Wir haben uns stets kritisch, aber nicht vorfestgelegt mit den damaligen Verfahren und seinen Protagonisten auseinandergesetzt.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Die CDU-Fraktion ist sich ihrer hohen Verantwortung auch gegenüber der Öffentlichkeit bewusst. Deswegen waren die Rücktritte von Ulrich Müller und Volker Schebesta konsequent. Aber einzelne Fehler dürfen nicht zu einem Generalverdacht führen. Sie dürfen das bisher an Aufklärung Erreichte nicht einfach in Vergessenheit geraten lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen stellen wir uns weiterhin der gegebenen Verantwortung. Wir nehmen die Verantwortung an, das Vertrauen in die Politik, das Parlament und in die Arbeit des Ausschusses wieder zurückzugewinnen.

Die CDU-Fraktion hat laut Untersuchungsausschussgesetz das Recht, den Ausschussvorsitzenden vorzuschlagen. Mit diesem Recht erwächst uns aber auch die Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen.

Daher schlagen wir Herrn Abg. Klaus Herrmann als neuen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses vor. Klaus Herrmann ist ein langjähriger Abgeordneter, der die nötige Erfahrung für das Amt des Vorsitzenden mitbringt. Er war bereits lange Jahre Vorsitzender verschiedener Gremien des Landtags und der Fraktionen, u. a. vier Jahre Vorsitzender des Ständigen Ausschusses. Darüber hinaus war er bereits Mitglied im FlowTex-Untersuchungsausschuss. Er wird als neuer Vorsitzender des Untersuchungsausschusses das Amt mit dem nötigen Engagement und der notwendigen unabhängigen Autorität ausüben.

Es geht um die Aufklärung der Umstände des Rückerwerbs der EnBW-Anteile; das muss wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Mit Herrn Abg. Klaus Herrmann kann die Arbeit des Ausschusses wieder aufgenommen und intensiv, aufklärerisch, aber auch ergebnisoffen fortgesetzt werden. Wir kommen mit unserem heutigen Vorschlag unserer demokratischen Verpflichtung nach und bitten Sie um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Niemand stellt die CDU in diesem Haus unter Generalverdacht, Herr Hauk. Aber die Vorgänge, die seit dem 14. Februar 2013 bekannt sind, müssen aufgeklärt werden, und zwar ohne Ansehen der Person und bis in die letzten Details hinein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es sind Vorgänge ohne Beispiel. Sie relativieren immer. Sie haben schon am Tag nach dem Bekanntwerden der Vorfälle begonnen, zu relativieren. Sie relativieren bis zum heutigen Tag die Fehler, die Ihre Abgeordneten gemacht haben.

Lassen Sie uns noch einmal das, was wir bereits öffentlich verhandeln können, bewerten. Was ist denn passiert? Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, der in seiner Amtsführung zu einer besonderen Objektivität verpflichtet ist und der mit dem Vertrauen des gesamten Parlaments gearbeitet hat, hat dem wichtigsten Zeugen, dessen Tätigkeit er aufzuklären hat – das ist gerade der vornehme Auftrag des Ausschusses und des Vorsitzenden –, heimlich internes Material zugespield, u. a. den Regierungsbericht. Die Frage, die aufzuklären ist, lautet: War das eine verabredete Zusammenarbeit mit dem Zeugen, die diesen in den Stand versetzt hat, sich auf seine wenige Wochen später stattfindende Vernehmung vorzubereiten? Hat das Einfluss auf die Aussage des Zeugen genommen? Hat es Einfluss auf den gesamten Gang des Untersuchungsausschusses genommen?

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Meine Damen und Herren, dieser Vorgang ist in der Geschichte der Untersuchungsausschüsse in Baden-Württemberg und darüber hinaus ohne Beispiel. Er ist eine eklatante Verletzung parlamentarischer Regeln und eine eklatante Verletzung der Pflichten von Abgeordneten. Das muss man heute in aller Deutlichkeit feststellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist im Kern das Problem, das Ihre Partei, Herr Hauk, bis zum heutigen Tag verfolgt, nämlich dass es immer wieder Punkte gibt – ich bestreite gar nicht Ihren Aufklärungswillen, den Sie als Fraktion insgesamt haben –, bei denen es um handelnde Personen geht. Dann ist die Verbundenheit zur Partei, in diesem Fall auch zur Person Mappus, offensichtlich wichtiger als der parlamentarische Untersuchungsauftrag. Auch das muss aufgeklärt werden.

Das gehört zur jüngsten Geschichte unseres Landes, zur Ära Mappus dazu. Der Untersuchungsausschuss ist nicht nur des-

(Hans-Ulrich Sckerl)

halb wichtig, weil er in der Sache aufgeklärt hat, sondern auch, weil er deutlich gemacht hat, wie dieses Land regiert worden ist: geprägt von Korpsgeist, geprägt von einer Arroganz der Macht, die wir in Baden-Württemberg bisher nicht erlebt hatten, geprägt auch von einer Art von Kungelei, mit der die Grenzen zwischen Regierung und Parlament verwischt worden sind –

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

ganz nach dem Motto: „L'état, c'est moi. Es kommt ja nicht darauf an, denn wir regieren, und wir bestimmen die Tagesordnung.“

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Herr Hauk, eine Zeitung in Baden-Württemberg – nicht wir – hat geschrieben:

Das sind Vorgänge, die man mit einer Bananenrepublik verbindet, aber nicht mit Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das müssen Sie sich einmal vergegenwärtigen.

An dieser Stelle wird deutlich, was in den nächsten Wochen geleistet werden muss. Diese Vorgänge müssen schonungslos aufgeklärt werden. Das geht auch an die Adresse des Kollegen Schebesta.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie mal was zum Untersuchungsgegenstand!)

Ich denke, das weiß er auch. Der SMS-Verkehr mit dem Hauptzeugen aus der laufenden Sitzung des Untersuchungsausschusses wirft die Frage auf, ob auch hier eine Kommunikation stattgefunden hat, mit der ein Zeuge versucht hat, Einfluss auf die Befragung eines anderen Zeugen zu nehmen, um dem Verlauf der gesamten Ermittlung des Ausschusses eine bestimmte Richtung zu geben. Diese Fragen stellen sich.

Der Aufklärung dieser Fragen werden wir uns mit aller Beharrlichkeit widmen. Darauf dürfen Sie sich gefasst machen. Herr Hauk, ich glaube nicht, dass Sie die Kraft dazu haben. Sie sind noch so sehr vom „Mappus-Fieber“ befallen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Lachen des Abg. Peter Hauk CDU)

dass ich nicht glaube, dass Sie die Kraft für einen Neuanfang haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das überlassen Sie doch einmal uns!)

Deswegen war der Appell wohlüberlegt, in dieser Situation aus Gründen der politischen Hygiene auf den Ausschussvorsitz zu verzichten. Das haben wir von Ihnen gefordert. Sie wollen das nicht. Sie glauben, dass Sie das so hinbekommen. Wir haben Zweifel daran. Deswegen können wir den Kollegen Herrmann nicht wählen. Das richtet sich nicht gegen Ihre Person, Herr Kollege Herrmann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich!)

Es besteht weiterer Aufklärungsbedarf. Sie müssen uns z. B. den Besuch von Herrn Mappus beim Arbeitskreis Untersuchungsausschuss der CDU in Heidenheim im Rahmen der Winterklausur 2012 erklären. Das ist eine Frage, die sich jetzt völlig neu stellt und die zum Thema gemacht werden muss. Auch das gehört zum Auftrag des Ausschusses.

Wir werden alles dafür tun, um das aufzuklären, um wieder Vertrauen zu gewinnen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie auch mal was zum Untersuchungsgegenstand!)

und um anschließend die Voraussetzungen zu schaffen, dass der Untersuchungsausschuss den EnBW-Deal aufklärt und den Bürgerinnen und Bürgern des Landes und dem Landtag ein überzeugendes Ergebnis vorlegen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Ton zum Untersuchungsgegenstand!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als junger und neuer Abgeordneter muss ich sagen: Die Weitergabe der Akten hat mich betroffen gemacht.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Anhand Ihrer Reaktionen stelle ich fest, dass Ihnen das Unrechtsbewusstsein völlig abhandengekommen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Als junger Abgeordneter hätte ich nicht gedacht, dass eine Volkspartei wie die CDU in der Lage ist, nach 60 Jahren Regierungszeit einen Untersuchungsausschuss und damit den Landtag als Verfassungsorgan des Landes Baden-Württemberg zu beschädigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Lieber Kollege Müller, ich bin auch persönlich enttäuscht. Ich hatte Respekt vor Ihrer Lebensleistung und vor Ihrer Art, wie Sie den Untersuchungsausschuss geleitet haben. Bis zu diesen Vorfällen habe ich nicht zu denen gehört, die Sie in Ihrer Amtsführung kritisiert haben.

Sie haben in den Ausschusssitzungen immer davon gesprochen, dass die Aufklärung im Mittelpunkt stehe, dass man vertrauensvoll mit Unterlagen umgehen müsse. Sie haben in einem Brief, der am 18. Februar im „Spiegel“ veröffentlicht wurde – es ging darum, die Einstufung des Regierungsberichts als Verschlussache aufzuheben –, an Ministerin Krebs geschrieben – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Ich kann Ihnen umgekehrt ein sachliches, korrektes und faires Vorgehen meinerseits und für den Ausschuss insgesamt zusagen.

(Sascha Binder)

Meine Damen und Herren, nach allem, was wir jetzt wissen, klingen diese Worte wie blanker Hohn.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Hauk, Sie haben den Rücktritt von Herrn Müller gegenüber dem SWR als ehrenwert, als honorig bezeichnet. Jetzt wollen wir einmal sehen, was honorig war. War es tatsächlich honorig, uns, den Mitgliedern im Untersuchungsausschuss, den Zugang zu den Akten zu verwehren, weil man zuerst selbst in die Akten schauen wollte, um herauszufinden, ob man das, was man befürchtet, darin auch tatsächlich findet? Das finde ich nicht honorig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ist es tatsächlich honorig, im Untersuchungsausschuss die Meinung zu vertreten, man müsse die Akten der Staatsanwaltschaft nicht mehr abwarten, man könne den Untersuchungsausschuss auch vorher abschließen? Im Übrigen weiß ich mittlerweile, warum einzelne Mitglieder des Untersuchungsausschusses diese Auffassung vertreten haben. Das ist alles andere als honorig, Herr Hauk.

Sie sagten dann gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“:

Das war ein Fehler von Ulrich Müller; ... den er aber sofort eingesehen und aus dem er sofort Konsequenzen gezogen hat.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

„Sofort“ wäre ein Rücktritt gewesen, der nach der Durchsichtung bei Herrn Mappus erfolgt wäre. Denn damals war für ihn doch schon klar, dass Unterlagen bei Herrn Mappus gefunden werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber genau das Gegenteil hat er gemacht. Er hat bis zum Schluss gehofft, dass das, was er verbrochen hat, nicht herauskommt. Im Übrigen: Was wäre denn passiert, wenn diese Unterlagen nicht in den ersten 31 Ordnern der Staatsanwaltschaft drin gewesen wären,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dann wäre er immer noch Vorsitzender!)

sondern erst in der zweiten Lieferung? Dann wäre Herr Müller heute noch Ausschussvorsitzender.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! Ja!)

Er würde vermutlich heute noch aus Fairnessgründen Herrn Mappus mit Unterlagen versorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt geht es um den Generalverdacht. Es gibt keinen Generalverdacht, aber wir sehen uns nicht mehr in der Lage, erneut einen Vertrauensvorschuss mitzugeben.

Wir haben heute nicht nur den zweiten Vorsitzenden im Untersuchungsausschuss zu wählen, sondern wir haben auch bereits zwei Landtagspräsidenten wählen müssen. Den ersten, Herrn Stächele, haben wir mit großer Mehrheit mit gewählt,

haben ihm Vertrauen entgegengebracht. Er musste dann zurücktreten. Da wurde unser Vertrauen enttäuscht. Wir haben Herrn Müller mit gewählt, Vertrauen entgegengebracht. In diesem Fall wurde das Vertrauen mehr als nur enttäuscht. Ich glaube, vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass wir uns heute der Stimme enthalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist lächerlich!)

Dann schlagen Sie erneut Persönlichkeiten vor, die in Heidenheim mit Herrn Mappus den Ausschuss vorbesprochen haben. Da stellen sich doch einige Fragen, Herr Hauk. Haben Sie Herrn Mappus eingeladen, oder wussten Sie überhaupt nichts von diesem Treffen im AK Untersuchungsausschuss? Gibt es Aktennotizen aus diesem Gespräch? Sind Ergebnisse dieses Gesprächs in die Strategie der CDU, in den Untersuchungsausschuss eingeflossen? Oder wussten Sie von all dem gar nichts, Herr Hauk, genauso wie beim EnBW-Deal? Ich glaube nicht, dass es dem Fraktionsvorsitzenden der CDU gut ansteht, wenn er ständig nur nach dem Drei-Affen-Prinzip „Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen“ reagiert. Sagen müssen Sie zumindest im Untersuchungsausschuss, was Sie wussten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie endlich einmal etwas zum Untersuchungsgegenstand!)

Wenn Sie nichts wussten, soll es Ihnen auch nicht unbedingt zum Vorteil gereichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass meine Vordredner alle länger als fünf Minuten gesprochen haben. Wir können das Ganze auch in einer Runde abhandeln.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie wollten auch den Ausschuss schnell abschließen, Herr Kollege!)

Im Untersuchungsausschuss gab es in der Tat einige Überraschungen. Ich halte auch die Rücktritte der Herren Schebesta und Müller – das sage ich ganz klar – für sinnvoll, und zwar aus dem Grund

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– jetzt hören Sie doch einmal zu; das würde Ihnen nicht schaden –,

(Zuruf von den Grünen: Doch!)

weil sich der Untersuchungsausschuss nicht mit sich selbst beschäftigen muss, sondern mit dem

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gegenstand!)

Untersuchungsauftrag, den uns dieses Haus gegeben hat.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Vorher müssen die anderen Sachen geklärt werden!)

(Andreas Glück)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Aussagen der Regierungsfractionen, die CDU hätte sich nun insgesamt moralisch disqualifiziert und könne jetzt keinen Vorsitzenden mehr stellen, kann man nur sagen: Das ist scheinheilig. Unterlagen, die von Anfang an den Weg aus dem Untersuchungsausschuss gefunden haben, haben nicht unbedingt den Schwarzen geholfen, sondern haben Ihnen geholfen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Binder, eine Einschätzung teile ich absolut. Auch für mich ist dies die erste Legislaturperiode, in der ich diesem Landtag angehöre, und die Weitergabe von vertraulichen Akten hat mich zutiefst schockiert. Das möchte ich einbeziehen: wenn es vonseiten der CDU kommt. Ich möchte es aber auch auf alles beziehen, was an Vertraulichem im Vorfeld der Presse zugespielt wurde. Da sage ich ganz ehrlich: Wer im Glashauss sitzt, sollte ganz vorsichtig sein, mit Steinen zu werfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Klaus Herrmann als integriertes Mitglied des Untersuchungsausschusses kennengelernt. Er hat durch sehr viele kritische Fragen sein Aufklärungsinteresse gezeigt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Er hat offensichtlich den Untersuchungsauftrag und die Aufklärung als Ziel vor Augen. Ich habe die Hoffnung, dass er die Arbeit wieder forciert und wieder Schwung in die Sache bringt. Diesen Schwung haben wir bitter nötig.

Ich möchte hier ein paar Beispiele für Verzögerungstaktiken anführen. Wir haben im Untersuchungsausschuss beschlossen, dass wir die Herren Müller, Schebesta und Hauk am 22. März 2013 im Ausschuss hören. Wir haben darum gekämpft, dass dieser Termin möglichst früher zustande kommt,

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Muhterem Aras GRÜNE)

etwa am 27. Februar oder zu einem anderen Termin. Herr Sckerl, das wurde von Ihnen blockiert.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, ja, ja!)

Beispiel 2: Wir wollen, dass Herr Mappus noch einmal gehört wird.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ohne die Akten vorher zu haben!)

In der Sitzung am 21. Februar 2013 sagten Sie: „Wir wollen heute keine weiteren Termine vereinbaren“, und begründeten dies mit dem Argument, Sie wollten Herrn Mappus erst – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aktenauswertung! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie wollten die Akten nicht haben!)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu, Frau Lindlohr; das schadet Ihnen nicht.

(Zuruf von den Grünen: Doch!)

Sie dürfen dann vielleicht auch einmal etwas sagen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie wollten Mappus befragen, ohne die Akten zu haben! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie wollen Herrn Mappus erst am Ende des Untersuchungszeitraums hören, wenn die Unterlagen der Staatsanwaltschaft vorliegen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Warum? Weil wir das so geändert haben!)

Ich sage Ihnen: Zunächst einmal steht kein Ende des Untersuchungszeitraums fest, weil de facto eine unbefristete Verlängerung beschlossen wurde – von allen Fraktionen außer der FDP/DVP-Fraktion. Genau aus diesem Grund haben wir nicht zugestimmt. Sie sagen, Sie möchten Herrn Mappus erst ganz am Schluss hören, wenn die Unterlagen der Staatsanwaltschaft vorliegen. Da sage ich Ihnen ganz ehrlich: Wir können uns doch jetzt nicht zurücklehnen und warten, bis die Unterlagen von der Staatsanwaltschaft kommen. Seit letztem Herbst haben wir keinen einzigen weiteren Zeugen gehört. Das ist Verzögerungstaktik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Drittes Beispiel für die Verzögerungstaktik der Regierungsfractionen: Es ist nicht nur das Problem, dass wir Mappus nicht gehört haben. Wir haben seit Herbst auch keinen anderen Zeugen gehört. Wir haben auch die Vernehmung von Herrn Jeggel noch nicht zu Ende geführt. Es spricht doch auch nichts dagegen, jetzt Herrn Schockenhoff zu hören, auch wenn wir noch auf diese Unterlagen warten. Sie sagen jedes Mal, wir könnten diese Zeugen hören, alles schön und gut. Wir könnten auch mit unserem Minderheitenrecht einen Beweisbeschluss durchsetzen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Aber wenn es um die Terminierung geht, dann sagen Sie immer: „Jetzt noch nicht, das machen wir später.“ Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Verzögerungstaktik.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, stehen für eine umfassende politische Aufklärung.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Indem Sie nicht in die Akten schauen!)

Wir müssen niemanden vorverurteilen, wir müssen auch niemanden mit Gewalt an die Wand nageln, und wir haben niemanden zu schützen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ob Sie jemanden zu schützen haben, wird sich noch herausstellen!)

Ich gehe als Obmann der FDP/DVP – da können Sie mich beim Wort nehmen – ganz ergebnisoffen an die Geschichte heran.

Wir dürfen nicht und wir müssen auch nicht Staatsanwaltschaft spielen. Strafrecht kann die Staatsanwaltschaft besser. Unser Auftrag ist: Wir müssen politisch aufklären und Klar-

(Andreas Glück)

heit schaffen. Dazu gehört eine gründliche und zeitnahe Aufklärung. Ich sehe mit großer Sorge, wie weit wir uns von unserem originären Untersuchungsauftrag entfernt haben.

Ich komme zum Schluss. Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wenn Sie das jetzt durchziehen und sich bei dieser Frage der Stimme enthalten, wenn Sie in einer so wichtigen Frage wie der, wer Vorsitzender des EnBW-Untersuchungsausschusses wird, lieber niemanden wählen, nicht einmal jemanden, der seinen Aufklärungswillen gezeigt hat und bei dem davon auszugehen ist, dass er keine Leichen im Keller hat – denn sonst würde er sich überhaupt nicht zur Wahl stellen –, nur weil er nicht aus den eigenen Reihen kommt, und dann nicht einmal den Mumm haben, einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken, um es vielleicht darauf ankommen zu lassen, was der Staatsgerichtshof zu einer solchen Auslegung von § 6 des Untersuchungsausschussgesetzes zu sagen hat, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich: Das zeigt, dass Sie Effekthascherei betreiben, Ihr Süpplein möglichst lange genüsslich kochen möchten und überhaupt kein wirkliches Aufklärungsbedürfnis haben.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, regierungsverantwortliches Handeln sieht definitiv anders aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich bin heute wieder großzügig in Bezug auf die Redezeiten. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sehen mit Interesse, dass sich SPD und Grüne zu moralinsauren Richtern aufspielen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

– Das ist doch wahr. – Sie sprechen von „CDU auf Bewährung“. Von einer Bewährung spricht man dann, wenn irgendjemand verurteilt wurde. Vorher muss ein Urteil gesprochen werden –

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

von einem Richter, dessen Urteil Sie sich selbst anmaßen.

Ich will zum Thema Vertraulichkeit nur auf einen Punkt hinweisen: Der Bericht dieser Landesregierung lag der Deutschen Presseagentur vor, noch ehe die Ausschussmitglieder ihn überhaupt hatten.

(Zuruf: Hört, hört!)

Sie sollten sich einmal fragen, wie so etwas passieren kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zunächst zur Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Hierzu liegt Ihnen eine Übersicht vor, der

Sie entnehmen können, welche Umbesetzungen die Fraktion der CDU vornehmen möchte (*Anlage 1*).

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sind Sie damit einverstanden, dass über die Umbesetzungen offen abgestimmt wird? –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

Dies ist der Fall. Wer den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist den vorgeschlagenen Umbesetzungen und der Wahl der Herren Abg. Freiherr von Eyb und Klein zu Mitgliedern des Untersuchungsausschusses einstimmig zugestimmt.

Wir kommen nun zur Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Mit Schreiben vom 19. Februar 2013 hat der bisherige Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Herr Abg. Ulrich Müller, seinen Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden des EnBW-Untersuchungsausschusses mit Wirkung zum Zeitpunkt der Neuwahl einer/eines neuen Ausschussvorsitzenden mitgeteilt.

Gemäß § 6 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes muss die/der Vorsitzende der CDU-Fraktion angehören. Ihnen liegt der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU vor, in dem vorgeschlagen wird, Herrn Abg. Klaus Herrmann zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „EnBW-Deal“ zu wählen (*Anlage 2*). Sind Sie damit einverstanden, dass offen abgestimmt wird? –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein!)

Nein. Dies ist nicht der Fall.

Auf Ihren Tischen finden Sie Wahlvorschläge und einen Stimmzettel. Sie stimmen an Ihrem Sitzplatz ab. Nach der Stimmabgabe werfen Sie den ausgefüllten Stimmzettel im Wahlumschlag in die Wahlurne, die gleich am Rednerpult aufgestellt wird. – Sie sind mit dem vereinfachten Verfahren der Wahl einverstanden.

(Unruhe)

Jetzt komme ich noch zu einigen Hinweisen, die Sie beim Ausfüllen des Stimmzettels bitte beachten sollten. Füllen Sie bitte den Stimmzettel aus, indem Sie unter dem Namen des vorgeschlagenen Vorsitzenden, Herrn Abg. Klaus Herrmann, eines der Kästchen hinter „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ankreuzen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir begriffen!)

oder einen anderen Namen als eigenen Wahlvorschlag in das freie Feld eintragen. Nicht beschriebene Stimmzettel oder solche, auf denen „Enthaltung“ angekreuzt ist, gelten als Stimmenthaltung. Diese werden bei der Berechnung der Mehrheit nicht mitgezählt.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit ist niemand gewählt. Die Wahl muss dann gegebenenfalls wiederholt werden.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Bitte kleben Sie die Wahlumschläge nicht zu.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, liebe Kolleginnen und Kollegen, berufe ich zwei Abgeordnete in die Wahlkommission, und zwar Frau Abg. Lindlohr und Herrn Abg. Locherer.

Ich eröffne die Wahlhandlung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, nun zur Wahl zu schreiten.

(Wahlhandlung – Abgabe der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die beiden Mitglieder der Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, während des Auszählens fahren wir in der Tagesordnung fort. Das Wahlergebnis werde ich bekannt geben, sobald es vorliegt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Fahrradinfrastruktur im Land ausbauen – Drucksache 15/2372 (geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Marwein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für Baden-Württemberg. Über gleich zwei große Verkehrsthemen wollen wir heute einen Beschluss fassen. Wir sprechen sowohl über den Fahrradverkehr als auch über den Straßenbau. Beides ist wichtig für unser Land. Für die Finanzierung von Straßen, Wasserwegen und Schienen kämpft unser Verkehrsminister Hermann in Berlin wie ein Löwe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihm wächst schon die Mähne!)

Dafür möchte ich mich in Namen der Fraktion ausdrücklich bedanken.

„Fahrradinfrastruktur im Land ausbauen“ – so lautet der gemeinsame Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Unser Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen auf 20 % auszubauen. Hierzu haben wir schon einiges auf den Weg gebracht. Für den Bau von Radwegen an Landesstraßen hat die Landesregierung einen eigen-

nen Haushaltstitel geschaffen und diesen im Doppelhaushalt 2013/2014 mit 7,5 Millionen € ausgestattet. Dadurch können Radwege nun unabhängig von Straßenbaumaßnahmen finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es gibt einen eigenständigen Haushaltstitel für das Programm zur Förderung der kommunalen Infrastruktur über die nächsten fünf Jahre. Hier werden Erstinvestitionen für kommunale Radverkehrsanlagen aus dem LGVFG-Topf bedient – 10 Millionen € im Jahr 2013 und 15 Millionen € im Jahr 2014.

2012 wurden zudem 600 000 € für den Bau von hochwertigen und sicheren Fahrradabstellanlagen an Verknüpfungspunkten mit dem ÖPNV bereitgestellt.

Das Verkehrsministerium hat einen Landesradverkehrsplan in Arbeit, der für die nächsten zehn Jahre die Richtschnur sein wird, und das RadKULTUR-Programm des Landes wird die Radkultur in unserem Land weiter beleben; da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber es bleibt noch viel zu tun, bis das grün-rote Ziel, den Radverkehrsanteil bis zum Jahr 2020 auf 20 % zu erhöhen, erreicht ist. Der Radverkehr ist für uns ein wichtiger Bestandteil eines multimodalen Ansatzes in der Verkehrspolitik, wie ihn die Koalition eindeutig stärken will. Schon heute praktizieren viele Berufspendler dieses Modell. Sie fahren mit dem Fahrrad zum Bahnhof, steigen in den IC nach Stuttgart, wechseln dort in die S-Bahn oder gehen zu Fuß zur Arbeit. Das ist die passende Antwort im Verkehrsbereich, um die Klimaschutzziele des Landes, des Bundes und der EU zu erreichen.

Immer noch trägt der Verkehrsbereich mit 30 % zu den CO₂-Emissionen bei. Deshalb ist es notwendig, den Verkehr ökologisch auszurichten.

(Beifall bei den Grünen)

Wie sangen schon die Prinzen? „Nur Genießer fahren Fahrrad und sind immer schneller da.“ Wir wollen erreichen, dass das Fahrrad nicht nur für passionierte Radler das Verkehrsmittel Nummer 1 ist, sondern dass es in der Kombination mit dem öffentlichen Personennahverkehr für einen Großteil der Bevölkerung zur echten Alternative im Alltag werden kann. Dafür muss eine fahrradfreundliche Mobilitätskultur geschaffen werden.

Wie können wir so etwas erreichen?

Dies erreichen wir z. B., indem wir das Radverkehrsnetz ertüchtigen und ausbauen und die Lücken schließen. Das Radverkehrsnetz muss flächendeckend vorhanden und leistungsfähig sein. Nur dann können wir die Menschen dazu bringen, aufs Fahrrad umzusteigen. Vor allem entlang von Landes- und Bundesstraßen müssen Radwege gebaut und ausgebaut werden. Hier haben wir einen großen Nachholbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

In großen Städten, z. B. in Universitätsstädten, wo der Fahrradanteil traditionell sehr hoch ist, sollten reine Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Karlsruhe wurde gerade erst im

(Thomas Marwein)

ADFC-Fahrradklima-Test ausdrücklich gewürdigt. Die Beschilderung der Radwege ist unerlässlich und trägt zur Attraktivitätssteigerung bei. Gute und zweckmäßige Fahrradabstellanlagen, ergänzt um E-Bike-Aufladestationen, die natürlich solarbetrieben sind, sind ein weiteres Element. Das gibt es z. B. schon in meiner Heimatstadt Offenburg.

Es gibt weitere gute Beispiele. In meinem Wahlkreis Offenburg bietet die Fahrradverleihfirma nextbike Wechselbatterien für die Nutzer ihrer E-Bikes an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber Sie brauchen noch kein E-Bike, junger Mann!)

Ein Beispiel aus der Region Stuttgart ist NaMoReg. Im VVS-Gebiet werden Mobilitätsstationen an Schnittpunkten mit dem ÖPNV ausgebaut mit Fahrradunterstellmöglichkeiten, Ausleihpedelecs, E-Bike-Aufladestationen, Infos zum Nahverkehr und Weiterem. Dies erfolgt in diesem Jahr in drei Städten. Es folgt ein weiterer Ausbau von zehn bis 15 Stationen in den nächsten Jahren und später noch mehr. Solche Modelle sollen Schule machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein Gutachten von McKinsey und des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen, das bereits 2010 von der damaligen Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, kam zu dem Befund, dass im Bereich nachhaltige Mobilität für die kommenden Jahre ein überdurchschnittliches und dauerhaftes Wachstumspotenzial zu erwarten ist. Daraus folgt für mich ganz klar: In Radwegeinfrastruktur zu investieren ist richtig und wichtig.

Aber auch der Sicherheitsaspekt spielt eine wesentliche Rolle. Fahrradabstellmöglichkeiten müssen vorhanden, zweckmäßig und sicher sein. Das Projekt „Radschulweg“ ist eine sinnvolle Aktion, die weiterbetrieben werden muss. Wichtig sind auch die Werbung für das Tragen von Helmen, Radwegführungen an Baustellen, Beleuchtung innerorts oder, wie uns zurzeit auch das Wetter zeigt, die Räumspflicht auf Radwegen.

Menschen fahren dann gern Fahrrad, wenn sie sich sicher fühlen. Dafür haben wir Sorge zu tragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Vorteile des Fahrrads sind Ihnen bekannt. Das Fahrrad ist ein Verkehrsmittel, das sich jede und jeder leisten kann. Es ist leise und nimmt wenig Platz weg. Von sehr jung bis ziemlich alt kann es benutzt werden. Es ist reparaturfreundlich für Laien, trägt zur Gesundheit bei, erspart den Parkplatzsuchverkehr. Der Radverkehr unterstützt die vielen kleinen familiären Fahrradgeschäfte in den Gemeinden in Baden-Württemberg und ist im Tourismus ein enorm wichtiges Segment. Und der dopingfreie Radsport bringt Ausdauer, die auch wir für unsere Arbeit brauchen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Super! Super!)

Zu guter Letzt – die Württemberger werden es mir verzeihen –: Vergessen Sie nie, dass das Fahrrad eine badische Erfindung ist.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Eine korpfälzische!)

– Ich sage nur: eine badische.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, ohne Fahrrad geht es nicht, und es bleibt noch viel zu tun. Stimmen Sie unserem Beschlussvorschlag zu, um aus Baden-Württemberg das Fahrradland Nummer 1 zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme in das Lob auf das Fahrrad ein. Das Fahrrad ist ein tolles Verkehrsmittel. Es ist umweltverträglich, klimaschonend, gesund und kostengünstig. Wenn das Wetter einmal schlecht ist, dann zieht man gute Kleidung an; dafür haben wir gute Firmen in Baden-Württemberg. Wenn es einmal steil wird und man Kondition braucht, gibt es – die Technik schreitet fort – die Hilfe des Elektromotors.

Leider liegt aber der Anteil des Fahrradverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen nur bei 8 %. Das wollen wir ändern. Das politische Ziel unseres Antrags ist, das Fahrrad als nachhaltigen Verkehrsträger weiter zu stärken und bis 2020 einen Gesamtverkehrsanteil von 20 % anzustreben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dazu bedarf es erstens einer passenden Fahrradinfrastruktur, zweitens einer fahrradfreundlichen Mobilitätskultur und drittens einer ausreichenden Finanzierung.

Kern einer fahrradfreundlichen Infrastruktur ist ein gutes Radwegenetz mit Radwegen entlang der Straßen, und zwar nicht nur an neuen Straßen; in letzter Zeit wurden Radwege immer wieder an neuen Straßen eingerichtet, aber nicht an bestehenden Straßen. Vor allem mangelt es auch an der Verknüpfung dieser Radwege. Man fährt oft ein Stück auf komfortablen Radwegen, muss aber vor einem Ort wieder auf die Straße ausweichen, und dann wird es schwierig, sich zurechtzufinden.

Radwege müssen aber auch als schnelle Zubringer zu den Anbindungen des öffentlichen Personennahverkehrs gebaut werden; denn moderne Mobilität ist eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsmittel. Dazu gehören auch das Fernradwegenetz für den Freizeitsport und den Tourismus sowie eine gute und einheitliche Beschilderung.

Gut finde ich auch, dass die Diskussion über Fahrradschutzstreifen in Gang kommt. Wir brauchen sie innerorts; wir werden an den Ergebnissen des hierzu in Auftrag gegebenen Gutachtens sehen, wo sie außerorts sinnvoll und sicher sind.

Ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur für den Radverkehr sind, da es immer mehr Elektrofahrräder gibt, natürlich auch Einrichtungen für diese neue Art der Fortbewegung; sie

(Klaus Maier)

wird vor allem ältere Menschen als Nutzer erschließen. Hierfür brauchen wir eine Infrastruktur mit Ladestationen und sicheren Abstellmöglichkeiten.

Radfahrer und Fußgänger zählen zu den sogenannten schwachen Verkehrsteilnehmern. Sie sind stark auf die Rücksichtnahme der anderen Verkehrsteilnehmer angewiesen.

Um den Fahrradverkehr zu fördern, muss man das Augenmerk verstärkt auf die Sicherheit richten. Man muss ein fahrradfreundliches Umfeld schaffen. Man nennt dies, wie wir aus der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 15/2372 erfahren, eine „fahrradfreundliche Mobilitätskultur“. Das ist, glaube ich, die richtige Richtung.

Neben den angedachten Wettbewerben und Kampagnen sind Partner zum Erreichen dieses Ziels sehr wichtig. An erster Stelle nenne ich die Kommunen. Hier werden die kurzen Strecken zurückgelegt. Hier gibt es ein teilweise wenig befahrenes Netz von Kreis- und Gemeindestraßen und vor allem Wirtschaftswegen, die sich sehr gut in ein Radwegenetz integrieren lassen.

Die Kommunen – wir haben es gerade gehört – sind mit vielen Modellen Vorreiter. Die Kommunen haben vor allem im Rahmen einer Stadtkernsanierung und des Landessanierungsprogramms auch die Möglichkeiten, dieses Radwegenetz voranzubringen. Ich nenne weiter ELR und LEADER. Es gibt viele Programme, die geeignet sind, Infrastruktureinrichtungen für Radwegenetze zu fördern.

Als weitere Partner bieten sich Fachverbände an. Auch die Fahrradbranche ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor bei uns.

Wir können als Gesetzgeber auch ein paar kleine Schritte zu einer guten Mobilitätskultur mit dem Fahrrad machen, indem wir z. B. die Landesbauordnung so modernisieren, dass eine fahrradfreundliche Gestaltung bei Bauvorhaben möglich ist.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir für den Fahrradverkehr Mittel bereitstellen, und zwar nicht mal viel und mal wenig Mittel, sondern stetig und gleichmäßig. In der Vergangenheit war die Radwegfinanzierung einem zu großen Auf und Ab unterworfen; die Finanzausstattung dieses Bereichs wurde oftmals im Zuge von Konjunkturprogrammen angehoben und fiel dann wieder dem Sparzwang zum Opfer.

Wir haben im Haushalt des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur einen eigenen Titel für den Bau von Radwegen an Landesstraßen – das ist der Titel 786 79 N – eingerichtet und mit Mitteln in Höhe von 5 Millionen € für 2013 und 2,5 Millionen € für 2014 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,5 Millionen € für 2014 ausgestattet. Über das Landes-GVFG werden 2013 10 Millionen € und 2014 15 Millionen € für den Radverkehr bereitgestellt. Hiermit können die Kommunen gefördert werden.

Wichtig ist auch, dass die Bagatellgrenze bei entsprechenden Förderanträgen von 200 000 € auf 50 000 € abgesenkt wurde. Die Absenkung dieser Bagatellgrenze ist sehr wichtig; denn im Radverkehr kann man mit kleinen Summen schon Großes erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Sehr erfolgreich ist auch das Programm zur Förderung der Errichtung von Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen oder anderen ÖPNV-Knotenpunkten. Dieses Programm ist im Jahr 2012 aufgelegt und mit 600 000 € ausgestattet worden. Es wird sehr gut nachgefragt. Das weiß ich aus dem eigenen Wahlkreis. Insgesamt sind schon über 40 Anträge gestellt worden. Das Programm hat sich also zu einem Renner entwickelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ziel des Beschlusstils unseres Antrags ist es, die Landesregierung zu beauftragen und darin zu bestärken, weiterhin geeignete Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils zu ergreifen. Ein wichtiger Schritt hierbei ist die Erstellung eines Landesradverkehrsplans.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag; denn das ist eine gute Sache und fördert den Radverkehr.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Allgemein gilt – ich glaube, da besteht Konsens –: Das Fahrrad und alle dazugehörigen technischen Weiterentwicklungen sind wichtige Bestandteile einer künftigen Verkehrspolitik und der Verkehrsvernetzung. Für Sie, die grün-rote Landesregierung, ist das Fahrrad – so hört es sich an – momentan der wichtigste Verkehrsträger der Zukunft, vor allem mit Blick auf den Individualverkehr.

Richtig ist aus unserer Sicht, dass diese Debatte geführt wird. Die Ansprüche und das Verhalten der Bevölkerung haben sich verändert. Es sind vor allem viele junge Menschen – Kollege Marwein hat es richtig konstatiert –, die gerade in Universitätsstädten wie beispielsweise Freiburg oder Karlsruhe sehr stark auf das Fahrrad als Fortbewegungsmittel zurückgreifen.

Richtig ist auch, dass Sie die bisherige Politik konsequent und nahtlos fortführen und die Radverkehrsinfrastruktur weiter ausbauen. Die Zahlen, die uns das Ministerium zur Verfügung gestellt hat, belegen es: Seit dem Jahr 2002 sind hierfür 16,6 Millionen € pro Jahr ausgegeben worden; in diesem Zeitraum sind pro Jahr durchschnittlich 63,4 km Radwege gebaut worden.

Richtig ist auch – das hat der Kollege Maier gerade gesagt –, dass die Bagatellgrenze bei der Förderung von Signalanlagen, Seitenstreifen, Schutzstreifen usw. gesenkt wurde, um so wesentlich mehr Möglichkeiten zu schaffen, um die Radverkehrssicherheit und den Ausbau des Radverkehrs zu gewährleisten.

Es gibt aber natürlich auch Lücken. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, auf diese Lücken hinzuweisen. Wir haben es vorhin in der Diskussion über die Wahl des Untersuchungsausschussvorsitzenden erlebt, dass etwa Herr Sckerl davon ausgeht, dass es auf der einen Seite die Fehlerfreien und auf der anderen Seite die Fehlerbehafteten gibt. In diesem Fall würde ich das gern ein bisschen grau zeichnen; denn es gibt nicht nur Schwarz und Weiß.

Wir alle wissen, dass die Finanzmittel begrenzt sind. Vor allem Sie, Herr Verkehrsminister, werden nicht müde, darauf

(Dr. Patrick Rapp)

hinzuweisen, dass für vieles keine Gelder mehr zur Verfügung stehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Er kämpft wie ein Löwe!)

– Er kämpft wie ein Löwe. Wunderbar.

Wir wissen aber auch, dass die Gestaltung der Haushalte seit zwei Jahren Ihnen obliegt. Ich kritisiere Sie, weil Sie die Ausgewogenheit nicht so ganz im Blick haben. Die Ausgewogenheit ist für uns ein Teil der Nachhaltigkeit. Daran hapert es aber.

Sie haben die GVFG-Mittel zugunsten des Umweltverbands umgeschichtet. Das kann man machen. Das hat u. a. aber zur Folge, dass Ihnen jetzt das Geld für die Errichtung von Bahnübergängen fehlt. Bei der Münstertalbahn mussten Sie vor zwei Wochen enorm nachjustieren und mussten mehr oder minder am offenen Herzen operieren. Hier könnte man vielleicht etwas ausgewogener agieren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

Außerdem haben Sie Optimierungspotenzial im Bereich der ländlichen Räume. Ich finde es klasse, wenn Sie sagen, dass Sie versuchen, in der Region Stuttgart „e2rad“-Projekte durchzuführen. Es ist prinzipiell eine klasse Sache, Pedelecs und E-Bikes zu fördern. Was ist aber mit den Regionen in der Fläche? Es hilft nicht, nur nach Offenburg zu schauen.

Jetzt nehme ich Sie gedanklich mit nach Britzingen. Das liegt bei Müllheim. Die Topografie dort macht das Fahrradfahren etwas schwierig. Es wird auch nicht so einfach sein, mit dem Fahrrad zum Bahnhof zu fahren und dort in einen ICE einzusteigen, um nach Stuttgart zu kommen. Deshalb muss man sich andere Lösungen überlegen, vor allem auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung und im Hinblick darauf, dass ältere Menschen für ihre täglichen Besorgungen vielleicht nicht mehr so einfach auf das Fahrrad zurückgreifen können.

Zusammengefasst kann man sagen: Bei der Radpolitik ist bei Ihnen, wenn man den Tourismus, aber auch den Sport und die Gesundheit einmal ausklammert und den Fokus auf das Fahrrad als Alltagsgerät im ländlichen Raum richtet, noch nicht viel los.

Für eine Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, sich für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einzusetzen, sind Sie nach wie vor einseitig unterwegs. Eine Voraussetzung dafür, das Fahrrad öfter einzusetzen, wäre z. B. auch der Abbau von Hemmnissen. Da sind Sie jetzt auf dem Weg. Wenn Sie in das Verkehrsmonitoring 2011 blicken, stellen Sie fest: Ganz wichtig für viele Rad fahrende Menschen ist es, dass sie gesicherte Abstellplätze haben, dass diese bewacht sind, dass jemand da ist, der auf das Fahrrad aufpasst.

Es ist wichtig, dass Sie auf die Nutzerseite eingehen. Vor allem: Was ist mit Ersatzverkehren in Zeiten schwieriger Witterung? Sie sagen: „Da kann man etwas Nettes anziehen.“ Das ist gut und recht, aber das Fahrradfahren wird nicht jedem möglich sein, und es wird auch nicht auf jeder Strecke sinnvoll sein.

Die Verknüpfung des ÖPNV mit dem Fortbewegungsmittel Fahrrad – gerade auf dem Land – halte ich für ganz wichtig. Aus meiner Sicht ist das bei Ihnen noch optimierungsbedürftig. Sie müssen differenziert betrachten, was in Städten und was im ländlichen Raum passiert.

Den Radverkehr überzubewerten, wie Sie es an mancher Stelle machen, hilft nicht. Sie sollten realistisch bleiben. Sie sollten auch realistisch bleiben mit Ihren Forderungen. Die Menschen dazu zu zwingen, einen Radverkehrsanteil von 20 % zu erreichen, ist ein bisschen arg populistisch.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Also!)

Ich bitte Sie, den Menschen keinen Honig um den Mund zu schmieren, sondern vielleicht etwas mehr Schmierstoff an die Verknüpfung, die Verkettung im ÖPNV-Bereich, im öffentlichen Verkehr, im Individualverkehr zu bringen und ein bisschen darauf zu schauen, dass Sie das auch ausgewogen hinkommen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Loblied auf die Fahrradfaszination unseres Verkehrsministers habe ich schon am politischen Aschermittwoch gesungen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das haben wir gar nicht gehört!)

Ich habe mein Akkordeon umgeschnallt und das Lied „Ja, wir sind mit'm Radl da“ gespielt,

(Zurufe von den Grünen)

um zum Ausdruck zu bringen, dass unser Verkehrsminister insbesondere den Fahrradverkehr in Baden-Württemberg fördern möchte.

(Abg. Helen Heberer SPD: Singen Sie doch noch einmal!)

Diese Aussprache gibt mir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass man auf der sehr guten Arbeit der Vorgängerregierung aufbauen kann. Ich darf daran erinnern, dass es in den Jahren 2006 bis 2008 einen runden Tisch „Radverkehr“ gab, den der damalige Staatssekretär Rudolf Köberle initiiert hatte. Insgesamt 30 Institutionen haben sich daran beteiligt. Wenn man sich das anschaut, stellt man fest: eine gewaltige Zahl. Sie kamen aus vielfältigen und ganz unterschiedlichen Interessensbereichen, hatten aber eben alle das Interesse, das Thema Radverkehr in Baden-Württemberg voranzubringen.

Schon damals hatte man dann bestimmte Handlungsempfehlungen beschlossen; ein wichtiges Stichwort war das Motto „Prima Fahrradklima – Spaß am Radfahren im Land“. Des Weiteren ging es unter dem Stichwort „Fahrradmanagement

(Jochen Haußmann)

in Baden-Württemberg“ um die Finanzierung der Infrastruktur sowie insbesondere auch um das Thema Fahrradtourismus. Es ist, glaube ich, gerade in Baden-Württemberg ganz wichtig, dass wir auch im Tourismusbereich Angebote schaffen, das Rad entsprechend einzusetzen.

Ein wichtiges Thema war dabei auch die Verkehrssicherheit. Es ist ganz interessant, auch im Hinblick auf den Fahrradtourismus, dass laut einer Auswertung im Bodenseekreis in den Jahren 2007 bis 2009 über 860 Radfahrer verletzt wurden und fünf Radfahrer tödlich verunglückten. Auch daran sieht man schon, wie wichtig das Thema „Sicherheit im Radverkehr“ ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ziele dieses runden Tisches – er wird, glaube ich, von der jetzigen Regierungskoalition fortgesetzt – sind die Stärkung des nicht motorisierten Verkehrs und – auch das wurde damals schon vereinbart, Herr Kollege Maier – eine Verdopplung des Radverkehrsanteils.

Sie, Kollege Marwein, haben die Quote von 8 % angesprochen. Ich frage mich: Wie lässt sich das eigentlich so genau feststellen? In der Stellungnahme steht auch, dass es sehr schwierig ist, diese Zahlen genau zu ermitteln, auch was die Wege zum Bahnhof und den Einsatz des Fahrrads im touristischen Bereich angeht.

Als Ziel möchte man eine Verdopplung des Radverkehrsanteils erreichen. Das hat positive Nebeneffekte, etwa die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 8 Millionen t. Und wenn wir an die Fahrradindustrie denken, die gerade in Baden-Württemberg sehr stark ausgeprägt ist, sehen wir auch einen wirtschaftlichen Nebeneffekt.

Im Jahr 2009 wurde das Landesbündnis ProRad gegründet. 2010 hat man die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen initiiert. Heute sind dort 26 Städte und Gemeinden und vier Landkreise dabei. Da haben wir noch genügend Potenziale, um dies zu verstärken.

Ich will nun auf einen weiteren Aspekt eingehen. Es gibt den Wettbewerb „Die fahrradfreundlichsten Arbeitgeber“. Gestatten Sie mir, da ich aus dem Rems-Murr-Kreis komme, das Beispiel der Firma Kärcher zu nennen. Die Firma Kärcher ist als neuntes Unternehmen als fahrradfreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet worden. Sie hat 70 000 € in Fahrradabstellanlagen, in Duschen und Umkleidekabinen investiert. Sie hat ein innovatives, gesundheitsbewusstes Unternehmensmanagement aufgebaut und hat beispielsweise seit über 20 Jahren eine Fahrradkarte im Einsatz, auf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dem Fahrrad kommen, einen Stempel bekommen; sie nehmen dann an einer Verlosung teil. Gleichzeitig wird damit automatisch ein Beitrag an ein SOS-Kinderdorf geleistet.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Das ist ein schönes Beispiel. Ich möchte an Sie appellieren und fragen, was man neben den vielen Aktivitäten vom Land für die eigenen Behörden plant, um vielleicht diesem Beispiel zu folgen. Das Land und die Landesbehörden könnten auch hier als Vorbild vorangehen, und man sollte sich das Beispiel

Kärcher ruhig einmal zu Gemüte führen. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch für den Landtag! – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Im Verkehrsministerium gibt es das Referat 55 – Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte, Bürgerbeteiligung. Insofern wäre dies doch ein Ansatz, diese Prozesse für die eigenen Landesbehörden und eigenen Ministerien voranzutreiben.

Wir werden dem Beschlussantrag dennoch nicht folgen. Das wird Sie vielleicht etwas verwundern, da wir grundsätzlich – das haben wir auch beim runden Tisch deutlich gemacht – den Fahrradverkehr unterstützen. Aber wir haben bei den Haushaltsberatungen andere Vorschläge eingebracht, wie man die Mittel bei den Haushaltspositionen entsprechend einsetzen sollte. Deswegen wollen wir Ihnen jetzt keine Plattform dafür bieten, dass Sie die Rechtfertigung finden, diese Haushaltsmittel – die wir anders verteilt hätten – nach Ihren Vorstellungen einzusetzen. Deswegen werden wir dieser Beschlussempfehlung nicht folgen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von der SPD: Schade, schade!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich stelle zunächst einmal fest: Wir sind uns fraktionsübergreifend alle einig, dass das Fahrrad ein wichtiges Verkehrsmittel ist und dass wir im Bereich Radverkehr etwas tun müssen. Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, Baden-Württemberg zu einem fahrradfreundlichen Land zu machen.

Radverkehr ist ein wichtiger Bestandteil der nachhaltigen Verkehrspolitik. Auch deshalb verfolgen wir das Ziel, den Anteil des Radverkehrs an der Zahl der zurückgelegten Wege auf 20 % zu steigern. Herr Kollege Marwein hat vorhin schon auf dieses Ziel hingewiesen. Gemäß der letzten Erhebung „Mobilität in Deutschland“ lag Baden-Württemberg im Jahr 2008 aber lediglich bei einem Radverkehrsanteil von 8 %, was die Zahl der Wege betrifft. Unser Ziel bedeutet demnach mindestens eine Verdopplung des Radverkehrsanteils.

Wir werden das Radwegenetz attraktiver und sicherer machen und es flächendeckend ausbauen. Wir werden für eine gute Beschilderung sorgen. Es ist uns bereits gelungen, einen eigenen Titel im Haushalt für den Bau von Radwegen an Landesstraßen einzurichten und die GVFG-Förderung für Radverkehr auf neue Füße zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur ein Referat eingerichtet, das sich mit Rad- und Fußverkehr, kommunalen Verkehrskonzepten und Bürgerbeteiligung beschäftigt. Wir haben natürlich auch Dienstfahrräder und Pedelecs angeschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Wir hatten keine in diesem Haus. Wir haben die Pedelecs neu angeschafft.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gute PR für das Ministerium!)

Radverkehrsförderung hat positive gesundheitliche und wirtschaftliche Effekte und ist extrem effizient. Mit geringem finanziellen Einsatz können große Effekte erzielt werden. Das zeigt sich z. B. in Karlsruhe. Dort ist es gelungen, durch eine gezielte Förderung den Radverkehrsanteil innerhalb von nur zehn Jahren von 16 % im Jahr 2002 auf 25 % im Jahr 2012 zu steigern, und das, obwohl auch dort der Anteil des Radverkehrs am Verkehrsetat deutlich geringer ist als der Anteil am Modal-Split.

Diese Entwicklung auf das gesamte Land zu übertragen – auch auf den ländlichen Raum –, das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Hierzu bedarf es noch einiger Anstrengungen.

Unsere Radverkehrspolitik beruht auf drei Säulen.

Die erste Säule ist der Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Darauf gehe ich gleich noch ausführlicher ein.

Die zweite Säule ist das „Drumherum“, der Service, die Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen ein gutes Klima für den Radverkehr in Baden-Württemberg schaffen. Bausteine dabei sind z. B. der Radroutenplaner, unsere Initiative RadKULTUR, die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen usw. Auch das Thema „Verknüpfung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsmitteln“ ist für uns ganz wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die dritte Säule unserer Radverkehrspolitik ist das Thema Verkehrssicherheit. Der Radverkehr spielt bei unserem Verkehrssicherheitskonzept eine ganz wichtige Rolle. Denn wir wollen Radfahren nicht nur attraktiver, sondern auch sicherer machen.

Der Antrag, der heute zur Debatte steht, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der ersten Säule, dem Ausbau der Infrastruktur. Hier ist festzustellen, dass Baden-Württemberg sehr großen Nachholbedarf hat –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, z. B. Niedersachsen. Beim Grad der Ausstattung von Bundesstraßen mit Radwegen stehen wir im Länderranking auf Platz 16, bei den Landesstraßen auf Platz 12. So hat uns die Vorgängerregierung den Radverkehr im Land übergeben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Gleichzeitig haben wir eine schwierige Finanzsituation vorgefunden. Radwege wurden bislang aus den Straßenbautöpfen mitfinanziert. Für Landesstraßen ist festzustellen, dass die Mittel für bereits begonnene Maßnahmen gebunden waren und sind. Der derzeit größte Brocken ist der in Bau befindliche Tunnel in Schriesheim, und der hat nun einmal keinen straßenbegleitenden Radweg.

Auch bei den GVFG-Mitteln haben wir den Effekt, dass die Mittel in großem Umfang für bereits bewilligte und zum Teil

schon abgeschlossene Baumaßnahmen gebunden sind. Wir brauchen in den kommenden Jahren allein noch 120 Millionen € aus den Mitteln des GVFG für Maßnahmen des Altprogramms, das von 2006 bis 2010 lief. Wenn es also beispielsweise knapp ist, was die Mittelausstattung für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen angeht, liegt das nicht daran, dass wir Mittel für den Ausbau von Radwegen verwenden, sondern daran, dass die Vorgängerregierung Mittel für die Zukunft schon in der Vergangenheit ausgegeben hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Herr Kollege Rapp, Sie müssen sich keine Sorgen machen: Wir kümmern uns auch um das Thema Bahnübergänge ganz intensiv.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Hoffentlich!)

Was den Bau von Radwegen an Landesstraßen betrifft, ist es, wie schon gesagt, gelungen, Mittel in einen eigenen Titel einzustellen. Es ist uns auch im vergangenen Jahr gelungen, neue Projekte zu starten. Es waren sieben Projekte, und das Neue daran ist, dass wir jetzt Radwegelücken an bestehenden Landesstraßen auch dann schließen, wenn kein Straßenausbau ansteht.

(Abg. Klaus Maier SPD: Genau!)

Wir hatten die Debatte z. B. bei der L 608 in Durmersheim. Da wollte man mir zunächst weismachen, dass es nicht möglich sei, einen Radweg zu bauen, ohne gleichzeitig die Straße auszubauen. Wenn wir aber auf den Straßenausbau gewartet hätten, müssten die Radfahrerinnen und Radfahrer noch lange auf der Landesstraße fahren. Das wäre auch unter Verkehrssicherheitsaspekten nicht befriedigend. Durch das Loslösen des Radwegebaus vom Straßenausbau ist es gelungen, dieses Projekt noch im letzten Jahr zu realisieren und die Radwegelücke an dieser Stelle zu schließen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Generell muss man bei den Angaben über Ausgaben für den Radwegebau berücksichtigen, dass der Radwegebau bisher immer ein Nebenprodukt des Straßenbaus war. Wir ändern das jetzt. Wir bauen nach den Bedürfnissen des Radverkehrs. Wir schauen darauf, dass das Radwegenetz geschlossen wird. Deswegen können wir die Mittel in Zukunft viel sinnvoller und effizienter ausgeben. Dazu dient der eigene Haushaltstitel, und dazu dienen auch die Arbeiten, die wir für die konzeptionellen Grundlagen im Radverkehr leisten.

Für Radwege an kommunalen Straßen und sonstige verkehrswichtige Radwege haben wir im vergangenen Jahr eine neue Förderrichtlinie herausgegeben. Wir haben dabei die Bagatellgrenze abgesenkt, und wir haben erste Projekte anhand dieser Richtlinie gefördert. Es stehen 10 Millionen und künftig 15 Millionen € für die Radwegförderung zur Verfügung dank der Umschichtung, die wir zugunsten des Umweltverbands vorgenommen haben. Wir arbeiten in diesem Bereich natürlich sehr eng mit der kommunalen Ebene zusammen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Auf der kommunalen Ebene ist das Interesse sehr groß. Wir haben deutlich mehr Anträge, als wir bedienen können. Allein mit dem letzten Programmaufruf haben uns 278 neue Förderanträge mit einem Fördervolumen von ca. 60 Millionen € erreicht.

Um auch in diesem Bereich zukünftig nach Dringlichkeit zu fördern und ein mehrjähriges Programm aufstellen zu können, brauchen wir ein klar definiertes Landesradwegenetz. Auch das fehlte bislang. Wir müssen aber wissen: Wo laufen die wichtigen Verbindungen? Wie sieht das Radverkehrsnetz in Baden-Württemberg aus? Wir können es uns nicht erlauben, Brüche zwischen den Landkreisen zu haben. Die Dichte des Netzes muss einheitlich sein, zumindest muss alles zusammenpassen und vergleichbar sein. Ein solches klar definiertes Netz fehlte bisher. Es ist aber eine ganz wichtige Grundlage für den Ausbau der Infrastruktur wie auch für die Beschilderung und für verkehrsrechtliche Maßnahmen und damit auch für die Verkehrssicherheit.

Deshalb arbeiten wir auch in diesem Bereich sehr eng mit den Stadt- und Landkreisen zusammen und beziehen die Kenntnisse und Vorarbeiten des ADFC in die Erstellung eines landesweiten Radwegenetzes mit ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir arbeiten unter Beteiligung von Expertinnen und Experten sowie mit einer breiten Bürgerbeteiligung an einem Landesradverkehrsplan, wie ihn auch der vorliegende Antrag fordert. Dieser Plan soll die strategischen Ziele und Umsetzungsstrategien für die nächsten zehn bis 15 Jahre enthalten, und zwar für alle genannten Säulen der Radverkehrspolitik.

Ich fasse zusammen: Die grün-rote Landesregierung nimmt das Fahrrad als Verkehrsmittel ernst. Wir werden den Radverkehrsanteil spürbar steigern und das Radfahren attraktiver und sicherer machen. Wir unterstützen Innovationen im Bereich Radverkehr, Stichwort Pedelecs. Wir arbeiten an einem Landesradverkehrsplan und erstellen ein Landesradwegenetz. Wir schaffen die Grundlage für einen zielgerichteten Ausbau der Radinfrastruktur und das Erreichen der im Koalitionsvertrag genannten Ziele.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Marwein das Wort.

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich als Antragsteller bei allen Rednerinnen und Rednern bedanken. Inhaltlich sind wir alle auf gleicher Linie.

Dass Sie den Beschluss offenbar nicht mittragen können, verstehe ich nicht so ganz. Denn damit verpflichten wir, der Landtag, die Landesregierung, dieses Ziel zu erreichen. Da sollten wir alle zusammenarbeiten, für das Fahrrad, aber natürlich auch für alle anderen Verkehrsträger.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir brauchen einen gesunden Mix in der Verkehrspolitik; das ist ganz klar. Beim Fahrrad gibt es einen deutlichen Nachholbedarf, und dem wollen wir gerecht werden.

Ich kenne die Situation im ländlichen Raum, auch Britzingen kenne ich ein bisschen. Da wird es schwierig. In der Stadt ist es einfacher; das ist ganz klar. Aber das, was man auf dem Land tun kann, machen wir dort. In der Stadt haben wir andere Instrumente. Genau so müssen wir es machen.

Ich bitte Sie daher noch einmal: Stimmen Sie unserem Beschlussvorschlag zu, damit wir etwas richtig Gutes für Baden-Württemberg, für das Fahrradland Nummer 1, tun können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe drei Anmerkungen.

Herr Rapp, Sie brachten zum Ausdruck, dass der ländliche Raum – man hört es immer ein bisschen heraus – von uns vernachlässigt werde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Ich glaube, dass das, was im Radwegebau gemacht wird, ein richtiger Mix aus Aktivitäten im ländlichen Raum und in städtischen Bereichen ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Meinen Sie Flurneuordnung?)

Wir verbinden ÖPNV mit Radwegebau. Wir bringen das im ländlichen Raum und in den städtischen Bereichen zusammen. Ich glaube, auch was die Verteilung der Mittel anbelangt kommt der ländliche Raum nicht zu kurz. Man kann im ländlichen Raum ordentlich Radwege bauen und macht das auch.

Dann zur Anmerkung „Überbewertung des Radverkehrs“: Das stimmt überhaupt nicht; davon kann keine Rede sein. Der Radverkehr wird bei uns im Land bislang unterbewertet, und wir wollen die Entwicklung nur in die richtige Richtung bringen und auch dem Radverkehr den angemessenen Stellenwert geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Haußmann hat ja die Etappen der Radwegförderung in der Vergangenheit schön aufgezählt – eine tolle Sache. Aber ich finde es ziemlich inkonsequent, dass Sie das jetzt einfach schleifen lassen wollen und dem Beschlussvorschlag aus „Plattformgründen“ nicht zustimmen. Der Radwegebau hätte eine bessere Unterstützung verdient. Er braucht sie nämlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2372 (geänderte Fassung). Abschnitt I

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? –

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ja!)

Das ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich zugestimmt und Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 5 aufrufe, kommen wir zurück zu **Tagesordnungspunkt 3:**

Wahl von Mitgliedern und der/des Vorsitzenden im Untersuchungsausschuss „EnBW-Deal“

Ich möchte das Wahlergebnis bekannt geben:

An der Wahl haben sich 133 Abgeordnete beteiligt.

Auf Abg. Klaus Herrmann entfielen 58 Stimmen, mit Nein haben sechs Abgeordnete gestimmt; 69 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten; auf andere Namen entfiel keine Stimme, und ungültig war kein Stimmzettel.

Herr Abg. Herrmann hat also mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten und ist damit zum neuen – –

(Zurufe von der SPD: Nein! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Einfache Mehrheit!)

– Was habe ich gesagt?

(Abg. Walter Heiler SPD: Richtig ist: der gültigen Stimmen! – Unruhe bei der SPD)

Er hat mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten und ist damit zum neuen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich frage Sie, Herr Abg. Herrmann, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an und bitte alle Beteiligten, dass wir die Bestimmungen des Untersuchungsausschussgesetzes einhalten und dass wir mit der notwendigen Sorgfalt zügig die Sachaufklärung fortsetzen. Ich glaube, das sind wir der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg schuldig; das erwartet die Bevölkerung auch von uns.

Ich will meinen Beitrag dazu leisten, dass wir verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückgewinnen, und biete allen Kolleginnen und Kollegen im Parlament und im Ausschuss eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich danke Ihnen, Herr Abg. Herrmann, gratuliere im Namen des ganzen Hauses zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg bedarfsgerecht bereitstellen – Drucksache 15/2471

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Haller.

(Unruhe)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Neben dem Fahrradverkehr, der für uns eine ganz große Bedeutung hat, ist natürlich der Straßenverkehr, die Mobilität von Gütern und Menschen auf der Straße, nach wie vor das wichtigste Element. Er ist in der Vergangenheit das wichtigste Element im Modal-Split gewesen und wird dies sicherlich auch in der Zukunft sein. Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes und exportorientiertes Land braucht gute Straßen.

Wir alle können in der Analyse feststellen, dass das Land Baden-Württemberg im Vergleich der Bundesländer über Jahre hinweg relativ schlecht weggekommen ist, da die Mittel nicht bedarfsgerecht, nicht nach Bedarfsaufkommen vergeben werden, sondern nach anderen Kriterien. Das wird beim Bund immer so gehandhabt. Das mag je nachdem, ob die Bundesregierung von der SPD oder der CDU/CSU geführt wird, variieren. Aber Fakt ist nun einmal, dass das Land Baden-Württemberg nicht entsprechend seinem enorm hohen Verkehrsaufkommen – mit Ziel- und Quellverkehr genauso wie mit Transitverkehr – bedient wird. Das ist der eigentliche Anlass für den vorliegenden Antrag.

Die großen Achsen im Schienen- und Straßenverkehr in diesem Land müssen vom Bund finanziert werden. Wir planen sie, aber der Bund muss finanzieren. Es ist völlig klar, dass die Mittelausstattung viel zu gering ist. Das zeigt auch der Blick auf den derzeit noch gültigen Bundesverkehrswegeplan, der im Jahr 2003, also vor zehn Jahren, von Rot-Grün beschlossen wurde. Stand heute haben wir noch einen Finanzbedarf von ca. 4,5 Milliarden €, nur um die im Vordringlichen Bedarf enthaltenen Maßnahmen abzuwickeln, wobei die Inflation nicht einberechnet ist.

Schauen wir einmal, wie viele Mittel das Land vom Bund bekommt. Im Regelfall waren es in den letzten Jahren 120 Millionen € pro Jahr. Unter Einbeziehung der Swingmittel waren es im Schnitt der letzten Jahre 230 Millionen € pro Jahr. Daran sehen Sie, meine Damen und Herren, wie sich die Situation in der Realität darstellt. Allein um die jetzt begonnenen Maßnahmen abzuwickeln, brauchen wir noch etwa vier Jahre. Um alle Maßnahmen im Gesamtvolumen von 4,5 Milliarden € abzuwickeln, bräuchten wir bei einer Mittelbereitstel-

(Hans-Martin Haller)

lung von ca. 230 Millionen € pro Jahr noch 20 Jahre. So lange brauchten wir, um das, was im Jahr 2003 als Vordringlicher Bedarf des Landes Baden-Württemberg angemeldet war, abzuarbeiten. Dieser Zustand ist natürlich keinesfalls zufriedenstellend.

Nun – das war der eigentliche Anlass für den vorliegenden Antrag – hat Herr Bundesminister Ramsauer

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gestrichen!)

im August 2012 einen Brief geschrieben, wonach – jetzt zitiere ich aus der Vorlage – die Mittel auf 65 Millionen € im Jahr 2013, 56 Millionen € im Jahr 2014 und 61 Millionen € im Jahr 2015 reduziert werden sollen. Natürlich können immer noch die Swingmittel hinzukommen.

(Abg. Manfred Groh CDU: Ja! So ist es!)

Aber allein die Absicht, die Zahlungen von bisher 120 Millionen € pro Jahr an Baden-Württemberg abzusenken, ist einfach hanebüchen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Unerhört!)

Da nützt es letztlich auch nichts, wenn im letzten Herbst noch ein kurzfristiges Einzelprogramm aufgelegt wurde.

Wir fordern vom Bund eine Verstetigung der Mittel und eine Erhöhung der Zahlungen auf ein Niveau, das der Wirtschaftskraft und dem Bedarf dieses Landes gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Diese Regierung baut Straßen. Sie will Straßen bauen –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Manfred Groh: Das ist das Neueste! Radwege wollen Sie bauen!)

aber sie kann es nicht, weil sie dafür kein Geld bekommt. Dafür ist nicht diese Landesregierung ursächlich verantwortlich, sondern der Bund.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir müssen natürlich anerkennen, dass auch die Mittel des Bundes begrenzt sind. Aber jetzt ist die Frage: Wie gehen wir mit dieser Mangelsituation um? Da gibt es das verantwortliche Handeln der Regierung und dieser Koalition, die sagen: „Die Mittel sind begrenzt. Meine Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, wir gehen ehrlich mit euch um. Wir gehen seriös mit euch um. Wir machen eine Priorisierungsliste, die wir im Rahmen dessen abarbeiten, was wir an Geld bekommen.“ Das ist unser Stil; das ist unsere Methode.

Jetzt gehen Sie von der Opposition her und sagen: „Fordern, fordern, fordern, dann wird das Geld schon fließen. Planen, planen, planen, dann wird das Geld schon fließen.“ Das ist aber ein ganz großer Irrtum. Es ist zudem unseriös, den Bürgern zu suggerieren – ich verwende bewusst das Wort „suggerieren“ –, man müsse nur viel fordern, fordern, fordern, dann würde vom Bund schon Geld fließen. Das führt letztendlich zu einer Stimmung, die dazu beiträgt, dass das Vertrauen in die Politik verloren geht, weil die Versprechungen hinten und vorn nicht erfüllt werden können. Das ist das Hauptdilemma.

Wir fordern Sie auf, mehr Seriosität und Verlässlichkeit in dieser Mangelsituation walten zu lassen. Denn klar ist doch: Wir fordern mehr vom Bund. Aber das, was bundesweit in dieser Hinsicht an Illusionen besteht, wird auch der Bund, egal, wie künftig die Regierungskonstellationen aussehen werden, vermutlich nicht erfüllen können – es sei denn, von irgendwo her kommt der große Manitu mit dem Sack voll Geld.

So viel zunächst zur Begründung; mehr folgt in der zweiten Runde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Raufelder.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde diskutiert, warum dieser Antrag gestellt worden ist. Ich möchte noch einmal einen Aspekt anführen, der mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist: Durch die vom Bund vorgenommenen Mittelkürzungen besteht die Gefahr, dass sich laufende Baumaßnahmen noch länger hinziehen und dass immer mehr Baustellen längerfristig fortbestehen. Dadurch leidet die Verkehrssicherheit. Ich denke, dies ist ein wichtiger Aspekt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein – ich denke, da können auch Sie von der Opposition zustimmen –, dass wir diese mangelnde Verkehrssicherheit den Autofahrerinnen und Autofahrern in Baden-Württemberg nicht weiter zumuten dürfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Verstetigung der Mittel ist, denke ich, eine ganz wichtige Voraussetzung. Dies ist wichtig. Denn der Bund hat zwar die Berechtigung all der Ranglisten, die wir in Bezug auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis und in Bezug etwa auch zum Lärmschutz und zu den Netzstrukturen aufgestellt haben, als sehr gut anerkannt und sieht diese Maßnahmen auch als erstrebenswerte Maßnahmen an, hat uns aber leider dadurch bestraft, dass die Mittel hierfür gekürzt werden sollen. Ich denke, angesichts eines solchen Vorgehens des Bundes gegenüber den Ländern und insbesondere gegenüber Baden-Württemberg, das als Transitland anerkannt ist, müssen wir tatsächlich darauf bestehen, dass die Mittel des Bundes auch zukünftig in der verabredeten Größenordnung fließen.

Herr Haller hat es angedeutet: Es wäre günstiger, noch mehr zu bekommen. Aber im Sinne der Wahrheitsfindung – das hat auch Herr Minister Hermann sehr deutlich herausgearbeitet – haben wir diese Rangliste herausgearbeitet, und in dieser Rangliste wird klar und deutlich dargestellt, was zu tun ist, damit Projekte, die als wichtig und bezüglich ihrer Priorität als berechtigt anerkannt werden, auch in angemessener Zeit abgearbeitet werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen kann ich nur noch einmal für unseren Antrag werben, das Verkehrsministerium bzw. die Landesregierung aufzufordern, beim Bund noch einmal ein Veto einzulegen und auch dort klarzumachen, dass diese Mittelkürzung für Baden-Württemberg nicht gerechtfertigt ist und dass wir diese Haushaltsmittel für das Land brauchen.

(Wolfgang Raufelder)

(Abg. Nicole Razavi CDU: Welche Mittelkürzung denn?)

– Es sind Mittelkürzungen vorhanden. Sie haben es vorhin mitbekommen. Wir haben früher im Durchschnitt etwa 230 Millionen € pro Jahr erhalten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die sind umgeschichtet worden, aber nicht gestrichen!)

– Wenn Sie die Umschichtungen – – Dass Land bekommt etwa 20 % weniger vom Bund. Sie können das selbst ausrechnen. Wir haben es einmal nachgerechnet.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Im Vergleich zu was?)

– Sie können sich ja gleich noch an der Debatte beteiligen. Es gibt Mittelkürzungen, und diese sind auch deutlich herausgearbeitet worden. Das ist auch in Briefen, die wir im Verkehrsausschuss bekommen haben, deutlich zum Ausdruck gekommen.

Deshalb noch einmal die Werbung: Lassen Sie diese Mittelkürzungen nicht zu. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Das wäre sehr schön. Dann könnten wir uns beim Bund gemeinsam für das Land Baden-Württemberg einsetzen. Die Autofahrerinnen und Autofahrer in Mannheim

(Vereinzelt Heiterkeit)

– auch Mannheim –, aber auch in ganz Baden-Württemberg werden es Ihnen danken.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Groh.

Abg. Manfred Groh CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Diskussion stehen heute die Bundesmittel für die baden-württembergischen Autobahnen und Bundesstraßen. Um es vorneweg gleich zu sagen, lieber Kollege Haller: Der Bundesverkehrswegeplan, der bis 2015 gilt, ist von Rot-Grün beschlossen worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Darin liegen die Hoffnungen und Wünsche begründet. Ich wollte Ihnen das nur noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Grünen und SPD: Das wollt ihr nicht mehr hören!)

Ihnen, Herr Raufelder, möchte ich sagen, dass Sie vorhin auch gehört haben, dass Mittelkürzungen und Umschichtungen zweierlei Sachverhalte sind. Werfen Sie uns nicht immer vor, Mittelkürzungen vorzunehmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ihnen nicht, aber Ihrer Bundesregierung!)

Im Entwurf einer Finanzplanung gibt es keine verbindlichen Mittelansätze. Es handelt sich lediglich um eine Vorausschau des Mittelaufwands, wie Sie selbst schon gesagt haben, durch die Fortschreibung des jetzigen Status. Unterlassen Sie es also bitte, lieber Herr Verkehrsminister, hieraus bei einem einzelnen Projekt immer wieder Ängste zu schüren.

Die heutige Plenardebatte könnte man auch unter folgenden Titel stellen: „Das Märchen vom grünen Straßenbau“. Wir haben ja eben gehört, dass Sie den Radwegebau vorantreiben möchten – zulasten des Autostraßenbaus.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist ein Märchen!)

– Das stimmt insofern, als ich Ihnen dafür ganz schöne Beispiele nennen könnte. Herr Schwarz, hören Sie doch einfach weiter zu. Vielleicht sehen Sie dann, dass ich doch recht habe.

Denn eines wird bei Ihrer Politik sehr schnell deutlich: Sie betonen immer wieder, dass der Straßenbau für Sie wichtig ist. Die Realität, Ihre Handlungen sprechen aber eine ganz andere Sprache. Sie führen zwar staatstragend aus, dass verkehrliche Mobilität den Bedingungen eines europäischen Binnenmarkts, der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft Rechnung tragen muss. Auch die Regierungsfractionen betonen in dem vorliegenden Antrag, dass Baden-Württemberg ein Transitland ist, und daraus leiten Sie richtigerweise ab, dass der Bund noch mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellen muss –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

in diesem einzigen Punkt stimmen wir mit Ihnen überein –, nach unserer Auffassung allerdings nicht erst ab 2014, sondern schon früher.

Das Kernproblem ist aber Ihr Handeln.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat das Geld vorher ausgegeben, Herr Groh?)

Für den Bau von Bundesfernstraßen haben Sie eine Priorisierungsliste erstellt und diese in Ihrem Wortbeitrag als bahnbrechende Idee zum Ausbau unseres Straßennetzes verkauft. Sie erklären überall, dass der Bund diese Liste gutheißt und begrüßt. Auch wenn Sie diese Auflistung im Einvernehmen mit Ihrem Ministerpräsidenten immer wieder als seriöse, nachhaltige und verlässliche Haushaltspolitik verkaufen – sie ist und bleibt untauglich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie eine andere Lösung?)

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass endlich die neuen Straßen gebaut werden – jetzt hören Sie doch einmal richtig zu –, die für Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuermehreinnahmen wichtig sind. Aber irgendetwas scheint nicht zu stimmen. Sie sagen, weitere Projekte sollen erst umgesetzt werden, wenn alle laufenden und derzeit geplanten Projekte fertiggestellt worden sind. Fest steht aber, dass der Bund und die anderen Bundesländer nicht auf uns warten, schon gar nicht bis 2014, wie im Beschlussteil des

(Manfred Groh)

Antrags der Regierungsfractionen gefordert. Wenn also Baden-Württemberg sagt: „Wir bauen nichts“ und beim Bund auch keine entsprechenden Mittel mehr anmeldet bzw. erst für die Zeit nach 2014 Mittel anmeldet, führt dies dazu, dass Sie unser Bundesland abkoppeln. Wer es ernst meint, der fordert doch vom Bund eine sofortige Mittelzuweisung im notwendigen Umfang. So einfach stellt sich das dar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von Grün-Rot, Sie müssen Mittel und Projekte beantragen und anmelden. Es geht darum, den Fuß beim Bund in die Tür zu bringen. Sie selbst, Herr Verkehrsminister, haben doch noch vor wenigen Tagen erklärt, dass man nicht alles auf sich beruhen lassen kann. Das ist richtig. Wir müssen Zeichen setzen, sonst bleibt Baden-Württemberg finanziell und konzeptionell auf der Strecke. Sie geben damit doch zu, dass das bisherige Handeln richtig war. Ich fordere Sie deshalb auch auf: Tun Sie endlich etwas, sonst bleibt Baden-Württemberg im wahrsten Sinn des Wortes auf der Strecke.

Meine Damen und Herren, mit der vereinfachten Darstellung, dass derzeit Projekte in Höhe von insgesamt rund 4 Milliarden € geplant sind und damit der Nichtbau von Straßen begründet wird, kann man allenfalls seine grünen Stammwähler überzeugen. Diese Thematik erfordert jedoch etwas mehr Weitsicht. Aber dazu scheinen Sie, sehr geehrter Herr Verkehrsminister, nicht in der Lage zu sein. Denn mit Ihrer Priorisierungsliste haben Sie gegenüber dem Bund in erster Linie zum Ausdruck gebracht: „Wir wollen keine neuen Bundesfernstraßen bauen.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch abwegig, was Sie sagen! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Dies ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu übertreffen, sehr geehrter Herr Verkehrsminister.

Glücklicherweise hat die Bundesregierung in diesem Jahr bereits vier Neubeginne ermöglicht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Groh, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Manfred Groh CDU: Nein, er soll erst zuhören. Dann kann er seine Frage stellen.

(Unruhe)

Ihre Priorisierungsliste ist nicht nur mangelhaft, sondern ihr fehlen auch ganz wichtige Elemente. Ich frage Sie, warum Sie diese unterschlagen haben.

Jetzt kommen wir zum Kern der ganzen Geschichte. Erstens ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Karlsruhe: Das Stück zwischen der Elfmorgenbruchstraße und der Haid-und-Neu-Straße in Karlsruhe als dringend notwendige Fortsetzungstrasse des neuen Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord fehlt gänzlich in Ihrer Auflistung, obwohl seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten höchstrichterlich bestätigtes Baurecht besteht.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Aus meiner Sicht gibt es hierfür einen ganz offensichtlichen Grund:

(Abg. Johannes Stober SPD: Weil der Bundesrechnungshof das angemahnt hat!)

Sie von den Regierungsfractionen, Sie, Herr Minister, Sie, Frau Staatssekretärin, und Sie, Herr Kollege Stober, wollen persönlich diese Straßenbaumaßnahme ganz einfach nicht. Sie wollen damit die Fortführung der Nordtangente auf jeden Fall verhindern und bieten den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern nun Hilfe beim Bau einer Kommunalstraße als Ersatzlösung an. Herr Kollege Stober, Sie können mir ruhig zustimmen; dem ist so. Sie proklamieren das jeden Tag in der Zeitung, wann immer Sie Gelegenheit dazu haben.

(Abg. Johannes Stober SPD: Der Rechnungshof hat untersagt, diese Strecke zu bauen! Der Bundesrechnungshof!)

Zweitens: Ihre Kriterien halten Sie sogar Bürgerentscheiden entgegen, so im Falle der Ortsumfahrung Mögglingen. Sie haben diese in die Kategorie III heruntergestuft. In Mögglingen aber haben sich die Bürgerinnen und Bürger nach langjährigem Tauziehen auf eine Umfahrungsstraße festgelegt. Jetzt, zehn Jahre nach dem Planfeststellungsbeschluss, verlagern Sie die Maßnahme nach hinten mit der Begründung – man höre gut zu –, die Umfahrung mache einen zu großen Bogen, durchschneide die Landschaft, sei zu teuer, und in Mögglingen mit 4 000 Einwohnern wohnten zu wenig Menschen.

Ich frage Sie sehr ernsthaft: Ist das Ihr neues Verständnis zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren von den Grünen?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich möchte nochmals betonen: Bürgerentscheide durch eigene Verhinderungskriterien quasi ad absurdum zu führen, ist anmaßend und mehr als nur scheinheilig.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer ist hier anmaßend?)

Ich komme zum Schluss. Eines fällt mir bei Ihrer Politik immer wieder auf, und zwar unabhängig vom jeweiligen Politikfeld: Schuld sind offensichtlich immer die anderen. Heute ist es wieder so. Das Land will bauen, aber die von CDU/CSU geführte Bundesregierung gibt die Gelder nicht frei.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! Sehr gut!)

Meine Damen und Herren von Grün, dazu, ein Land wie Baden-Württemberg erfolgreich zu regieren, gehört mehr, als immer nur zu jammern, zu verhindern und die Schuld bei anderen zu suchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wenn die Redezeit überzogen ist, können Sie keine Fragen mehr stellen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Recht so!)

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen es nicht beschreiben, aber wenn es je doch zu einer anderen Bundesregierung kommt, in der vielleicht eine Ihrer Parteien mitregiert, bin ich gespannt, ob Sie noch so viele Resolutionen verfassen, wie Sie in den letzten zwei Jahren verfasst haben. Das ist ja richtige grün-rote Resolutionspolitik, die Sie hier gestalten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Dann setzen wir um! Dann brauchen wir keine Resolutionen mehr!)

Ich darf vielleicht daran erinnern, Herr Kollege Schwarz: Am 15. Februar 2012 – das ist gut ein Jahr her – haben wir schon einmal eine Resolution zu diesem Thema verabschiedet. Wir alle haben dieser Resolution zugestimmt.

Es ist also nicht so, dass wir uns da generell immer verweigern würden. Aber ich will gleich vorwegnehmen, dass wir der diesmal vorgelegten Resolution nicht zustimmen. Ich werde es gleich noch begründen.

Seit 2009 sind jährlich etwa 800 Millionen € Bundesmittel nach Baden-Württemberg in den Bundesfernstraßenbau geflossen, davon jährlich etwa 500 Millionen € in den Neubau, den Ausbau und den Erhalt von Bundesfernstraßen. Die Zielmarke sollte bei etwa 650 Millionen € liegen. Wir sind uns einig, dass die Zielmarke nicht erreicht wurde. Im letzten Jahr wurden deutschlandweit insgesamt 750 Millionen € als Einmalbetrag ausgeschüttet, wodurch vier Projekte in Baden-Württemberg zum Zuge kamen.

Zur Begründung, weshalb wir Ihre Resolution ablehnen: Rich-ten wir unseren Blick einmal auf den eigenen Haushalt. Für den Neubau von Landesstraßen haben Sie im Haushaltsplan 42 Millionen € bereitgestellt. Im Durchschnitt betragen die Mittel in den letzten Jahren bei wesentlich schwierigeren Haushaltssituationen – das können Sie feststellen, wenn Sie sich die Einnahmeseite anschauen – 55 Millionen €. Tun Sie also bitte nicht immer so, als stellte der Bund keine Mittel bereit. Sie selbst sind diejenigen, die nicht vorleben, was man machen sollte. Das im Land zu erbringen, was Sie vom Bund fordern, dazu sind Sie nicht bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Es wurde ein Brückensanierungsprogramm im Umfang von 40 Millionen € angekündigt. Schauen wir in den Haushaltsplan, so stellen wir fest: Fehlanzeige.

Ein ganz brennendes Thema stellen die angekündigten Zuwendungen an nicht bundeseigene Eisenbahnen zur Erneuerung und Instandhaltung der Bahnanlagen und für Sicherungsmaßnahmen dar.

Herr Kollege Raufelder, Sie haben das Thema Sicherheit angesprochen. Dazu gehören auch die Zuschüsse für technische

Sicherungssysteme für eingleisige Eisenbahnstrecken zur Vermeidung von schweren Unfällen und zur Verbesserung des Sicherheitsniveaus.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch alles gelöst!)

Schaue ich hierzu in den Haushaltsplan, so stelle ich wieder fest: Fehlanzeige. Herr Kollege Schwarz, wir warten auf den angekündigten Nachtragshaushalt. Auch hier: Fehlanzeige. Sprechen Sie einmal mit den Verkehrsunternehmen. Diese warten darauf. Diese brauchen Planungssicherheit.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die haben die Sicherheit von uns bekommen!)

So sieht Verkehrspolitik in Baden-Württemberg aus. Sie loben den Radverkehr, aber bei den anderen Themen werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Baden-Württemberg braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Hierfür trägt nicht nur der Bund, sondern auch das Land die Verantwortung.

Ich habe hier eine Fotokopie des Berichts der Daehre-Kommission. Herr Verkehrsminister Hermann war auch Mitglied dieser Kommission. Darin wird der Zustand der Straßen beschrieben und aufgezeigt, dass wir in Deutschland eine Deckungslücke von etwa 6 Milliarden € haben. Insofern sind wir uns zumindest darin einig, dass wir zusätzliche Finanzmittel brauchen.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat sich aus diesem Grund schon vor längerer Zeit dafür ausgesprochen, von Baden-Württemberg aus die Einführung einer Vignette zu initiieren, die bundesweit gelten muss. Die Einführung einer satelliten-gestützten Maut halten wir aus Datenschutzgründen für ein großes Problem. Außerdem glauben wir, dass die Einführung sehr viel Zeit beanspruchen wird. Deshalb haben wir eine Vignettenlösung vorgeschlagen. Das sollte in einer eigenen Gesellschaft zusammengeführt werden, damit die Einnahmen nicht in den Haushalt des Bundes fließen. Diese Mittel sollten wir über eine Fondslösung nutzen können.

Hinzu kommt die Überprüfung der Standards. Die Frau Staatssekretärin hat gestern eine Pressemitteilung veröffentlicht, deren Inhalt wir unterstützen. Dabei geht es darum, wie wir Standards beim Straßenbau reduzieren können.

Wichtig ist uns auch, dass man in den Bereichen, in denen dies möglich ist, über eine ÖPP-Finanzierung nachdenkt. Dabei denke ich z. B. an die A 6.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das wird sicherlich nicht bei jedem Projekt passend sein. Dieses Thema sollten wir aber durchaus aktiv angehen.

In den Modellrechnungen der Daehre-Kommission finden sich verschiedene Elemente wie die Mineralölsteuer, die Kfz-Steuer, die Pkw- und die Lkw-Maut. Herr Verkehrsminister Hermann war Mitglied dieser Kommission. Insofern würden uns die daraus resultierenden Schlussfolgerungen interessieren.

(Jochen Haußmann)

Wie geht es jetzt weiter? Welche Ansätze verfolgt das Land Baden-Württemberg in diesem Bereich? Welche Initiativen werden ergriffen, damit insgesamt mehr Geld zur Verfügung gestellt wird?

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute eine Debatte über die Finanzierung von Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg durch den Bund führen können. Genau darüber und nicht über andere Felder sollte jetzt auch diskutiert werden. Es lohnt sich, einmal separat darüber zu diskutieren.

Meines Erachtens lohnt es sich auch, ideologisch ein bisschen abzurufen, Herr Groh, und einmal genau hinzuschauen, was in den vergangenen eineinhalb Jahren wirklich geschehen ist, in welche Bereiche wir investiert haben und in welche Bereiche wir nicht investiert haben. Deswegen werde ich mich in meiner Rede sehr stark an Zahlen orientieren und aufzeigen, was wir gemacht haben und was wir nicht gemacht haben.

Ich finde, wenn wir über die Finanzierung von Bundesfernstraßen sprechen, dann sollte eines vorab deutlich gemacht werden, zumal wir gerade über die Förderung des Radverkehrs in Baden-Württemberg debattiert haben. Dabei reden wir von ganz anderen Dimensionen. Die Kosten, um einen Kilometer Autobahn sechsstreifig auszubauen, entsprechen in etwa dem Landesetat für Radwege in Baden-Württemberg. Das heißt, wenn Sie in dem einen Bereich die Mittel kürzen würden, würden Sie die Probleme im anderen Bereich auf gar keinen Fall lösen.

(Abg. Klaus Maier SPD: Genau!)

Das einmal als Hinweis an die FDP/DVP, die es im Ausschuss abgelehnt hat, die Radförderung zu unterstützen – mit dem Hinweis, man hätte dann zu wenig Geld für den Straßenbau insgesamt. Das ist nicht wirklich ein adäquater Problemlösungsansatz, weil die Dimension einfach nicht stimmt.

Meine Damen und Herren, die Geschichte des Bundesfernstraßenbaus in den letzten Jahren – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern insgesamt in Deutschland; das würden wahrscheinlich alle unterschreiben, die so lange wie ich in diesem Bereich Politik machen – ist eine Geschichte von langen Listen, von langen Wartezeiten, von großen Differenzen zwischen Wunschlisten und dem, was real an Finanzierungsmöglichkeiten da war. Es fehlt seit Langem – nicht erst seit zwei, drei Jahren – an Mitteln für den Aus- und Neubau, aber auch für die Sanierung. Je nachdem, was der Schwerpunkt einer Regierung war, fehlt es mehr an dem einen oder mehr an dem anderen.

Was man wirklich sagen kann: Es ist kennzeichnend – wenn Sie die Zahlen anschauen, erkennen Sie das –, dass es immer – egal, unter welcher Regierung in den letzten zehn, 15 Jahren – eine große Lücke zwischen dem, was gebaut werden

sollte, was gewünscht war, und dem, was man real zur Verfügung hatte, gab.

Deswegen glaube ich, dass es, wenn man eine neue Infrastrukturpolitik macht, ganz wichtig ist, unsere Wünsche und Pläne zu überprüfen und zu fragen: Was ist in Zukunft noch finanzierbar, was können wir uns leisten, was ist angesichts des demografischen Wandels auch notwendig? Und: Wie können wir die trotzdem vorhandene Finanzierungslücke schließen, wie können wir neue Mittel akquirieren? Dazu will ich Ihnen einiges sagen.

Wir haben Ihnen auch aufgelistet, was in den letzten Jahren in den Erhalt gesteckt wurde, was in den Aus- und Neubau gesteckt worden ist. Interessant ist, dass man beispielsweise im Jahr 2005 234 Millionen € für den Erhalt und nur 150 Millionen € für den Aus- und Neubau ausgegeben hat. Im Jahr 2012 waren es dann 247 Millionen € für die Erhaltung und 212 Millionen € für den Aus- und Neubau. Die Werte haben sich also eher angeglichen.

Es ist erkennbar: Die Investitionen für die Erhaltung liegen über denen für den Aus- und Neubau. Damit hat sich in den Zahlen etwas niedergeschlagen, was hier im Parlament manchmal noch leicht übersehen wird. Man hat nämlich ernst genommen, dass es einen Sanierungsstau gibt und dass man in den kommenden Jahren im Bereich Sanierung mehr tun muss – auch im Bereich der Bundesstraßen und der Autobahnen.

Es gab ein Jahr – das Jahr 2008 –, in dem wir gerade einmal noch 155 Millionen € für die Erhaltung, aber über 300 Millionen € für den Aus- und Neubau hatten. Das war aber ein Ausreißer, das hat die Linie nicht abgezeichnet. Das war unter der Großen Koalition. Ich denke, das hatte viel mit den Konjunkturprogrammen zu tun, bei denen man gesagt hat: „Wir müssen endlich etwas tun.“ Aber das ist nicht die Regel gewesen.

Es ist, glaube ich – das kann man einmal positiv festhalten –, in der Summe so gewesen, dass es ein allmähliches – aus meiner Sicht ein zu langsames – Umschwenken von Aus- und Neubau hin zur dringend notwendigen Sanierung, zum Abbau des Sanierungsstaus gegeben hat.

Übrigens: Wenn man sich die Gesamtsumme der Investitionen und der Mittelausgaben im Bundesfernstraßenbereich anschaut, erkennt man, dass es zwar eine Erhöhung von 636 Millionen € im Jahr 2005 auf 826 Millionen € im Jahr 2012 – grob 200 Millionen € mehr – gegeben hat. Trotzdem landet nicht das ganze Geld im Straßenbau. Vielmehr haben wir in anderen Bereichen zunehmend höhere Kosten. Allein bei der Refinanzierung – das wird gern unterschlagen; das sind Straßenbaumaßnahmen, die privat vorfinanziert waren – haben wir inzwischen laufende Kosten von 90 Millionen €. Das heißt, die Ausgaben im Voraus schlagen sich jetzt im Haushalt nieder, und diese Mittel fehlen uns natürlich, um neue Maßnahmen anzugehen.

Auch der Bereich „Betrieb, Erhalt“ wächst ständig. Wir geben auch mehr Geld für Telematik aus. Das ist sinnvoll. Aber es ist klar: Man kann nicht immer nur den einfachen Infrastrukturausbau anschauen. Man muss genau schauen: Was passiert mit dem Geld? Ich glaube, es ist sinnvoll, dass hier allmählich umgesteuert wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Minister Winfried Hermann)

Kennzeichnend ist über all die Jahre eine Unterfinanzierung. Im Durchschnitt sind wir in den letzten zehn Jahren auf etwa 230 Millionen € für Aus- und Neubaumaßnahmen gekommen. In der Summe – vorhin ist es gesagt worden; ich will es gern wiederholen – haben wir laufende Baumaßnahmen plus baureife und andere Maßnahmen im Vordringlichen Bedarf mit einem Volumen von, grob gesagt, 5 Milliarden €. Wenn Sie pro Jahr 100 Millionen € einsetzen, dauert es 50 Jahre, bis die Maßnahmen umgesetzt sind; wenn Sie pro Jahr 200 Millionen € einsetzen, sind es 25 Jahre. Je mehr Mittel Sie einsetzen, desto kürzer wird diese Zeit. Wir haben einen immensen Bedarf und zu wenig Mittel. Das muss einfach dazu führen, dass man sagt: Wir brauchen auf der einen Seite eine Anhebung der Mittel, aber auf der anderen Seite auch eine realistische Reduktion der zahlreichen Maßnahmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun behaupten Sie immer wieder – das passt in Ihre Ideologie –, der grüne Verkehrsminister verhindere Straßenbau.

(Abg. Manfred Groh CDU: So ist es!)

Das kann er nicht, denn die Bundesfernstraßen werden letztlich vom Bund finanziert, und zudem wird angesagt: „Jetzt wird gebaut.“ Wir haben – das sage ich auch mit einem gewissen Stolz – in den letzten eineinhalb Jahren viel dafür getan, dass wir deutlich mehr Mittel bekommen haben als ursprünglich geplant. Wir haben allein im vergangenen Jahr 65 Millionen € mehr Mittel abgeholt, als uns vom Plan her eigentlich zustanden. Warum? Weil unsere Baustellen nicht durchfinanziert waren, hatten wir einen dringenden Bedarf zu decken. Es bestand eine riesige Lücke zwischen dem Volumen der laufenden Baumaßnahmen und dem, was uns an Bundesmitteln zugesagt war. Der Vorteil war: Wir hatten alles in die Baustellen gesteckt und konnten noch etwas drauflegen. Andere Länder waren nicht in der Lage, so gut zu bauen wie wir. Schimpfen Sie also nicht immer auf unsere Verwaltung. Wir sind da ziemlich gut und ziemlich erfolgreich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir haben übrigens deutlich umgeschichtet, wir haben deutlich mehr in den Bereich der Erhaltungs- und Sanierungsmittel geschoben.

Im Übrigen will ich auch noch etwas zu dem Vorschlag sagen, der immer wieder einmal von der CDU kommt, man könne ja auch die Mittel einfach hin- und herschieben. Hin- und herschieben geht nicht. Man kann z. B. nicht vom Bund für Neubaumaßnahmen festgelegte Mittel in die Sanierung stecken. Aber umgekehrt geht es wohl. Das ist in den vergangenen Jahren oft geschehen – leider zum Schaden der Sanierung –, und das hat zu Sanierungsstau und zu Vermögensverzehr geführt. Damit haben wir Schluss gemacht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben gesagt: Das, was vom Bund für Sanierung vorgesehen ist, wird auch möglichst komplett in die Sanierung gesteckt. Jetzt muss ich Ihnen ein Geständnis machen: Im letzten Jahr ist es uns trotzdem nicht gelungen, alle Mittel nur in die Sanierung zu stecken. Warum?

(Abg. Manfred Groh CDU: Ja, warum?)

Weil zwischen den Kosten der von Ihnen eröffneten Baustellen und dem, was uns der Bundesverkehrsminister tatsächlich überwiesen hat, eine solche Lücke entstanden ist, dass ich, wenn ich es so gemacht hätte, Baustellen hätte abbrechen und stilllegen müssen. Das, was Sie immer denken, was ich täte, habe ich aber nicht gemacht. Vielmehr habe ich in diesem Fall noch einmal eine Ausnahme gemacht, weil das verantwortbar war, weil es unverantwortlich gewesen wäre, Baustellen einfach abzubrechen, und weil wir die Mittel für die Sanierung deutlich erhöht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun haben Sie, Herr Groh, sich lange und kritisch über die Priorisierung geäußert.

(Abg. Manfred Groh CDU: Zu Recht!)

Die Priorisierung war einfach nur der Versuch, aus der langen Liste der Versprechungen, die nie eingelöst wurden, etwas herauszunehmen – von den vielen Maßnahmen, die man bauen müsste,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

aber für die man das Geld nicht hat – und zu fragen: Welche beginnen wir zunächst? Wir haben übrigens nie gesagt, wir bauten keine neuen Projekte, sondern wir haben gesagt: „Wir fangen erst wieder mit neuen Projekten an, wenn wir genügend freie Mittel haben, weil wir alte Projekte zu Ende gebaut haben.“ Das ist eine ganz rationale Politik. Das hat überhaupt nichts mit Ideologie zu tun, aber Sie haben Probleme, das zu verstehen, weil Sie sehr ideologisch Politik machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben für die Priorisierung ganz rationale Kriterien: Kosten-Nutzen-Verhältnis, Verkehrssicherheit, Lärmentlastung, Umweltverträglichkeit, Verkehrsfluss, Netzfunktion. Das sind sechs Kriterien, die wir übrigens mit Bürgermeistern, Landräten, Vertretern der Wirtschaft, der Automobilbranche, der Verkehrsverbände diskutiert haben.

Nachdem es eine Möglichkeit zur Rückmeldung und zur Korrektur gab, ist am Ende genau dieses System herausgekommen und bestätigt worden – vom ADAC bis hin zu den Verbänden der Wirtschaft. Die haben gesagt: „Endlich einmal ein rationales Verfahren und nicht mehr ein Beziehungsgeflecht, das undurchschaubar ist.“ Rationale Priorisierung hat zu einer rationalen Vorschlagsliste geführt, die übrigens weitgehend akzeptiert worden ist –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

allerdings nicht von jedem Abgeordneten, vor allem wenn er seine Position langjährig vertreten hat.

Herr Groh, nun zu Ihrem Beispiel, das Sie angeführt haben. Da hätten Sie sich besser kundig machen müssen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Denn es handelt sich nicht um ein Bundesfernstraßenprojekt nach dem Bedarfsplan. Das hätten Sie wissen müssen. Vielmehr ist es eine Bundesfernstraße in kommunaler Regie.

(Abg. Manfred Groh CDU: Nein!)

(Minister Winfried Hermann)

Sie wird kommunal finanziert und in Karlsruhe übrigens seit Jahrzehnten mit Mehrheit abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Das ist das Problem. Dass die Straße nicht gebaut wird, das liegt doch nicht an mir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Groh CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir wollen uns ja nicht in Einzelfällen aus Karlsruhe verlieren.

(Abg. Manfred Groh CDU: Ach so!)

Vielmehr war das nur ein Beispiel dafür, dass man sauber, rational argumentieren muss und nicht mit einem falschen Beispiel kommen darf. Wir haben im Grunde eine nachvollziehbare Priorisierung vorgenommen – parallel zu dem, was wir überhaupt an Finanzierungsmöglichkeiten haben.

Interessant ist, dass der Bundesverkehrsminister das, anders als Sie, außerordentlich begrüßt hat. Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, zu lesen, was der Bund jetzt gerade den Ländern und den Bundestagsabgeordneten schreibt – Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015 –, dann erkennen Sie: Das ist sozusagen die Anweisung an die Länder, jetzt neue Maßnahmen anzumelden bzw. für den nächsten Bundesverkehrswegeplan anzumelden. Interessant ist, dass dort viele Ideen von uns übernommen worden sind:

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha! Hört, hört! – Abg. Martin Rivoir SPD: Plagiat!)

Wir müssen erstens rationale Politik machen, wir müssen zweitens schauen, was wir uns leisten können, und wir müssen drittens priorisieren und das Ganze wirtschaftlich machen. Das betrachte ich als außerordentliches Lob.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben nachvollziehbar priorisiert. Ihre Bundestagsabgeordneten in Berlin haben durch ein paar Absprachen genau mit diesem Prinzip gebrochen, indem sie eine Straße, die in der Prioritätenliste nach hinten gerutscht ist, nach vorn gezogen haben. Die Ortsumgehung Unlingen ist einfach vor andere hoch belastete Ortsdurchfahrten geschoben worden. Das ist nicht sehr glaubwürdig, das überzeugt nicht. Das ist eben gerade wieder irrationale Politik, weil man die rationalen Kriterien nach hinten schiebt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun noch einmal zum Thema Finanzierung. Vorhin ist vorgebracht worden, was der Bundesverkehrsminister alles erzählt hat, was wir nicht erhalten würden. Das will ich jetzt nicht wiederholen. Aber eines ist sehr deutlich: dass der Bundesverkehrsminister uns deutlich weniger Mittel zusagt, als in der

mittelfristigen Finanzplanung zuvor – nur zwei Monate vorher – angekündigt waren.

Jetzt überspringe ich das Ganze. Dann kam ein neues Infrastrukturbeschleunigungsprogramm – Ihre 750 Millionen € zusätzlich. Das hat die Zahlen etwas durcheinandergeworfen, aber nur etwas. Denn tatsächlich sind von den 750 Millionen € gerade einmal 70 Millionen € in Baden-Württemberg angekommen. Davon ist aber der überwiegende Teil des Geldes ausdrücklich zur Verstärkung von laufenden Baumaßnahmen verwandt worden.

Gerade einmal etwa 12 Millionen € sind für die Spatenstiche vorgesehen. Da sage ich: schöne Politik. Damit können Sie exakt den Spatenstich plus Blaskapelle finanzieren, und dann ist Schluss.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das ist, wie ich finde, auch nicht besonders rational. Sie haben versucht, vor der Bundestagswahl noch ein paar Spatenstiche hinzubekommen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Aber die Finanzierungssituation wird nicht besser. Wir haben im Jahr 2013 ein Defizit von 50 Millionen €, 2014 von 100 Millionen € und 2015 noch einmal von 50 Millionen €. Das sind nur die Defizite zwischen dem, was wir bauen wollen und müssen, und dem, was der Bund uns überweist.

Dann können Sie natürlich sagen: „Daran ist die Landesregierung schuld, weil sie nicht oft genug schreit.“ Aber ich meine, das ist eine ziemlich billige Entschuldigung dafür, dass man in Berlin Verantwortung hat und eigentlich an so etwas anknüpfen müsste.

Wir haben unsererseits jede Menge getan, auf jeder Verkehrsministerkonferenz. Auf der nächsten werde ich das wieder machen. Ich bin ja gefragt worden: Was ist die Nachfolge der Daehre-Kommission? Ich habe versucht, eine Sonderkonferenz der Verkehrsminister gerade zur besseren Finanzierung in Gang zu bringen. Ich stelle fest, dass viele Länderverkehrsminister Wahlen scheuen, vorsichtig sind, was neue Finanzierungsinstrumente anbelangt. Ich kämpfe gerade darum, dass die Verkehrsministerkonferenz wenigstens im April einen größeren Zeiteanteil der Finanzierung und den neuen Instrumenten widmet.

Klar ist aber eines: Im Moment fehlen uns bis 2016 300 Millionen € allein für das, was zu bauen wir geplant haben – ohne Ihre Zusatzwünsche. Das sollten Sie wissen.

Zum Ausblick, meine Damen und Herren. Aus all dem folgt für mich: Wir müssen an der eingeschlagenen Politik festhalten, die da heißt: Sicherstellen, was man überhaupt hat, klären, was man sich leisten kann, Prioritäten setzen und auch einmal sagen, was man nicht will und nicht kann.

Langfristig müssen wir für eine stabile, stetige Finanzierung der Infrastruktur sorgen. Dazu brauchen wir, glaube ich, eine andere Art der Finanzierung, die nicht nach dem Jährlichkeitsprinzip, sondern über längere Zeiträume erfolgt. Außerdem muss sie kontinuierlich und stetig sein. Es darf nicht sein, dass man einmal 100 Millionen € mehr und ein andermal 100 Millionen € weniger für die Sanierung hat, sondern das Ganze

(Minister Winfried Hermann)

muss planbar sein. Denn man kann am Ende eines Jahres, selbst wenn man 20 Millionen € bekommt, nicht einfach noch schnell etwas bauen. So funktioniert Bauen nicht, so funktioniert politische Arbeit nicht.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt einiges zu tun. Ich jedenfalls plädiere für eine sehr rationale Verkehrspolitik, auch im Bereich Straßenbau.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Minister, vielen Dank. Sie haben zurechtgerückt, worum es geht, aber auch was der Unterschied zur CDU ist. Wir alle beklagen den Mangel. Die Frage ist, wie wir damit umgehen. Sie von der CDU betreiben nach wie vor eine Lebenslüge den Menschen gegenüber,

(Abg. Manfred Groh CDU: Nein, das machen Sie!)

nämlich: Man müsse nur genug fordern, genügend Baustellen eröffnen, dann würde das Geld von allein fließen. Das ist Ihr Irrtum und Ihre Lebenslüge.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

So funktioniert die Welt nicht. Stellen Sie sich vor, die Hochbauverwaltung müsste zehn Gebäude für insgesamt 100 Millionen € in der Dauer von zehn Jahren bauen. Sie würden jedes Jahr ein bisschen bauen und hätten zehn Jahre lang Baustellen. Wir bauen ein Gebäude nach dem anderen. Dann kann ich sie sukzessive nutzen. Das ist sinnvoll, das ist rational, und daran werden wir festhalten.

Die zweite Unterstellung, die ich entschieden zurückweise, ist die, Herr Groh, wir würden nichts anmelden. Was Sie da behaupten, ist bodenlos.

(Abg. Manfred Groh CDU: Das ist ja nichts Neues!)

Für diese 20 priorisierten Maßnahmen sind allein 800 Millionen € angemeldet. Da gehen Sie durch die Landschaft und sagen, wir würden nichts anmelden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist eine selektive Kraftmeierei! – Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Ich frage Sie: Was nehmen Sie realistisch von dem zur Kenntnis, was diese Regierung macht?

Nochmals: Dadurch, dass Sie Berge von Maßnahmen anmelden, fließt noch nicht mehr Geld. Das zeigt die Erfahrung. Sie leben in einer Scheinwelt und nicht in dieser Bundesrepublik Deutschland und im Land Baden-Württemberg, was den Straßenbau betrifft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Das Schlimme ist, dass Sie diese Scheinwelt den Menschen gegenüber permanent verlautbaren.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Der Herr Minister hat es gesagt: Wir haben Baustellen, die nicht zu Ende geführt wurden. Natürlich müssen wir da ein bisschen in Vorleistung gehen, damit wir die Swingmittel abnehmen können. Aber es macht keinen Sinn, bereits eine neue Baustelle zu beginnen, wenn die andere noch nicht fertig ist, oder ein großes Schild hinzustellen: „Hier wird eines Tages gebaut werden.“

Noch einmal: Man muss einfach zitieren, was aus dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm kam: Backnang 1 Million €, Baidt 1 Million €, Unlingen 1 Million €, Süßen 1 Million € im Jahr 2013 und ein bisschen mehr – 7 Millionen € in Summe – 2014. Das sind Maßnahmen, die insgesamt 90 Millionen € kosten. Es macht doch keinen Sinn, überall etwas zu eröffnen, Kosten für die Verwaltung zu produzieren. Wir produzieren keine Kosten für die Verwaltung, sondern nehmen das Geld und bauen Straßen. Das ist vorteilhafter für dieses Land.

Ich fordere Sie im Sinne des Patriotismus für Straßen, für Mobilität in diesem Land Baden-Württemberg auf: Schließen Sie sich uns an. Das ist gut für unser Land.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Raufelder das Wort.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Man muss sich noch einmal vor Augen führen, dass wir auch bei den Landesstraßen immer deutlich machen, dass eine Durchfinanzierung klar dargelegt werden soll. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass das auch bei den Bundesstraßen der Fall sein muss, um letztlich die Maßnahme durchführen zu können.

Sie können sehen, dass viele Bundesstraßen noch immer in einem desolaten Zustand sind, die Ausbaustandards nicht vorhanden sind und letztlich die genehmigten Verfahren nicht umgesetzt werden können. Deswegen muss eine klare Aussage zur Finanzierung der einzelnen Bereiche da sein, und deswegen kann ich Sie nur noch einmal bitten, sich unserem Antrag anzuschließen. Denn es ist tatsächlich so, dass der Bund uns die Gelder zur Verfügung stellen muss, um Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans letztlich umsetzen zu können.

Ich möchte Ihnen zudem noch ans Herz legen, auch den Aspekt Transitland zu berücksichtigen. Baden-Württemberg ist ein Land des Transits in Richtung Schweiz und Österreich, aber auch in Richtung Bayern und weiterer Bundesländer.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

– Ich denke, die Aufregung kommt auch daher, dass Sie unserem Antrag eigentlich gern zustimmen würden. Ich will dem nicht länger im Weg stehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Man muss aber doch noch einmal deutlich sagen, dass diese Transitstrecken, die ich Ihnen gerade kurz skizziert habe, zu einem großen Teil durch Baden-Württemberg verlaufen. Die Mangelsituation, die sich im Moment im Bereich Autobahn- bzw. Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg zeigt, kann auch dem Bund nicht verborgen bleiben. Deswegen war es wichtig, die angesprochene Rangliste dem Bund zu übermitteln.

(Wolfgang Raufelder)

Ich finde es sehr schön, dass sich der Bund diesen Maßnahmen nun anschließt, auch was die Sanierung betrifft. Daher ist es wichtig, dies weiterzuführen und die Maßnahmen so weiterzutreiben, dass Ehrlichkeit vor Schein rangiert. Wichtiger als eine möglichst große Zahl von Spatenstichen ist es, die laufenden Maßnahmen tatsächlich durchzufinanzieren.

Die Daehre-Kommission, die offenbar tatsächlich beteiligt worden ist – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Raufelder, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Razavi?

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ich möchte meinen Gedanken gern noch zu Ende führen. – Es ist daher also wichtig, dass wir gegenüber der Daehre-Kommission deutlich herausarbeiten, welche Möglichkeiten es gibt – von der Citymaut bis hin zu neuen Finanzierungsmodellen. Warum haben wir diese Möglichkeiten nicht zum Teil auch bei uns im Verkehrsausschuss bzw. im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags durchdiskutiert? Es gibt tatsächlich weitere Finanzierungsmodelle, und wir müssen auch zu anderen Finanzierungsmodellen kommen, um die Infrastruktur in Deutschland voranzutreiben. Das wäre sehr schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zur Richtigstellung, was das GVFG betrifft – es wurde angesprochen, dass Schienenprojekte nicht mehr ausfinanziert sind –: Wir hatten 2011 10 Millionen € und 2012 20 Millionen € für die Sicherheitstechnik, und wir werden 2013 – das ist den Verkehrsunternehmen gegenüber auch kommuniziert worden – 5 Millionen € für Sicherheitstechnik, Weichen und sonstige Dinge haben. Die Aussage, die Sie vorhin getroffen haben, ist in dieser Form also nicht richtig; das wollte ich hier nur noch einmal klarstellen. Dies hat zwar mit dem Thema Bundesfernstraßen nichts zu tun, aber es ist wiederum ein Zeichen dafür, dass wir hier tatsächlich mit Offenheit und Ehrlichkeit an die Verkehrspolitik herangehen müssen. Daher finde ich es wichtig, auch solche Fragestellungen noch einmal deutlich herauszuarbeiten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt ist der Gedanke doch zu Ende geführt! Jetzt kann Frau Razavi doch ihre Frage stellen, oder? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie jetzt die Nachfrage? – Bitte schön, Frau Kollegin Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist nett, Herr Kollege. Ich möchte Sie fragen, ob Sie uns im Zusammenhang mit dem Begriff „Durchfinanzieren“ eine Maßnahme nennen können – aus dem Straßenbau oder aus irgendeinem anderen Bereich –, die Sie oder wer auch immer angestoßen hat. Sie sprechen immer so gern von „durchfinanzieren“. Sie sprechen von Projekten, die vom ersten Spatenstich an durchfinanziert sein sollten. Nennen Sie mir doch irgendeine Maßnahme, auf die das zutrifft.

Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Sie können all die aktuellen Maßnahmen im Landesstraßenbau hierbei anführen. All das haben wir durchfinanziert bzw. versuchen wir durchzufinanzieren. Was den Bund betrifft, können wir jetzt noch keinen Einfluss nehmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Versuchen Sie es etwa?)

Wir können den Bund nicht dahin gehend beeinflussen, dass er ein Projekt aufnimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es schon einen Haushalt für 2016?)

– Wir können die Maßnahmen gern noch einmal durchgehen. Im Verkehrsausschuss haben wir all diese Maßnahmen schon benannt; es stehen alle Maßnahmen drin, die durchfinanziert sind; von Ihren 27 Maßnahmen sind es natürlich nicht 27. Es sind 20 bzw. zehn Maßnahmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt noch gar keinen Haushalt über 2014 hinaus! – Unruhe)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2417. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann mit der Aussprache für erledigt erklärt werden.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen beinhaltet. Wird Abstimmung über diesen Abschnitt gewünscht? –

(Zuruf: Jawohl!)

Das ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor wir die heutige Sitzung beenden, darf ich Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen. Gleich im Anschluss wird die Ausstellung „Achtung Spannung“ der GEDOK-Gruppen Freiburg, Karlsruhe, Mannheim/Ludwigshafen, München und Stuttgart eröffnet. Gezeigt werden Werke, die sich facettenreich mit dem Thema Energie auseinandersetzen. Zur Ausstellungseröffnung und zu dem anschließenden Stehempfang lade ich Sie herzlich ein.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 6. März 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:05 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen im Untersuchungsausschuss „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	Müller Schebesta	von Eyb Klein

27. 02. 2013

Peter Hauk und Fraktion

Anlage 2

Wahlvorschlag

der Fraktion CDU

Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Klaus Herrmann

27. 02. 2013

Peter Hauk und Fraktion